



22.054

**Für eine sichere
und nachhaltige Altersvorsorge
(Renten-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
vieillesse sûre et pérenne
(initiative sur les rentes).
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir führen die allgemeine Aussprache und die Detailberatung in einer einzigen Debatte.

Gysi Barbara (S, SG), für die Kommission: Ich spreche für die Kommission: Ein halbes Jahr nach dem knappen Volks-Ja zur AHV 21 und der damit verbundenen Erhöhung des Frauenrentenalters beschäftigen wir uns bereits mit der nächsten Reform und Rentenaltererhöhung, diesmal für alle Geschlechter. Die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)" der Jungfreisinnigen wurde am 16. Juli 2021 mit 107 049 Unterschriften eingereicht. *(Glocke und Zwischenruf des Präsidenten: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Sie informiert, die nächste Abstimmung ist in fünf Stunden – darf ich Sie um Ruhe bitten! Frau Gysi, Sie haben das Wort.)*

Die Initiative der Jungfreisinnigen fordert das Rentenalter 66 für alle Geschlechter und dann eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die Initiative fordert einen neuen Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a der Bundesverfassung. Der neue Buchstabe a ist umfassend formuliert.

Da die Einreichung der Initiative noch vor der Annahme der AHV-21-Vorlage erfolgte, argumentiert das Initiativkomitee nun einerseits mit der Angleichung des Rentenalters für beide Geschlechter und andererseits mit der generellen Erhöhung der Lebenserwartung sowie dem steigenden Finanzbedarf der AHV. Die finanziellen Herausforderungen sollen mit einem höheren Rentenalter aufgefangen werden.

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative ohne direkten oder indirekten Gegenentwurf ab. Einerseits erachtet er es als diffizil, so kurz nach der Erhöhung des Frauenrentenalters weitere Rentenaltererhöhungen anzustossen, andererseits als falsch, das Rentenalter in der Verfassung zu verankern. Heute ist das Rentenalter auf Gesetzesstufe geregelt.

Der Bundesrat vertritt die Haltung, dass die Herausforderungen der Finanzierung der AHV in einem ausgewogenen Paket angegangen werden sollen. Zudem ist der Bundesrat mit der Annahme der am 30. April 2021 eingereichten Motion 21.3462, "Auftrag für die nächste AHV-Reform", der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates bereits beauftragt, dem Parlament bis am 31. Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit

AB 2023 N 1078 / BO 2023 N 1078

von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Im Rahmen der Ausarbeitung dieser Reformvorlage müssen Massnahmen





zur Sicherung und Finanzierung der AHV-Renten definiert werden. Im Hinblick auf die Reform wird der Bundesrat auch prüfen, ob und wie in der Schweiz allenfalls eine ausgewogene Verbindung von Lebenserwartung und Rentenalter geschaffen werden könnte.

Der Ständerat lehnte am 15. März dieses Jahres die Renten-Initiative mit 30 zu 11 Stimmen ab. In der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates wurde die Frage eines indirekten Gegenvorschlags diskutiert, aber abgelehnt. Im Plenum wurde darüber aber nicht mehr vertieft diskutiert und auch nicht abgestimmt, da kein Minderheitsantrag vorlag.

Die Diskussion in der SGK-N fand am 23. März 2023 statt. Der SGK-N lag ein Mitbericht der nationalrätlichen Finanzkommission vor, die mit 12 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Ablehnung der Initiative empfiehlt, die SGK aber mit 13 zu 10 Stimmen auffordert, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu prüfen. In der SGK-N wurde über die finanzielle Situation der AHV informiert und diskutiert. Die Verwaltung führte sodann aus, dass die verschiedenen Massnahmen, die mit der Annahme der AHV 21 verbunden sind, zur Folge haben, dass der Finanzhaushalt der AHV stabilisiert und bis 2032 um 2,1 Milliarden Franken entlastet werde. Die Kommission verlangte eine Aktualisierung der finanziellen Kennzahlen der AHV mit und ohne Annahme der Renten-Initiative, und zwar bis 2050. Dabei muss erwähnt werden, dass eine Prognose über zehn Jahre hinaus mit grossen Unsicherheiten behaftet ist.

Gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen läge nach dem Referenzszenario eines von uns bestellten Berichtes vom 26. April dieses Jahres das Umlagedefizit bei der AHV im Jahr 2032 mit AHV 21 und ohne die Renten-Initiative, über die wir jetzt reden, bei 2,6 Milliarden Franken. Im gleichen Jahr läge es mit der AHV 21 – diese Reform wird ja umgesetzt – und bei angenommener Renten-Initiative bei 1,1 Milliarden Franken.

In der SGK-N wurde sowohl ein direkter als auch ein indirekter Gegenvorschlag debattiert. Beide Ansinnen wurden abgelehnt, es liegen dazu Minderheitsanträge vor. Auch ein Antrag auf Annahme der Initiative wurde klar abgelehnt; auch hier liegt ein Minderheitsantrag vor. Begründet wurden diese Anträge mit den finanziellen Herausforderungen durch die höhere Lebenserwartung. Erwähnt wurde aber auch, dass mit einem höheren Rentenalter dem Fachkräftemangel begegnet werden könnte. Ich werde nach der Detailberatung nochmals kurz auf die Abstimmungsergebnisse zu sprechen kommen.

In der Diskussion in der Kommission wurde die Notwendigkeit weiterer Rentenaltererhöhungen grundsätzlich infrage gestellt und verneint. Es wurde auch erwähnt, dass es so kurz nach der Abstimmung über die Reform AHV 21 nicht opportun sei, das Rentenalter schon wieder zu erhöhen. Bei der Diskussion über das Rentenalter wurde auch darauf hingewiesen, dass das effektive Rentenalter heute deutlich tiefer ist als 64 bei den Frauen respektive 65 bei den Männern und dass sich viele vorher aus dem Beruf zurückziehen, weil sie einfach extrem stark gefordert sind und es aus körperlichen Gründen kaum machbar ist, bis 65 zu arbeiten. Ein höheres Rentenalter sei nicht realistisch, da der Arbeitsmarkt trotz Fachkräftemangels wenig Bereitschaft zeige, ältere Arbeitnehmende zu beschäftigen.

Bei der Frage der Lebenserwartung wurde betont, dass auch sozioprofessionelle Gründe und der gesundheitliche Fortschritt eine Rolle bei der Entwicklung der Lebenserwartung spielten. Auch bezüglich der finanziellen Herausforderungen und der Notwendigkeit rascher Massnahmen gingen die Meinungen auseinander. Die Finanzierung über das Umlageverfahren wurde einmal mehr als sinnvolles System gelobt und die langfristigen Prognosen kritisch gewürdigt bzw. eben hinterfragt. Andere wiederum stützten in der Kommission klar die Haltung der Initiantinnen, dass es weitere Massnahmen mit Rentenaltererhöhungen brauche.

Für eine Mehrheit der SGK war es aber klar, dass weitere Rentenaltererhöhungen derzeit nicht opportun sind. Das Rentenalter wird infolge der Volksabstimmung zur Reform AHV 21 ab 2024 – also ab dem nächsten Jahr – in Dreimonatsschritten erhöht. Ab 2027 gilt das Referenzrentenalter 65 für alle Geschlechter. Auch die Tatsache, dass die BVG-Reform noch nicht abgeschlossen ist und ein Referendum dazu läuft, war einer der Gründe, die genannt wurden, warum jetzt nicht schon wieder Schritte beschlossen werden sollen. Es brauche weder die Initiative noch einen Gegenvorschlag, da der Bundesrat sowieso bis Ende 2026 eine neue Vorlage vorlegen müsse; ich habe das eingangs schon erwähnt. Dort werde der Aspekt der Lebenserwartung auf jeden Fall einfließen müssen.

Ich bitte Sie, im Sinne der Kommissionsmehrheit zu entscheiden.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: L'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne", dite initiative sur les rentes, vise à fixer l'âge de la retraite à 66 ans pour les deux sexes et à l'indexer ensuite sur l'espérance de vie moyenne de la population résidant en Suisse pour financer l'AVS à long terme et garantir les rentes.

Le 15 mars 2023, le Conseil des Etats a procédé à l'examen de l'initiative populaire. Il a décidé, par 30 voix contre 11 et 0 abstention, de recommander son rejet. Selon la pratique, le comité d'initiative a été entendu



par la commission du conseil prioritaire. Le 15 mars 2023, toujours, la Commission des finances du Conseil national, dans un corapport, propose, par 12 voix contre 10 et 3 abstentions, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative. Elle nous demande également, par 13 voix contre 12, d'examiner l'opportunité d'élaborer un contre-projet direct ou indirect. A préciser aussi que dans son message du 22 juin 2022, le Conseil fédéral propose au Parlement de recommander le rejet de l'initiative sur les rentes sans proposer de contre-projet.

Quels sont les arguments pour s'opposer à cette initiative qui est issue des rangs des Jeunes libéraux-radicaux?

Tout d'abord, il y a un sérieux problème de timing. Il est impensable, peu de temps après la courte majorité obtenue le 25 septembre 2022 dans le cadre de la votation populaire sur la réforme AVS 21, d'exiger déjà de nouveaux sacrifices de la part de la population. Des promesses ont été faites et elles seront tenues: il s'agissait notamment de renoncer, dans un avenir immédiat, à une nouvelle augmentation de l'âge de la retraite. Par ailleurs, l'initiative entre en conflit avec la motion 21.3462 "Mandat concernant la prochaine réforme de l'AVS", que notre Parlement a transmise au Conseil fédéral et qui charge ce dernier de nous soumettre, d'ici au 31 décembre 2026, un projet de stabilisation de l'AVS pour la période 2030 à 2040.

De plus, des compensations, jugées suffisantes ou non, seront apportées dans le deuxième pilier, dès que la réforme sera acceptée par le peuple. Cela aura bien évidemment un impact sur les prestations et le financement de nos retraites.

Inversement, l'augmentation de l'âge de la retraite telle que prévue par l'initiative devrait être parfaitement coordonnée dans le système avec le deuxième pilier, notamment pour toutes les questions liées au taux de conversion minimal ainsi qu'au montant et à l'échelonnement des bonifications de vieillesse dans la prévoyance professionnelle obligatoire.

Enfin, une telle proposition reviendrait à irriter encore plus la population qui, en ce moment, se pose avec inquiétude des questions légitimes sur son pouvoir d'achat et considère que l'augmentation de la TVA à 0,4 pour cent et l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans représentent déjà de gros efforts à digérer dans la durée.

Un deuxième argument est que l'on ne veut pas d'automatisme dans la fixation de l'âge de la retraite, parce que la mesure est très complexe. En effet, le mécanisme rigide proposé par les auteurs de l'initiative, comme le contre-projet soutenu par une minorité, ne tient pas suffisamment compte de la situation effective du marché du travail – notamment de la situation des travailleurs âgés – ni de la situation sociale. Or, pour qu'elle ait un impact réel, il faudrait que les hommes et les femmes travaillent effectivement plus longtemps. Or cela n'est pas du tout une évidence, et bien d'autres questions se posent qui vont au-delà du simple financement de l'AVS. Ainsi le postulat Humbel 22.4430, "Fixer l'âge de la retraite

AB 2023 N 1079 / BO 2023 N 1079

AVS en fonction de la durée de l'activité professionnelle", que nous avons accepté lors de la session spéciale de mai dernier, vise à réfléchir à la durée effective de l'activité professionnelle de chacun. Travailler durant quarante ans à plein temps ou à temps partiel, ce n'est pas la même chose. Le COVID-19 semble même avoir accentué la propension des gens, en particulier les jeunes, à se contenter de temps partiels. Il serait d'ailleurs utile de disposer de statistiques récentes et fiables sur l'évolution des temps partiels et de leur impact sur les cotisations pour développer de nouveaux modèles économiques.

De plus, la durée effective de l'activité professionnelle dépend aussi du degré de formation qui implique de commencer à cotiser plus tôt ou plus tard, ou alors d'une retraite anticipée. Cela a aussi été thématiqué dans nos débats sur AVS 21, ce qui nous a amenés à envisager plus de souplesse dans les conditions de passage de la vie active à la retraite. Je citerai par exemple la possibilité de toucher une rente partielle pour permettre un départ progressif à la retraite ou encore la possibilité, pour les personnes qui travaillent au-delà de 65 ans, de combler leurs lacunes de cotisation et d'améliorer leur rente. N'oublions pas non plus que la problématique démographique de l'AVS ne peut pas être résolue uniquement par un relèvement de l'âge de la retraite. En effet, l'indexation de l'âge de la retraite fondée sur l'espérance de vie, qui est visée par l'initiative, comporte de nombreuses incertitudes, et le risque est grand que le relèvement automatique de cet âge ne tienne pas compte de la situation réelle. L'espérance de vie dépend aussi de l'état de santé des personnes, des progrès de la médecine, et varie selon les catégories socioprofessionnelles et les revenus, voire les différentes régions de Suisse – je pense bien sûr à certaines différences entre les milieux urbains, ruraux, alpins, etc.

Troisième argument: le financement. Sachant que nous avons deux fois moins d'actifs aujourd'hui qu'en 1848 pour payer la rente d'un retraité – trois contre six –, nous nous accordons tous à dire qu'il faut un financement durable de l'AVS. Mais on l'aura compris, la solution devrait être globale et concerner tant les aspects liés aux



dépenses que ceux relatifs aux recettes. Or, la présente initiative ne joue que sur le levier de l'âge de départ à la retraite, à inscrire dans la Constitution, ce qui empêcherait d'actionner d'autres mesures nécessaires à l'assainissement à long terme des finances de l'AVS. Enfin, on peut émettre des doutes sur le besoin urgent d'assainissement de ces finances, du moins jusqu'en 2030, par le fait de l'acceptation par le peuple de la réforme AVS 21, mais aussi d'une activité économique soutenue et d'une tendance à l'augmentation des emplois plus qualifiés et mieux payés en Suisse qui pourraient déjà être une partie importante de la solution. Nous devons mieux prendre en compte la manière dont les gens travaillent dans notre pays et, bien sûr, la façon dont cela évolue dans le temps.

C'est pour toutes ces raisons que notre commission a décidé de proposer, par 20 voix contre 4 et 1 abstention, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative populaire et d'attendre le projet du Conseil fédéral exigé par notre Parlement pour 2026, qui devra constituer une solution équilibrée comprenant les différentes mesures évoquées et d'autres modèles encore.

Concernant l'élaboration d'un contre-projet indirect visant à introduire un frein à l'endettement pour l'AVS, la commission s'y oppose par 15 voix contre 9 et 1 abstention. Celui-ci obligerait le Conseil fédéral à adopter des mesures à l'intention du Parlement, dès lors que l'équilibre des recettes et des dépenses à long terme de l'AVS serait menacé. En outre, l'âge de référence augmenterait automatiquement en cas de déséquilibre financier sur plusieurs années. Pour la majorité, on retomberait ainsi à nouveau dans la logique d'un mécanisme rigide encore plus compliqué à mettre en oeuvre. La minorité propose pour sa part de renvoyer le projet à la commission, en la chargeant d'élaborer un contre-projet indirect.

Enfin, par 15 voix contre 7 et 3 abstentions, la commission a décidé de ne pas entrer en matière sur cette dernière proposition de contre-projet direct, qui irait absolument dans le même sens.

Voilà, je crois que vous savez tout. Nous reviendrons à la fin des débats pour des réflexions de synthèse.

Mettler Melanie (GL, BE): Dieser Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit gibt uns Gelegenheit, eine bessere Lösung für die Finanzierung der Babyboomer-Renten zu erstellen. Die Kommission hatte bereits eine solche zielgerichtete Massnahme diskutiert, jedoch nicht à fond durchgedacht. Bitte geben Sie Ihrer Kommission die Chance, diese Lösung fertig auszuarbeiten.

Die Problematik, die die Renten-Initiative benennt, ist die Tatsache, dass der Generationenvertrag aktuell temporär nicht funktioniert für die Finanzierung der Babyboomer-Renten. Zwar sehen wir im Schweizer Steuersystem einen Ausgleich vor zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden. Kosten, die der Allgemeinheit entstehen, sollen fair verteilt werden. Wer mehr Chancen, Handlungsspielraum und Möglichkeiten hat, soll auch mehr Kosten übernehmen; wer weniger hat, soll auch entsprechend den individuellen Möglichkeiten einen kleineren Teil übernehmen müssen. Das fördert den Zusammenhalt, den sozialen Frieden und stärkt die gesamtgesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit. Wir sehen in der Schweiz aber keinen Ausgleich vor zwischen den Generationen, und das ist aktuell ein Problem bei der Altersvorsorge, das wir lösen müssen, insbesondere bei der AHV.

Weil die Generation nach den Babyboomern im Vergleich so tiefe Geburtenraten hatte, ist beim Umlageverfahren die Balance gestört. Seit etwa zwanzig Jahren erholt sich die Geburtenrate, aber von den heute 30- bis 55-Jährigen hat es schlicht und einfach deutlich weniger Köpfe als von den anderen Jahrgängen. Warum stellt das den Generationenvertrag infrage? Die Altersvorsorge ist zu grossen Teilen arbeitsmarktfinanziert, also über die Lohnabzüge. Es leuchtet also allen ein, dass es eine Finanzierungslücke gibt, wenn es weniger Personen eines bestimmten Jahrgangs gibt; folglich sind dann weniger Personen im Arbeitsmarkt, und es werden auch weniger Lohnbeiträge abgegeben. Zusätzlich leuchtet auch ein, dass der Finanzierungsbedarf zunimmt, wenn bis 2030 die vielen Babyboomer alle in Rente sind und dann bis zum Erreichen ihrer Lebenserwartung 2050 zwanzig Jahre lang Rente beziehen.

Je nach Wirtschaftsentwicklung beträgt die Diskrepanz zwischen dem Finanzierungsbedarf der Babyboomer und den Lohnbeiträgen der geburtenschwachen Jahrgänge bis 2050 etwa 100 Milliarden Franken. Die Schweiz wird also vor die Frage gestellt: Wer soll diese Kosten tragen? Was ist eine faire Verteilung zwischen Anspruchsgruppen und Generationen bis 2050? Die Renten-Initiative versucht, den Finanzierungsbedarf mit einer Erhöhung des Referenzrentenalters zu senken.

Die Mehrheit der Kommission ist von der Wirksamkeit dieses Instruments nicht überzeugt. Bereits heute arbeiten 40 Prozent der Erwerbstätigen nicht bis 65. Die Wohlhabenden gehen gemäss einer Studie des SECO fast vollumfänglich mindestens ein Jahr vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters in Frührente. Eine Erhöhung des Referenzrentenalters wäre also in erster Linie eine Erhöhung für diejenigen, die sich eine Frühpensionierung nicht leisten können. Das ist natürlich weder effizient noch fair und kann damit kaum der Wille dieses Rates sein.



Die Minderheit aber, die Ihnen beantragt, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen, möchte einen Mechanismus fertig entwickeln, der uns hilft, politische Blockaden zu überwinden und eine passende Lösung für den Fall einer drohenden Unterfinanzierung der AHV anzuwenden, sofern dieser denn eintritt. Die vorgeschlagenen Eckwerte haben zum Ziel, die sehr nützlichen Finanzperspektiven der AHV zu nutzen. Das BSV erstellt diese Perspektiven nämlich jedes Jahr für die nächsten zehn Jahre. Wenn diese Perspektiven dann über einen längeren Zeitraum, z. B. fünf Jahre, ins Negative kippen, müsste das Parlament innerhalb von fünf Jahren mit einer passenden Finanzierung reagieren. Falls das nicht gelingt, wird das Referenzrentenalter stufenweise erhöht, bis eine Lösung vorliegt.

Sie können mit dieser Rückweisung also Ihre Verantwortung wahrnehmen und die Chance nutzen, uns

AB 2023 N 1080 / BO 2023 N 1080

Entscheidungsstragende mit dem nötigen Handlungsdruck auszustatten, damit wir den Ausgleich nicht nur zwischen den sozialen Schichten, sondern auch zwischen den Generationen fair gestalten.

Sauter Regine (RL, ZH): Die Fakten liegen auf dem Tisch, und die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Werden keine Massnahmen ergriffen, kippt das AHV-Ergebnis ab dem Jahr 2029 ins Minus. Der AHV-Fonds wird sich entsprechend ab dann leeren. Man kann nun natürlich sehenden Auges auf diese Situation zusteuern und nichts unternehmen, ganz nach dem Prinzip Hoffnung, dass es dann schon gut kommt. Oder man kann heute Verantwortung übernehmen, Verantwortung dafür, dass unser wichtigstes Sozialwerk längerfristig und vor allem nachhaltig gesichert wird.

Die erste Haltung nehmen die Linken ein, die darauf vertrauen, dass automatisch die Lohnabzüge oder die Mehrwertsteuer erhöht werden, wenn der Druck nur gross genug ist. Die zweite Haltung entspricht dem Konzept der Renten-Initiative, über die wir heute diskutieren.

Es ist bezeichnend, dass diese Initiative von jungen Menschen lanciert und eingereicht wurde. Denn die nächste Generation ist es, die das ausbaden muss, was wir heute anrichten. Die nächste Generation ist es auch, die sich Sorgen um die Finanzierbarkeit ihrer Renten macht. Darum geht es, wenn ich davon spreche, dass wir Verantwortung übernehmen müssen, Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Deshalb braucht es heute Lösungen.

Wenn wir uns von kurzfristigen Notfallübungen und politischem Hickhack verabschieden wollen, tun wir gut daran, allgemeingültige Regeln vorzusehen, die einen Rahmen für eine stabile und nachhaltig finanzierte AHV bilden können. Genau dies erreicht man mit der Renten-Initiative, die ich mit grosser Überzeugung mittrage. Diese zeigt den Weg auf, der Sicherheit und Stabilität gibt und ausserdem für die Bevölkerung nachvollziehbar ist.

Es ist für uns denn auch unverständlich, dass wir hier keine breite Unterstützung für diese Initiative finden. Wir können dies nur dem anstehenden Wahlkampf zuschreiben. Man will offenbar seiner Basis heute keinen reinen Wein einschenken.

Gerade weil wir dieses Dilemma sehen, ohne es wirklich zu verstehen, bauen wir Ihnen eine Brücke. Wir zeigen auf, wie man die Idee der Renten-Initiative auch umsetzen könnte, nämlich in Form einer AHV-Schuldenbremse. Genau dies ist Gegenstand meiner Minderheit, die einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative präsentiert. Auch der direkte Gegenvorschlag fordert einen Automatismus. Er knüpft an einer klar messbaren Grösse an: dem Umlageergebnis der AHV. Dieses muss grundsätzlich im Gleichgewicht sein. Läuft es Gefahr, ins Negative zu kippen, muss der Bundesrat dem Parlament Massnahmen zur Sanierung unterbreiten. Das Parlament erhält damit die Gelegenheit, eine politisch abgestützte Lösung zu erarbeiten, womit das Primat der Politik gewahrt bleibt. Es liegt dann also an Ihnen, Verantwortung zu übernehmen. Tun Sie dies nicht und häuft die AHV entsprechend negative Ergebnisse an, tritt dann und erst dann ein Automatismus in Kraft, der das Referenzalter erhöht, um die AHV wieder ins Lot zu bringen.

Wir machen in der Schweiz gute Erfahrungen mit der Schuldenbremse. Sie hat dazu beigetragen, dass unsere Staatsfinanzen gesund sind. Wenn Sie in benachbarte Länder schauen, ist dies keine Selbstverständlichkeit. Es ist an der Zeit, dass wir diese positiven Erfahrungen für die AHV nutzen und dort umsetzen. Die nächste Generation wird uns dankbar dafür sein.

In diesem Sinne fordere ich Sie dazu auf, der Renten-Initiative grundsätzlich zuzustimmen. Wenn Sie sich dazu aber partout nicht überwinden können, dann sagen Sie eventualiter Ja zu meinem Minderheitsantrag.

Nantermod Philippe (RL, VS): Il est rare que je vienne ici, à la tribune, pour vous demander de soutenir une initiative populaire. Mais l'initiative sur les rentes, si elle a de populaire le nom, doit être considérée comme une initiative responsable.



L'AVS est sur la voie de la faillite: on le sait, on en parle depuis des années. Dans un monde où le ratio entre le nombre de retraités et le nombre d'actifs ne fait que se péjorer, un système de rentes comme celui que nous connaissons en Suisse ne peut pas être durable. En 1950, nous comptions 6,33 actifs pour un rentier; en 2025, il n'y en aura plus que 3, et en 2050 plus que 2,26. Au rythme actuel, il n'y a pas d'illusions à se faire: nous allons faire appel systématiquement et de plus en plus à la solidarité intergénérationnelle. Cette solidarité n'est pas contestée, elle est incontestable. Mais c'est son niveau qui est contestable. Elle est mise à l'épreuve dans le financement du système de santé. Cet automne, nous parlerons du niveau des primes d'assurance-maladie: nous verrons que ce sont de nouveau les actifs qui paient pour les personnes plus âgées. Cette solidarité est mise à contribution dans le financement de la prévoyance professionnelle; on parlera l'année prochaine de la réforme LPP. Elle est mise à contribution dans le financement des médias aussi. Et, évidemment, elle est mise à contribution dans le financement du premier pilier. Mesdames et messieurs, cela est en soi acceptable, mais doit rester raisonnable.

Quelles sont les solutions dont nous disposons pour l'AVS? Nous pouvons augmenter les cotisations et les impôts; cela revient à mettre sous pression encore davantage les actifs qui travaillent, ceux qui ont une famille: nous nous y opposons. Nous pouvons réduire les rentes: cela est politiquement impensable. Nous pouvons aussi endetter le système. Nous sommes pourtant heureux, aujourd'hui, de ne pas avoir à payer les rentes qui ont été versées dans les années 1980. Et c'est pour cela aujourd'hui que nous ne devons pas faire payer aux enfants des années 2050 les rentes qui seront versées durant cette décennie.

Mesdames et messieurs, je crois qu'il n'y a pas 50 solutions sur la table: l'ensemble des pays du continent, ou presque, l'ont bien compris. Des pays tels que les Pays-Bas, le Danemark ou l'Italie ont prévu d'augmenter l'âge de la retraite à 70 ans.

Nous n'en demandons pas tant, mais nous voulons une adaptation de l'âge de la retraite en fonction de l'espérance de vie et des capacités du système à supporter cette solidarité intergénérationnelle. Le projet que nous vous proposons vise à augmenter dans un premier temps, à l'horizon de 2032, l'âge de la retraite à 66 ans. Il s'agit d'un premier pas tout à fait raisonnable en comparaison internationale, et cela en sachant que, en Suisse, en moyenne, un homme quitte déjà définitivement le marché du travail à l'âge de 66,3 ans.

Puis, nous voulons adapter, en fonction de l'espérance de vie, l'âge de la retraite, non pas selon des critères politiques, non pas au terme de débats qui reviennent à faire du populisme, mais sur la base de ce que le système peut légitimement supporter, et non en faisant payer à une génération les frais d'une autre: nous voulons adapter l'âge de la retraite en fonction de ce que le système peut supporter.

Cette solution a l'avantage d'être claire. Elle a l'avantage d'offrir une fois pour toutes un débat politique et public devant le peuple et, ensuite, d'évacuer ces questions malheureuses qui reviennent à monter les générations les unes contre les autres. C'est pour cela que je vous invite à avoir le courage de voter, même en année électorale, en faveur d'une initiative populaire bien ficelée, bien montée, qui a l'avantage de pérenniser un système auquel nous tenons tous, l'assurance-vieillesse et survivants.

Je vous remercie, pour cela, de suivre ma minorité.

Lohr Christian (M-E, TG): Für uns von der Mitte-Fraktion geht es bei diesem Geschäft vor allem auch darum, dass wir glaubwürdig bleiben und unser Versprechen einlösen – ein Versprechen, das wir mehrmals geäußert haben und das einer klaren Haltung entspricht. Wir haben, als es um die Debatte zur AHV-21-Reform ging, deutlich gesagt, dass wir in den nächsten, den allernächsten Jahren nicht mehr mitmachen, wenn es bei einer weiteren Runde um die Erhöhung des Rentenalters gehen sollte. Für uns ist das Votum des Stimmvolks 2021 ein klares gewesen. Mit einer letztlich eben doch nur überschaubaren Mehrheit wurde ein Ja erreicht. Für uns ist das ein deutliches Signal gewesen, dass man bei dieser Diskussion jetzt einen Stopp einlegen muss und alles unternehmen muss, um das Vertrauen in die Politik nicht zu verspielen.

AB 2023 N 1081 / BO 2023 N 1081

Wir haben klar angenommen, dass wir die inhaltliche Diskussion selbstverständlich weiterführen müssen – das ist für uns klar. Aber gleich nachzulegen, empfinden wir als politisch unklug. Es zeugt auch von einer mangelnden Sensibilität gegenüber den Menschen mit einem mittleren oder tieferen Einkommen. Sie sind es nämlich, die Leute mit den tiefen Einkommen, die dann primär an den Folgen solcher eben nicht ausgereiften Gedankenspiele zu beissen haben werden, und dies gerade in der aktuellen Zeit, in der wir drinstecken, in welcher uns fast täglich Meldungen von nicht nur inflationsbedingten Preiserhöhungen erreichen und auch belasten. Neben finanzpolitischer Klugheit bedarf es gerade in der Rentenpolitik eben auch der Empathie für die am meisten und am stärksten Betroffenen.

Die Entwicklung der AHV in den letzten Jahrzehnten – da müssen wir ehrlich sein – ist nicht einfach so überra-



schend dahergekommen. Wir haben gewusst, dass es einmal Schwierigkeiten geben wird und wir die Finanzlage genau unter die Lupe nehmen und einer genauen Betrachtung unterziehen müssen. Dazu sind wir bereit, denn wir wissen, dass die demografische Entwicklung eine besondere Herausforderung darstellt, welcher es mit einer gezielten, aber eben auch nachhaltigen Politik zu begegnen gilt. Der Ruf nach einnahmenseitigen Massnahmen ist laut. Renten Kürzungen wären nicht opportun, da sie als negative Erscheinung – das wissen wir aus Erfahrung nur zu gut – zu Verschiebungen in andere Sozialwerke führen würden. Das müssen wir vermeiden. Es müssen deshalb andere Modelle her, die dann auch praxistauglich sein werden.

Wenn wir uns in Zukunft für eine sichere und faire Rente für alle beschäftigen, dann erscheint uns von der Mitte-Fraktion wichtig, dass wir uns Gedanken zu Ansätzen machen, die nicht das reine Rentenalter allein in den Fokus stellen, sondern eben auch die Lebensarbeitszeit. Sie soll zum neuen, zum aktuellen Thema gemacht werden. Das Postulat unserer früheren Ratskollegin Ruth Humbel verlangt ja vom Bundesrat, den Weg in diese Richtung zu prüfen, aufzuzeigen, was möglich ist und wie es möglich ist.

Unsere Landesregierung ist ja ohnehin in der Pflicht, bis Ende 2026 ein Konzept vorzustellen, wie die AHV langfristig auf gesunde Beine gestellt werden kann. Eine einfache Aufgabe wird das nicht werden, da neu ausgedachte Veränderungen immer wieder gleich zu Widerständen in der Politik führen. Es ist zu hoffen, dass sich auch die Unsitte der früh angekündigten Referendumsdrohungen wieder aus dem täglichen Politikabinett verabschiedet und so eben die wichtige Chance entsteht, sachlich an neue Lösungsentwicklungen heranzugehen.

Die Lebensarbeitszeit scheint als Instrument fair gewählt, da später auch länger arbeiten muss, wer eine längere Ausbildung geniesst. Wir erkennen darin eine grosse Gerechtigkeit. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass dieser Gedanke durchgedacht werden und vom Bundesrat eben in einem klaren Konzept aufgezeigt werden muss. Das ist der Grund, warum wir heute Nein sagen, warum wir heute nicht bereit sind für die Initiative und auch nicht für einen Gegenvorschlag.

Ohne breiten Konsens geht es in dieser Frage nicht wirklich weiter. Die Mitte-Fraktion macht sich für den Zusammenhalt in unserem Land stark, damit die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land Perspektiven für ein würdiges Alter behalten, so wie es die Verfassung ja ausdrücklich will. Zum Selbstzweck machen wir uns diese Überlegungen nicht. Stabile Renten sind ein wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden in unserem Land, der weiter geschützt sein will.

Wenn die Jungfreisinnigen – was wir durchaus anerkennen – mit ihrer Renten-Initiative eine Diskussion anschieben wollen, so haben wir grundsätzlich ein gewisses Verständnis dafür. Ich betone es aber gerne noch ein zweites und drittes Mal: Der jetzige Zeitpunkt ist der falsche. Hier können wir nicht mitmachen und werden auch heute nicht Ja stimmen, weder zur Initiative noch zu einem Gegenvorschlag. Wir sind der festen Überzeugung, dass vor der Abstimmung über die Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge eine neu aufflammende Debatte über eine Erhöhung des Rentenalters äusserst kontraproduktiv wäre.

Deshalb – ich betone es nochmals – sagt unsere Fraktion ganz klar Nein zur Initiative, und sie ist in diesem Fall auch gegen einen Gegenvorschlag, der zur absoluten Unzeit käme.

Sauter Regine (RL, ZH): Kollege Lohr, Sie haben ausgeführt, dass auch Sie sich Sorgen um die Zukunft der Renten machen, und Sie haben Ihre eigenen Ideen aufgeführt, wie diese Zukunft Ihrer Meinung nach gesichert werden müsste. Genau jetzt, mit dem indirekten Gegenvorschlag in der Kommission, hätten Sie die Gelegenheit, solche Ideen zu entwickeln und auszuarbeiten, um dann einen konsolidierten Vorschlag vorzulegen. Wieso bieten Sie nicht Hand dazu, dass man diesen indirekten Gegenvorschlag hier nun beschliessen könnte?

Lohr Christian (M-E, TG): Für uns ist der jetzige Zeitpunkt der falsche. Das wissen Sie genau, das betonen wir seit Wochen. Wir werden jetzt von dieser Position auch nicht abrücken.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Die AHV ist die grösste soziale Errungenschaft der Schweiz, und sie feiert dieses Jahr ihr 75-jähriges Jubiläum. Der Beitrag der AHV für den sozialen Frieden und die soziale Sicherheit in unserem Land ist von unschätzbarem Wert. Es ist unsere politische Aufgabe, diesen unschätzbaren Wert zu sichern, auch für die kommenden Generationen.

Es gibt zwei Antworten darauf, wie die AHV über die nächsten Jahrzehnte gesichert werden kann: entweder mit Rentenabbau oder mit einer Stärkung der solidarischen Finanzierung. Getrieben von schwarzmalenden Finanzprognosen, die praktisch nie eingetroffen sind, gibt die Rentenerhöhungs-Initiative der Jungfreisinnigen natürlich die erste Antwort: Rentenabbau für alle, sprich eine Verschlechterung der Leistungen. Sie macht noch einen weiteren Vorschlag: Indem Automatismen eingeführt werden sollen, die sich an einseitigen Parametern orientieren, wird die Frage, wie hoch die AHV-Rente sein soll und wie sie finanziert wird, entpoli-



tisiert. Aber wie wir die AHV gestalten, ist eine hochpolitische Frage, und dieser müssen wir uns stellen, statt uns hinter technischen Übungen zu verstecken.

Eine Erhöhung des Rentenalters ist der falsche Weg, um die kommenden Herausforderungen zu meistern. Warum? Sie führt erstens zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit, sie führt zweitens zu einer Umverteilung der Kosten in andere Sozialversicherungen, und sie verschlechtert drittens die Situation der älteren Arbeitnehmenden.

Warum führt sie zu mehr Ungerechtigkeit? Die Pensionierung erfolgt bei fast 60 Prozent der Leute vor dem ordentlichen Rücktrittsalter. Die Frühpensionierungen sind dabei zwischen den Branchen sehr unterschiedlich. Bei Banken, Versicherungen oder der öffentlichen Verwaltung lassen sich über 70 Prozent frühpensionieren. Im Gastgewerbe sind es knapp 20 Prozent. Wer es sich also leisten kann, geht früher in Rente. Eine Erhöhung des Rentenalters können Personen mit einem grossen Bildungsruck sack und hohem Einkommen einfacher auffangen als der untere und mittlere Mittelstand.

Zur Umverteilung der Kosten: Die Behauptung, ein höheres Rentenalter gehe mit tieferen Kosten einher, ist ungenau und irreführend. Die Anzahl IV-Rentner und -Rentnerinnen steigt im Alter stark an. Im Alter von 60 Jahren beziehen rund 9 Prozent eine IV-Rente, im Alter von 63 Jahren liegt dieser Wert bereits bei 12 Prozent. Ein höheres Rentenalter führt zudem zu einem längeren Bezug von Ergänzungsleistungen zur IV-Rente. Auch in der Arbeitslosenversicherung, bei den Ergänzungsleistungen zu den Altersrenten oder bei der Überbrückungsleistung dürften zusätzliche Kosten entstehen.

Schliesslich deutet trotz Fachkräftemangels nach wie vor wenig darauf hin, dass sich die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt mit steigendem Alter an, und die Suchdauer bei älteren Stellensuchenden ist deutlich höher. Als

AB 2023 N 1082 / BO 2023 N 1082

Folge davon ist auch die Sozialhilfequote älterer Menschen im Erwerbsalter deutlich angestiegen.

Zusammengefasst: Die Erhöhung des Rentenalters ist ungerecht, verursacht Kosten in anderen Sozialversicherungen und verschlechtert die Situation der älteren Arbeitnehmenden. Kommt hinzu, dass das Timing für diese unsoziale Forderung nicht schlechter sein könnte. Mit der Unterstützung dieser Initiative legen Sie den Menschen in diesem Land noch einmal eine Rechnung vor die Nase – eine saftige Rechnung. Das kommt notabene kurze Zeit nachdem die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen nur ganz knapp angenommen worden ist, und es kommt, währenddem viele Haushalte in diesem Land an schwindender Kaufkraft leiden, weil Mieten steigen, Krankenkassenprämien steigen, die Reallöhne sinken und die Renten wegen der Teuerung an Wert verlieren. Das ist keine Politik für die Menschen in diesem Land.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, dem Bundesrat und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und die Ablehnung der Initiative zu empfehlen. Verzichten Sie sowohl auf einen direkten wie auch auf einen indirekten Gegenvorschlag, d. h. also Rückweisung und Ablehnung beider Minderheitsanträge.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): J'aimerais rappeler, à l'occasion de ce débat, que nous fêtons cette année le 75e anniversaire de la création de l'AVS. A peine un an plus tôt, en 1947, dans cette même salle, M. le conseiller fédéral Walter Stampfli soutenait la création de cette assurance-vieillesse et survivants en proposant d'y affecter 4 pour cent de la masse salariale et la poursuite des APG qui avaient été introduites au début de la Deuxième Guerre mondiale. Le plan financier de l'époque prévoyait qu'à ces 4 pour cent de cotisations sociales s'ajouterait, pour la moitié des dépenses, un soutien de la Confédération. A l'époque, on considérait donc que 50 pour cent des dépenses seraient, à terme, financées par la Confédération.

Aujourd'hui, le Parti libéral-radical de 2023 propose d'augmenter massivement l'âge de la retraite, et sa conseillère fédérale veut baisser la part fédérale au financement de l'AVS à moins de 20 pour cent, alors qu'à l'époque, on pensait aller jusqu'à 50 pour cent. Pourquoi une telle évolution? Comment ceux qui ont contribué, avec le Parti socialiste et les syndicats, à créer cette oeuvre sociale, s'évertuent-ils aujourd'hui à l'éroder, à l'affaiblir? L'argument principal est l'argument démographique. C'est sur cet argument que cette initiative se focalise.

J'aimerais rappeler quelques chiffres: en 1950, selon l'Office fédéral de la statistique, il y avait dans notre pays 9,6 pour cent d'habitants de plus de 65 ans, et 59,8 pour cent qui avaient entre 20 et 64 ans, soit six personnes de 20 à 64 ans pour une personne de plus de 65 ans. Mais ces six personnes de l'époque ne cotisaient pas toutes à l'AVS, loin de là: la moitié d'entre elles étaient des femmes. Or, la majorité de ces femmes ne travaillaient pas pour un salaire. Elles travaillaient sans doute beaucoup, malgré tout, mais elles ne cotisaient donc pas à l'AVS.

Aujourd'hui, il y a 19 pour cent environ de personnes de 65 ans et plus et toujours environ 60 pour cent de



personnes entre 20 et 64 ans, mais l'écrasante majorité des adultes d'aujourd'hui cotise. C'est la raison pour laquelle les finances de l'AVS sont saines. Voilà un rappel de l'élément démographique. Si tant est qu'on veuille parler de démographie, il faut le faire correctement et avec précision.

A l'époque aussi, en 1947, il y avait des opposants à l'AVS. Et je cite aux Jeunes libéraux-radicaux d'aujourd'hui ce que disaient ceux qui s'opposaient à l'idée même de créer l'AVS. Ils disaient aux citoyens, je cite une annonce de l'époque publiée dans la presse: "Savez-vous que dans vingt ans, le financement de l'AVS ne sera plus assuré."

Dès ses débuts, la faillite de l'AVS était annoncée par ceux qui s'opposent en fait à l'idée d'une solidarité nationale. Or, évidemment, vingt ans plus tard, l'AVS n'était pas en faillite. Au contraire, pendant les décennies qui ont suivi la création de l'AVS, dans un grand consensus, sans référendum, toutes les forces politiques ont augmenté les rentes. En termes réels, les rentes ont été triplées dans les décennies qui ont suivi la création de l'AVS, et l'âge de la retraite des femmes a été baissé de trois ans. A l'époque, on ne parlait pas d'augmenter l'âge de la retraite, mais on la baissait en réalité de trois ans pour les femmes.

Si les radicaux, les démocrates-chrétiens, les UDC de l'époque avaient écouté leurs descendants d'aujourd'hui, au lieu d'augmenter les rentes et de baisser l'âge de la retraite, ils auraient introduit un mécanisme infernal comme celui qu'on nous propose. Figurez-vous que s'ils avaient fait cela, nous aurions aujourd'hui des rentes AVS de quelques centaines de francs, et nous aurions un âge de la retraite de 71 ans.

Voilà comment ce petit exercice sain de simulation intellectuelle nous permet de voir à quel point cette proposition est hors-sol et ne tient compte que d'un aspect du débat sur les retraites. Elle ne tient compte que de la question démographique, et – comme je l'ai dit tout à l'heure – de manière trompeuse.

Il faut tenir compte évidemment de bien d'autres aspects. Il faut tenir compte de la productivité: pour chaque heure de travail, on produit aujourd'hui évidemment beaucoup plus de richesses qu'à l'époque. Il faut tenir compte de la réalité du marché du travail, comme l'a bien expliqué Flavia Wasserfallen, et surtout il faut tenir compte de la volonté politique.

Chères et chers collègues, la question est: qu'est-ce que nous voulons faire pour notre pays? Est-ce que nous voulons prolonger indéfiniment le temps de travail, comme le proposent les auteurs de cette initiative ou est-ce que nous voulons renforcer la solidarité?

Et j'aimerais rappeler une évidence: l'AVS n'est pas en faillite; l'AVS a une fortune de 47 milliards; l'AVS a fini l'an passé avec un bénéfice de répartition de 1,6 milliard de francs. Quand on veut introduire un mécanisme de frein à l'endettement, inspiré d'une Confédération qui a 70 milliards de dettes, pour l'introduire dans une oeuvre sociale qui a 47 milliards de fortune, on devrait se poser la question de savoir s'il est vraiment bien judicieux de penser importer ce genre d'outil.

Mesdames et Messieurs, il faut refuser cette initiative hors-sol, complètement déconnectée de la réalité de notre pays et, au contraire, recommencer, comment on l'a fait par le passé, à investir pour la solidarité et pour l'équilibre entre les générations.

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Wer heute in der Schweiz 65 Jahre alt wird, lebt im Durchschnitt noch gut 21 Jahre. Es gibt in der EU kein Land mit einer höheren Lebenserwartung. Wir haben das unter anderem unserem Lebensstil und der Medizin zu verdanken. Die Schweiz ist damit Europameisterin der Langlebigkeit, was ein schöner Grund zur Freude ist.

Wer das Alter 65 erreicht, tritt in der Schweiz in den wohlverdienten Ruhestand und erhält eine Rente aus der AHV. Für viele Menschen ist die AHV-Rente der wichtigste finanzielle Beitrag im Alter, weshalb die AHV auch zu Recht als wichtigstes Sozialwerk bezeichnet wird.

Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 lag das Rentenalter für beide Geschlechter bei 65 Jahren. Im Gegensatz zu damals beziehen wir aber heute im Schnitt neun Jahre länger eine Rente, obwohl wir für die gleiche Anzahl Jahre einzahlen. Gleichzeitig wird die Anzahl Pensionierungen in den kommenden Jahren rasant zunehmen. Pro Jahr verlassen 25 000 Personen mehr den Arbeitsmarkt, als neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Es beziehen also immer mehr Menschen eine Rente, während verhältnismässig weniger Menschen Beiträge zugunsten der AHV leisten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Unsere Langlebigkeit und die vielen anstehenden Pensionierungen stellen uns vor eine wichtige Frage: Wie hoch ist eigentlich die Lebenserwartung der AHV? Nach aktuellen Prognosen des Bundesamtes für Sozialversicherungen beträgt die Lebenserwartung der AHV ab heute noch gut 19 Jahre. Trotz der Erhöhung des Rentenalters der Frauen, trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer und trotz der Erhöhung der Lohnbeiträge wird die AHV in 19 Jahren ihr Kapital aufgebraucht haben. Ab dann fehlt ihr das Geld, um die



gesetzlichen Rentenversprechen zu finanzieren. Konkret heisst das: Tun wir nichts, laufen alle Personen, die heute noch nicht 65 Jahre alt sind, Gefahr, keine AHV-Rente mehr zu erhalten. Wir haben also ein Problem. Das ist nicht gut, und das sollte Grund zum Handeln sein.

Wir Politikerinnen und Politiker werden ins Parlament gewählt, um Probleme zu lösen. Dabei geht es nicht nur um die akuten Probleme, von denen wir in den letzten Monaten und Jahren leider zu viele hatten. Es geht auch darum, dass wir Probleme lösen, die absehbar sind, dass wir über das Hier und Jetzt hinausschauen. Das ist unser Auftrag. Das sind wir der Bevölkerung im Allgemeinen und der Jugend im Besonderen schuldig, denn es sind die jungen Menschen in der Schweiz, die die positiven wie auch die negativen Folgen der heutigen Politik noch am längsten spüren werden.

Die zunehmende Lebenserwartung und die steigende Anzahl an Rentnerinnen und Rentnern sind ein Fakt. Das ist keine Schätzung, keine unsichere Prognose und somit keine Schwarzmalerei. Es ist klar, dass die Herausforderungen für unsere AHV grösser denn je sind. Es ist klar, dass die AHV mit der heutigen Gesetzgebung nicht für mehrere Generationen nachhaltig finanziert ist. Wollen wir eine nachhaltig finanzierte AHV, die auch kommenden Generationen anständige AHV-Renten ausbezahlen kann, muss die Lebenserwartung der AHV mindestens zweimal so hoch sein wie die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung.

Mit dieser Ausgangslage ist es nichts als ehrlich, heute Lösungen anzustossen, zu verhandeln und zu verabschieden. Im Grundsatz gibt es drei mögliche Stossrichtungen:

Die erste wäre, die Renten zu senken. Das wollen wir nicht, im Gegenteil. Wir sollten die Renten dort, wo es nötig ist, erhöhen, wenn die AHV dafür genug Geld hat.

Die zweite Stossrichtung wäre, die Steuern und Abgaben zu erhöhen. Auch das wollen wir nicht. Um die Zusatzlasten fair aufzuteilen, werden wir wohl in Zukunft aber nicht darum herumkommen, einen Teil des Defizits so zu decken.

Die dritte Stossrichtung wäre, und darüber sprechen wir heute, die moderate Erhöhung des Rentenalters. Wenn wir immer länger leben, ist es eigentlich logisch, auch etwas länger in die AHV einzuzahlen. Ansonsten geht die Rechnung bekanntlich nicht auf.

Mit der Renten-Initiative der Jungfreisinnigen liegt eine Lösung für die AHV auf dem Tisch respektive steht heute zur Debatte. Dank der Anhebung des Rentenalters auf 66 Jahre und der Anbindung an die Lebenserwartung haben wir die Chance, das Problem der AHV-Finanzierung grösstenteils zu lösen.

Eine moderate Erhöhung des Rentenalters hat auch direkt positive Effekte für die betroffene Person: Wer länger arbeitet, kann mehr Kapital in der beruflichen Vorsorge ansparen. Daraus resultiert eine höhere Rente aus der zweiten Säule. Mit dem zusätzlichen Arbeitseinkommen hat man weitere, individuelle Möglichkeiten, zu sparen und für sich selbst vorzusorgen.

Selbstredend ist ein moderat höheres Rentenalter auch im Interesse der Arbeitgebenden, denn diese sind dringend auf Arbeitskräfte angewiesen. Dank eines höheren Rentenalters steigt das Arbeitsangebot im Inland, und man ist weniger schnell gezwungen, im Ausland neues Personal zu rekrutieren. So hat auch eine Studie im Auftrag des Bundes ergeben, dass bei Annahme der Renten-Initiative die Zuwanderung in die Schweiz um sage und schreibe 23 Prozent, also um knapp ein Viertel, abnehmen würde. Damit ist die moderate Erhöhung des Rentenalters auch im Sinne aller, die die Zuwanderung in die Schweiz reduzieren wollen.

Eine moderate Erhöhung des Rentenalters entlastet auch die Ausgaben des Bundes. Denn der Bund beteiligt sich mit über 20 Prozent an den Ausgaben der AHV. Steigen die Ausgaben an, steigen auch die Bundesaussgaben, was zur Folge hat, dass wir weniger Geld für andere wichtige Staatsaufgaben zur Verfügung haben.

Für alle, denen die Initiative zu weit geht, gibt es heute die Möglichkeit, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags in die Wege zu leiten. Dieser kann in Richtung einer AHV-Schuldenbremse gehen, wie er in der ständerätlichen Kommission knapp gescheitert ist, oder in Richtung einer Lebensarbeitszeit. Nichts tun ist hingegen keine Lösung.

Ich schaue nach links: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir untätig bleiben, fehlt uns der Spielraum, um die tiefen AHV-Renten anzuheben. Gerade Menschen, die keine berufliche oder private Vorsorge haben, leben im Ruhestand mit einem sehr tiefen Einkommen. Würden wir endlich die Finanzen der AHV in den Griff bekommen, könnten wir für diese Menschen eine Erhöhung der AHV-Rente beschliessen.

Ich schaue nach rechts: Wenn wir nichts tun, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, riskieren wir eine starke Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Lohnabgaben. Herr und Frau Schweizer hätten also jeden Monat weniger Lohn in der Tasche. Gleichzeitig käme jeder Einkauf teurer zu stehen, egal ob beim Wocheneinkauf oder beim Kauf eines neuen Sofas. Die höhere Mehrwertsteuer wird für eine Familie schnell einmal mehrere tausend Schweizerfranken pro Jahr weniger Kaufkraft zur Folge haben. Das wollen wir nicht, und ich bin überzeugt, das wollen auch Sie nicht.



Ich blicke in die Mitte dieses Saals: Geschätzte Damen und Herren, wenn wir nichts tun, dann spürt die Bevölkerung den Reformstau des Schweizer Parlamentes direkt. Das schadet unserer Glaubwürdigkeit. Wollen wir das? Ich glaube nicht. Ich will, dass wir zusammen weiterkommen; ich möchte, dass wir unser bewährtes Dreisäulensystem weiterentwickeln und unsere Stärken nutzen, um unsere Renten langfristig zu sichern, sodass wir nicht nur Europameister in Langlebigkeit bleiben, sondern auch die weltbesten Vorsorgewerke haben. Setzen wir uns gemeinsam für eine sichere, für eine starke AHV ein – eine AHV, die höhere Renten auszahlen kann und nachhaltig finanziert ist. Die künftigen Rentnerinnen und Rentner werden Ihnen dankbar sein. In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die FDP-Liberale Fraktion die Annahme des Entwurfes und gegebenenfalls, sollte dieser dem Rat zu weit gehen, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags, um endlich die absehbaren Finanzierungsprobleme in unserer AHV anzugehen. Ich danke Ihnen, wenn Sie unserer Empfehlung Folge leisten.

Mettler Melanie (GL, BE): Es gab hier jetzt schon viel Schwarzmalerei, und es gab auch schon viel Augenschere. Ich versuche mich aber auf die Frage zu konzentrieren: Was ist denn eigentlich die Realität? Die Realität ist, dass der reguläre Generationenvertrag funktioniert. Er funktioniert aber nicht für die Finanzierung der Babyboomer-Renten, also für die Jahre zwischen 2030 und 2050. Es gibt keinen moralischen Grund, weshalb jemand möglichst lange arbeiten sollte oder warum er das nicht tun sollte. Wohl aber gibt es eine finanzielle Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Zwar ist im Schweizer Steuersystem ein Ausgleich zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden vorgesehen. Das fördert den Zusammenhalt und den sozialen Frieden und stärkt die gesamtgesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit. Es gibt in der Schweiz aber keinen Automatismus für den Ausgleich zwischen den Generationen. Das heisst, wir müssen politisch Verantwortung übernehmen.

Die Finanzierungslücke für die Renten der Babyboomer-Generation beträgt je nach wirtschaftlicher Entwicklung etwa 100 Milliarden Franken. Diese Lücke entsteht zwischen 2030 und 2050, also für die Dauer der Jahre, während derer die Babyboomer eine Rente beziehen. Warum entsteht diese Finanzierungslücke? Die geburtenschwachen Jahrgänge der heute 30- bis 55-Jährigen bestehen einfach aus zu wenigen Personen, um diese Renten in einem Umlageverfahren zu finanzieren. Das ist aber auch eine verhältnismässig gute Nachricht, denn ab 2030 wird die Anzahl der Neurentner und damit ab 2050 auch der Finanzierungsbedarf der AHV entsprechend wieder sinken. Seit etwa zwanzig Jahren erholt sich die Geburtenrate, und somit wird dann auch der Generationenvertrag wieder ausbalanciert sein. Diese aktuelle Finanzierungslücke gilt es aber fair zu decken – nicht nur mit einem sozial gerechten Ausgleich, sondern mit einem generationengerechten Ausgleich. Deshalb stehen die Finanzierungsquellen, welche die geburtenschwachen Jahrgänge, die erwerbstätigen Generationen, übermässig belasten, kaum im Fokus. Weder eine reine Referenzrentenalter-Erhöhung noch eine

AB 2023 N 1084 / BO 2023 N 1084

reine Erhöhung der Lohnbeiträge stellt die passende materielle und politische Antwort auf diesen Handlungsbedarf dar.

Man kann nun zwei Dinge machen: Man kann den Finanzierungsbedarf senken oder die Finanzierungsquellen erweitern. Die Renten-Initiative versucht, den Finanzierungsbedarf zu senken, indem sie einfach das Referenzrentenalter erhöht. Das allein ist aber ein wenig wirksames Instrument, insbesondere weil bereits heute 40 Prozent in Frührente gehen und gar nicht bis 65 arbeiten; dies sind vor allem die Wohlhabenden. In gewissen Hochlohnbranchen beziehen fast alle die Frühpension von mindestens einem Jahr. Als man sie gefragt hat, warum – das hat das SECO in einer Studie gemacht, es hat sie gefragt –, haben sie gesagt: weil sie es sich leisten können. Eine Erhöhung des Referenzrentenalters wäre also in erster Linie eine Erhöhung für diejenigen, die sich die Frühpension nicht leisten können. Das ist natürlich weder effizient noch fair.

Die Initiative selbst ist zwar gut gemeint, aber kaum das richtige Instrument, um das gerechtfertigte Anliegen zu erfüllen. Die grünliberale Fraktion lehnt sie ab. Die grünliberale Fraktion unterstützt aber den Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit und den Minderheitsantrag I (Sauter) mit dem Auftrag, uns Entscheidungsstrategien unter den nötigen Handlungsdruck zu setzen, damit wir den Ausgleich nicht nur zwischen den sozialen Schichten, sondern auch zwischen den Generationen fair ausgestalten.

Die Kommissionsminderheit will eine Art Schuldenbremse: Wenn die Finanzperspektiven der AHV über einen Zeitraum von fünf Jahren ins Negative kippen, steigt das Referenzrentenalter automatisch. Das heisst, wenn die Finanzperspektiven fünf Jahre negativ sind, haben wir auch noch fünf Jahre Zeit, um politisch zu reagieren und die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, bevor das Referenzrentenalter steigt. Dieser Antrag hat den Vorteil, dass er nicht nur zielgerichtet auf das tatsächliche Problem einwirkt, sondern uns auch die Möglichkeit gibt, eine generationengerechtere Finanzierung mit einzubeziehen, also zum Beispiel die wohlhabenden



Babyboomer und Frühpensionierten an der Finanzierungslücke zu beteiligen. Er passt zudem sehr gut zum Anliegen der Grünliberalen, den Handlungsdruck auf die Polkräfte, die uns in eine politische Reformblockade führen, zu erhöhen. Die grünliberale Vorstellung einer fairen Vorsorgegestaltung ist eine gleichmässige Verteilung der Last zwischen den Generationen und den Geschlechtern und eine faire Verteilung der Last zwischen den Wohlhabenden, dem Mittelstand und den Bedürftigen – keine Giesskasse, aber auch kein Rasenmäher, sondern effiziente Massnahmen, dort, wo sie Wirkung erzielen.

Einen grossen Schritt in Richtung grössere Gerechtigkeit bei der Altersvorsorge können wir jetzt mit der Modernisierung der zweiten Säule, also bei der BVG-Reform, machen. Einen weiteren Schritt strebt das politische Zentrum mit einer Anpassung der Rentenformel zugunsten der schwächsten Rentenhaushalte an. Einen dritten Schritt können wir mit einem Gegenentwurf zu dieser Initiative tun.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Frau Kollegin, ich bin Babyboomer. Jetzt habe ich eine Frage: Bin ich aus Ihrer Sicht ein wohlhabender Babyboomer? Also einer, der von seinem eigenen Sack, durch harte Arbeit geäuftetes Ersparnis abgeben soll an andere Leute, die vielleicht in ihrem Leben nicht so viele Leistungen erbracht haben? Gehöre ich zu diesen wohlhabenden Babyboomern, die aus ihrem eigenen Ersparnis jetzt umverteilen sollen? Können Sie mir das erklären?

Mettler Melanie (GL, BE): Also, Herr Portmann, ich kenne Ihre finanziellen Umstände nicht. Es ist mir auch nicht so wahnsinnig wichtig. (*Teilweise Heiterkeit*) Aber wir sprechen jetzt hier über die erste Säule. Diese erste Säule wird in einem Umlageverfahren finanziert, das heisst, Ihre AHV-Rente wird von den dann Erwerbstätigen finanziert. Von diesen hat es dann weniger als zurzeit, da Sie noch erwerbstätig sind und die Renten der Älteren mitfinanzieren.

Matter Michel (GL, GE): La retraite est une étape de vie attendue, justifiée, qui s'inscrit dans une perspective de développements personnels et d'espaces de vie nouveaux et essentiels pour chacune et chacun d'entre nous.

L'AVS est un succès indéniable. C'est le coeur de nos assurances sociales. L'AVS se doit d'être pérenne à long terme. Evoquer la retraite et son financement amène automatiquement son lot d'émotions, de divisions et de propositions, ciblées ou non.

Le lien entre les générations, indispensable à toute société, doit être sans cesse renforcé. C'est de cet équilibre constant que les assurances sociales et solidaires se nourrissent. La charge et le poids sur chaque génération sont décisifs. Tout déséquilibre entraîne de fait un problème financier.

C'est sur ce point précis que la proposition de renvoi de la minorité à la commission doit être interprétée et comprise. Cette demande donne l'occasion d'élaborer la meilleure solution possible. L'AVS doit être une assurance sociale durable. Pour cela, il faut réfléchir à l'équilibre financier entre les dépenses et les recettes, c'est-à-dire à l'ensemble des aspects relatifs à la pérennité de l'AVS, bien au-delà des quelques années qui sont devant nous.

L'âge de la retraite est un sujet sensible. L'espérance de vie a passablement augmenté en Suisse. Elle n'est pas, n'est jamais, la même pour tout le monde. La pénibilité du travail, le mode de vie, les conditions économiques et sociales sont des paramètres incontournables et personnels. Une initiative qui ne porte que sur l'espérance de vie, que sur l'âge, ne peut apporter une solution stable et durable. L'AVS exige une réponse multifactorielle, intégrant l'ensemble des paramètres actuels et projetés.

C'est cette vision globale, multifactorielle, qui devra tenir compte de toutes les réflexions et de toutes les propositions concrètes, afin de construire un véritable projet qui puisse maintenir la cohésion et la paix sociale entre les différentes classes d'âges dans les décennies qui se profilent.

Le groupe Vert'libéral souhaite un débat politique qui puisse surmonter les blocages et aboutir à un mécanisme financier stable, équitable, durable et responsable, car il s'agit bien de notre responsabilité collective, au-delà de nos divergences, qui permettra une AVS pérenne et protectrice pour toutes les générations. Nous soutiendrons la proposition de renvoi à la commission. Pour notre société, par équité, respect et solidarité.

Aeschi Thomas (V, ZG): Die Renten-Initiative fordert das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Im Falle einer Annahme der Initiative im Jahr 2024 würde damit das Rentenalter im Jahr 2033 bei 66 Jahren liegen. Anschliessend soll das Rentenalter jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten an die Lebenserwartung angepasst werden. Grundsätzlich – und das wurde bereits ausgeführt, unter anderem von Herrn Lohr – kann die AHV nur mittels drei Massnahmen saniert werden: erstens durch höhere Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge oder durch einen höheren Mehrwertsteuerbeitrag; zweitens durch Rentenkürzungen; drittens durch ein höheres Rentenalter.



Die Minderheit I (Sauter) fordert Eintreten auf einen direkten Gegenentwurf zur Renten-Initiative. Dabei soll Artikel 112 Absatz 6 der Bundesverfassung unter anderem wie folgt angepasst werden: "Übersteigen die kumulierten Ausgaben der AHV die kumulierten Einnahmen [...] über einen Zeitraum von fünf Jahren, so erhöht sich das dannzumal geltende Referenzalter zum Renteneintritt ohne weiteres so, dass die vorgenannten Ziele erreicht werden." Das heisst, die Einnahmen und Ausgaben der AHV sollen langfristig im Gleichgewicht gehalten werden. Die Minderheit I fordert entsprechend eine automatische Rentenaltererhöhung, sobald die Ausgaben für die AHV während mehr als fünf Jahren die AHV-Einnahmen übersteigen.

Ähnlich fordert die Minderheit Mettler, dass die Vorlage an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates zurückgewiesen wird mit dem Auftrag, über einen indirekten Gegenvorschlag eine "Schuldenbremse für die AHV" einzuführen. Wie einleitend erläutert, kann eine Schuldenbremse nur über drei Hebel wirken: erstens über neue oder höhere Finanzierungsbeiträge; zweitens über tiefere

AB 2023 N 1085 / BO 2023 N 1085

Rentenleistungen; drittens über ein höheres Rentenalter. Weil höhere Finanzierungsbeiträge und Rentenkürzungen politisch höchst umstritten sind, ist absehbar, dass eine Schuldenbremse für die AHV analog zum direkten Gegenvorschlag der Minderheit I (Sauter) auf eine automatische Rentenaltererhöhung hinauslaufen wird.

Am 25. September 2022 haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Rentenaltererhöhung für die Frauen mit 50,5 Prozent Ja- zu 49,5 Prozent Nein-Stimmen angenommen. Ab dem 1. Januar 2024 gilt somit der Mehrwertsteuer-Normalsatz von neu 8,1 Prozent statt wie bisher 7,7 Prozent, und das Referenzalter der Frauen wird in vier Schritten von 64 auf 65 Jahre erhöht. Ab dem 1. Januar 2028 respektive ab Jahrgang 1964 gilt somit für alle das Referenzalter 65.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, sowohl die Renten-Initiative als auch die Anträge der Minderheit I (Sauter) und der Minderheit Mettler, die beide de facto eine automatische Rentenaltererhöhung fordern, abzulehnen.

Nächstes Jahr stimmen wir über die Initiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente sowie über die Reform der beruflichen Vorsorge, die BVG-21-Vorlage, ab. Gleichzeitig jetzt auch noch für das Rentenalter einen Erhöhungsautomatismus einführen zu wollen, würde das Fuder definitiv überladen. Zudem haben beide Räte den Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis am 31. Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Hoffen wir, dass Bundespräsident Alain Berset diesen Auftrag ernster nimmt als die Umsetzung der Motion Ettlin Erich 19.3702, "Einkauf in die Säule 3a ermöglichen", bei der wir nun seit mehr als drei Jahren auf die bundesrätliche Vernehmlassungsvorlage warten.

Schilliger Peter (RL, LU): Herr Kollege Aeschi, Sie haben die Korrekturmassnahmen sehr breit und ausführlich dargestellt. Mich interessiert, wie die SVP die Problemstellung der ganzen Bundesfinanzen sieht. Das sind alles gebundene Ausgaben, die mit anderen gebundenen Ausgaben wie den Armeeausgaben im Wettbewerb stehen. Sieht die SVP in dieser ganzen Finanzfrage keinen Handlungsbedarf?

Aeschi Thomas (V, ZG): Wir würden uns sehr freuen, wenn wir hier mehr Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien erhielten, namentlich bei der Kürzung der Kulturausgaben, bei der Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Kürzung des Eigenaufwandes des Bundes. Wir haben hier schon x-mal Forderungen gestellt, wonach eben auch die Löhne der Staatsangestellten gekürzt werden usw. Wir stellen pro Session und pro Budgetvorlage dreissig bis vierzig Kürzungsanträge, die sehr häufig von der FDP-Liberalen Fraktion nicht unterstützt werden, was sehr bedauerlich ist. Ich würde mich freuen, Herr Kollege Schilliger, wenn Sie im nächsten Dezember mithelfen würden, das Bundesbudget von Frau Bundesrätin Keller-Sutter wieder ins Lot zu bringen, indem Sie unsere Kürzungsanträge entsprechend unterstützen – natürlich bei einer erfolgreichen Wiederwahl. Ich danke Ihnen.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Schon wieder diskutieren wir über Rentenabbau, obwohl weder die Bundesverfassung noch die Versprechen an die Frauen umgesetzt sind. Nur gerade ein Drittel der heutigen Pensionäre und Pensionärinnen kann das gewohnte Leben im Alter weiterführen. Ein Drittel hat um die 3500 Franken Rente, erste und zweite Säule zusammengenommen, lebt also nicht fürstlich, und ein Drittel lebt am Existenzminimum bzw. sogar darunter. Viele haben also keine würdigen Renten. Vor allem betroffen sind Frauen. Da müssen wir also ansetzen: verbessern und nicht einmal mehr verschlechtern.

Die vorliegende Initiative ist keine menschenfreundliche Initiative. Kein fixes Rentenalter mehr zu haben – zuerst 66, dann 67, vielleicht am Schluss 70, je nach demografischer Entwicklung –, kann vielleicht gerade mal für diejenigen gut sein, denen es eh schon gutgeht, die einen guten Lohn, eine gute Arbeit haben, die am



Schluss auch eine gute Rente haben und die länger arbeiten wollen. Für tiefe und mittlere Löhne heisst es aber nur: länger arbeiten und immer noch keine gute Rente.

Einen würdigen, guten Lebensabend aber haben alle verdient. Einige Jahre noch geniessen zu können – hoffentlich gesund –, das mögen wir Grünen allen gönnen. Auf der einen Seite werden viele, beispielsweise auf dem Bau, nicht einmal 65. Viele "plangen", schweizerdeutsch gesagt, geradezu auf die Rente. Sie sind ausgebrannt und verbraucht. Auf der anderen Seite sind aktive alte Menschen wichtig für die Gesellschaft. Ich erinnere an den Bereich der Betreuung der Kinder ihrer Kinder, an die Freiwilligenarbeit, die zentral ist und einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Müsste diese bezahlt werden, käme das teuer zu stehen. Wer zudem länger arbeiten will, kann das bereits heute tun. Man kann den Bezug der AHV hinausschieben, bis man 70 ist, sofern man denn eine Arbeit hat. Sie wissen aber auch, dass das bereits ab 55 schwierig wird. Aber es darf keine Pflicht sein, länger arbeiten zu müssen.

Wenn Sie die Studien anschauen, dann sehen Sie interessanterweise, dass diejenigen, die frühzeitig, nämlich oft schon mit 58, in Pension gehen, nachher noch als sogenannte Senior Consultants tätig sind, ausgestattet mit einer guten Rente und ein bisschen Zuverdienst. Das sind vor allem Manager, Finanz- und Computerexperten sowie ein, zwei Frauen, die mit 58 gehen und im Schnitt eine höhere Rente beziehen als diejenigen, die mit 65 in Rente gehen.

Das Argument, die Finanzierung der Renten sei wegen der Demografie nicht gewährleistet und deshalb zwingend anzupassen, ist nicht wahr. Die Finanzierung ist eine politische Entscheidung und somit eine Frage des politischen Willens, ob man für alle eine würdige Rente haben will oder eben nicht. Die gerechteste Finanzierung wäre über die Steuern, weil sie immer noch progressiv ausgestaltet ist: Wer viel verdient, soll mehr zahlen; wer wenig verdient, soll weniger zahlen. Diesen Mechanismus haben wir auch schon im AHV-Gesetz. Die AHV ist wegen ihrer Umlage die würdige und sichere Finanzierung, sie ist fair und gerade für die Jungen sehr, sehr gut. 92 Prozent zahlen weniger ein, als was sie nachher als Rente beziehen.

Gönnen wir also allen einen würdigen Lebensabend, kämpfen wir für würdige Renten für alle. Wir Grünen werden diese Initiative klar ablehnen, auch die Minderheitsanträge. Wir wollen in die AHV investieren und sie nicht abbauen. Wir sind gewillt, die Finanzierung zu gewährleisten.

Mettler Melanie (GL, BE): Frau Prelicz-Huber, Sie haben jetzt ausgeführt, die fairste Finanzierung einer Finanzierungslücke funktioniere über die Steuern. Können Sie denn bestätigen, dass das Parlament mit dem vorgeschlagenen Automatismus fünf Jahre Zeit hätte, genau diese zusätzliche Finanzierungsquelle über die Steuern zu beschliessen?

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Danke für die Frage, Kollegin Mettler. Noch einmal: Wir wollen ein fixes Rentenalter, wir wollen keine Flexibilisierung nach oben. Wir haben im Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vorgesehen, dass bis 50 Prozent über Steuereinnahmen bezahlt werden könnten. Wir sind heute bei rund 20 Prozent. Wir könnten die Renten in der AHV also für alle sehr deutlich erhöhen und hätten den Finanzierungsmodus dafür bereits auf dem Tisch.

Porchet Léonore (G, VD): Encore une fois, nous sommes face à ce vieux mythe: l'augmentation de la durée de vie, de l'espérance de vie, nous forcerait à augmenter l'âge de la retraite. C'est faux, c'est faux et c'est encore faux.

Il faut tout d'abord rappeler plusieurs évidences. La première d'entre elles est que nous n'allons peut-être pas vivre jusqu'à 150 ans, heureusement, et que la durée de vie a maintenant même tendance à stagner et parfois à reculer dans certains pays dits évolués, en raison de problèmes de santé. Il faut aussi rappeler une seconde évidence, c'est que les 55 ans et plus ont déjà aujourd'hui de la peine à trouver du travail quand ils le perdent après cet âge-là ou même simplement à rester en emploi. L'augmentation de l'âge de la retraite ne

AB 2023 N 1086 / BO 2023 N 1086

fait donc qu'augmenter les charges de l'assurance-chômage et de l'AI.

Mais on doit aussi ajouter à cela le fait que tout le monde ne voit pas sa durée de vie s'allonger et encore moins augmenter son nombre d'années de vie en bonne santé. Les différences de revenu ont en effet une influence sur la santé. Les personnes à plus faible revenu ont une santé moins bonne que les personnes à plus haut revenu. Vieillir en bonne santé est plus difficile pour les retraités touchés par la pauvreté que pour les autres. Par exemple, les retraités sans deuxième pilier disent avoir plus souvent des problèmes de santé que les autres et doivent parfois – et plus souvent que les autres – renoncer à des soins de santé pour des raisons financières.

Or, ce sont justement ces personnes touchant des bas revenus qui pourront le moins prendre une retraite



anticipée. Cela implique que les personnes à haut revenu qui meurent moins vite profitent plus longtemps des prestations de l'AVS, tout en recevant des rentes plus élevées. Cette initiative est donc particulièrement injuste. Ce d'autant plus que la moyenne d'années de vie en bonne santé s'élève à environ 70, soit à peine 4 ans de plus que l'âge de la retraite prévu par cette initiative injuste.

Dans une société évoluée, l'espérance de vie, c'est-à-dire le moment où l'on meurt – à l'hôpital, à l'EMS, souvent malade, de plus en plus souvent dément, parfois seul –, ne peut pas être le facteur décisif pour déterminer l'âge de la retraite. C'est le critère de la qualité de vie pendant les années de retraite qui devrait être déterminant pour fixer l'âge de référence de l'AVS. Ce n'est pas le moment où l'on meurt.

Nous devons laisser la possibilité à celles et ceux qui ont trimé toute leur vie d'avoir une troisième partie de vie de qualité. Au lieu d'augmenter le temps de travail et de diminuer les prestations sociales, comme cela nous est systématiquement proposé dans ce Parlement, nous les Verts pensons qu'il faudrait plutôt baisser le temps de travail de manière générale, car nous avons besoin de temps pour nous occuper de nous-mêmes, mais aussi pour pouvoir mettre en oeuvre les transformations indispensables à la transition climatique.

Nous avons besoin de plus de temps, nous avons besoin de plus d'égalité, nous avons besoin de plus de respect, et pas d'initiatives injustes et arbitraires comme celle-ci. Le groupe des Verts vous invite donc ici à recommander le rejet de l'initiative et à la rejeter ensuite dans les urnes.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG): Wir befinden heute über eine Initiative, welche das Rentenalter mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Menschen im Alter von 65 Jahren verknüpft. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter. Die Initianten argumentieren damit, dass viele andere Länder diese Anpassung auch gemacht und das Rentenalter teilweise auf 67 Jahre, ja gar 68 Jahre erhöht hätten. Sie wollen Ähnliches anpeilen. In einem ersten Schritt wollen sie das Rentenalter pro Jahr um zwei Monate erhöhen, bis sie dann 2032 66 Jahre erreicht haben. Danach soll das Rentenalter pro Monat zusätzlicher Lebenserwartung um 0,8 Monate steigen. Die Initiantinnen und Initianten haben errechnet, dass 2043 das Rentenalter 67 erreicht sein dürfte, 2056 das Rentenalter 68.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe Sympathien dafür, das Rentenalter zu erhöhen. Erstens stammt das Referenzalter aus Bismarck'schen Zeiten: Die durchschnittliche Lebenserwartung war damals 60 Jahre. Heute sind Menschen in diesem Alter ungleich fitter und leistungsfähiger. Zweitens ist es einfach so, dass Menschen grundsätzlich auch gerne im Arbeitsprozess integriert sind. Ältere Arbeitskräfte bilden ein nicht zu unterschätzendes Potenzial, um dem aktuellen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sie generell mit 65 Jahren in die Rente zu schicken, ist verlorenes Potenzial.

Des Weiteren standen bei der Gründung der AHV 1947 beinahe sieben Erwerbstätige einem Rentner gegenüber; heute finanzieren noch drei Erwerbstätige eine Rente. Mit dem Renteneintritt der Babyboomer könnten es bald nur noch zwei sein.

Das sind Szenarien, die zu denken geben müssen. Sie auf das politische Parkett zu bringen, ist für mich kein Kritikpunkt, im Gegenteil; schliesslich haben wir alle die Verpflichtung, dass unser wichtigstes Sozialwerk auch unseren Kindern und deren Kindern, überhaupt den künftigen Generationen, erhalten bleibt.

Trotzdem werde ich die Initiative ablehnen. Warum?

Erstens kommt sie schlicht und ergreifend zum falschen Zeitpunkt. Wir haben gerade das Rentenalter erhöht und dasjenige der Frauen an das der Männer angeglichen. Für mich selber war das auch aus Gleichstellungssicht ein selbstverständlicher Schritt. Ich sehe nicht ein, weshalb meine Arbeit im Arbeitsprozess weniger wert sein sollte als diejenige der Männer. Nur sahen das viele anders, und letztlich gab es auch klare Versprechungen, dass nun – für die Frauen und für geringer Verdienende – zuerst einmal und prioritär die obligatorische berufliche Vorsorge auch Erwerbstätigen mit kleineren Arbeitspensen und Einkommen zugänglich zu machen sei.

Zweitens berücksichtigt ein Automatismus in der Bundesverfassung weder die sozialpolitische Situation noch diejenige im Arbeitsmarkt. Es gibt Jobs, welche das längere Arbeiten schlicht unmöglich machen, und es gibt soziale Konstellationen, für die man die Sache nicht einfach über das Knie brechen kann. Vor allem ist zu sagen: Ja, die Wirtschaftsverbände können schon fordern, dass länger gearbeitet werden müsse. Kürzlich hat der Schweizerische Arbeitgeberverband ein Rentenalter von 70 Jahren gefordert. Das wäre eigentlich genau das Mittel gegen den Fachkräftemangel. Aber wenn die Menschen dann mit 50 entlassen werden und kaum mehr einen adäquaten Job finden, dann ist es schon ziemlich zynisch, wenn man ihnen einfach die Zeit bis zur Rente verlängert. Da bräuchte es schon klarere Zugeständnisse – das eine geht nicht ohne das andere.

Drittens ist das Rentenalter bis jetzt nicht in der Bundesverfassung verankert. Verankern wir es, verlieren wir den Spielraum, auch noch andere Kriterien zur Finanzierung einzubeziehen.

Das Fazit ist also: Der Zeitpunkt ist falsch. Momentan finden Arbeiten zur Stabilisierung der beruflichen Vor-



sorge statt. Des Weiteren hat das Parlament der Landesregierung Studien für eine Stabilisierung der AHV in Auftrag gegeben; sie können gleichsam als Gegenvorschlag zur Initiative gelten.

Wir lehnen die Initiative also ab, ebenso wie den Antrag der Minderheit, die die Vorlage an die Kommission zurückweisen will.

Imboden Natalie (G, BE): Die AHV ist unbestritten ein zentrales Sozialwerk in diesem Land. Sie war es in der Vergangenheit und soll und wird und muss es auch in Zukunft bleiben. Da es so wichtig ist, geht es hier auch um eine politische und nicht um eine arithmetische Frage, wie uns das die Renten-Initiative suggerieren will. Die Renten-Initiative will das Rentenalter künftig arithmetisch mit einer durchschnittlichen Entwicklung der Lebenserwartung koppeln. Dabei ist das Leben der Menschen nicht arithmetisch durchschnittlich. Unter der Wirkung der Renten-Initiative würden denn auch besonders Menschen mit tieferen Einkommen leiden.

Das zeigt ein Blick in die Mortalitätsstatistik. Haben Sie gewusst, dass Männer im Kanton Zug mit der Lebenserwartung von 83 Jahren eine über fünf Jahre höhere Lebenserwartung haben als die Männer im Kanton Glarus, dem Ort in der Schweiz, wo die Männer am wenigsten alt werden? Übrigens gibt es die gleichen Zahlen auch bei den Frauen. Wahrscheinlich hat das im Kanton Zug nicht mit der Zuger Kirschtorte zu tun, sondern eher mit dem sozioökonomischen Kontext.

Wenn wir das Sterberisiko nach Berufen verteilt anschauen, sehen wir, dass bei den Männern die Berufsleute, die im Maschinenbau, mit Gerätschaften, auf dem Bau, aber auch im Energiebereich arbeiten, ein fast dreimal höheres Mortalitätsrisiko, also Sterberisiko, haben als ein Professor oder eine Lehrperson. Bei den Frauen sind die Berufe im Gastgewerbe und in der Hotellerie jene mit der tiefsten Lebenserwartung. Wer dort arbeitet, hat einen harten Job, wenig Lohn, unregelmässige Arbeitszeiten, ein schwieriges Arbeitsumfeld und stirbt früher als Menschen im Durchschnitt.

Ein Blick in diese Statistiken zeigt: Vor dem Tod sind eben nicht alle gleich, denn je reicher und je ausgebildeter die

AB 2023 N 1087 / BO 2023 N 1087

Menschen in diesem Land sind, desto länger leben sie. Die Renten-Initiative hat eben genau darum einen grundlegenden Konstruktionsfehler: Sie ist nicht nur starr, sie ist auch unsozial. Wir wissen heute: Wer weniger verdient, wer eine weniger gute Ausbildung hat, lebt eindeutig weniger lange, und, schlimmer noch, auch die Gesundheit ist damit verbunden weniger gut. In den Jahren, in denen die Menschen im Alter leben, sind sie dann auch noch häufiger krank. Wenn das allgemeine Rentenalter linear steigt, bleibt diesen Menschen, die es bereits im Erwerbsleben nicht immer einfach hatten, aber einen wichtigen Beitrag an unsere Gesellschaft geleistet haben, weniger Zeit im wohlverdienten Ruhestand – das ist unsozial. Wer bereits sein Leben lang im Beruf hart gearbeitet hat, soll auch einen anständigen Ruhestand geniessen und erleben dürfen.

Darum – ich komme zum Schluss – ist die vorliegende Initiative falsch. Sie ist starr, einseitig und insbesondere unsozial. Aus diesen Überlegungen wird sie von der grünen Fraktion eindeutig abgelehnt. Über die Halbwertszeit oder über die Lebensdauer dieser Initiative wird am Schluss die Bevölkerung entscheiden, und ich hoffe, dass sie dazu Nein sagen wird. Wer hart gearbeitet hat in diesem Land, soll auch ein Recht auf den verdienten Ruhestand haben.

Reimann Lukas (V, SG): Die Initiative der Jungfreisinnigen spricht ein wichtiges Thema an, und es ist den Jungfreisinnigen zugutezuhalten, dass sie die Debatte über das Renteneintrittsalter und vor allem auch über die Sicherung der Altersvorsorge anstossen. Ihre Lösung ist aber falsch, einseitig und zu wenig weit gedacht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, jetzt leben die Menschen länger, also arbeiten sie auch länger, während es auf der anderen Seite immer mehr jüngere Menschen gibt, die nur 70 oder 80 Prozent arbeiten wollen. Es kann nicht sein, dass die älteren Menschen, die ein Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, letztendlich Einbussen in Kauf nehmen müssen, weil die Jüngeren nicht mehr voll arbeiten wollen.

Es ist auch nicht so, dass alle Leute aus den gleichen Gründen frühzeitig in Pension gehen. Es wurde von der Vorrednerin gesagt: Es gibt diejenigen Menschen, die krank werden, die dies als letzte Chance für einen Ausstieg aus der Arbeitsbelastung sehen. Es gibt wiederum andere, die in die Frühpensionierung geschickt wurden. Sie wurden mehr oder weniger entlassen, und Sie alle wissen, wie schwierig es ist, in diesem Alter nochmals einen Job zu finden.

Wir wissen es aus vergangenen Abstimmungen über AHV-Vorlagen: Unausgewogene Vorlagen wurden vom Volk stets abgelehnt, und ich bin überzeugt, dass das Volk auch diese Vorlage ablehnen wird, weil sie zu einseitig ist und das Problem zu isoliert betrachtet.

Ich sehe auch nicht den Konflikt zwischen Jungen und Alten. Sie können genauso gut einen Konflikt sehen zwischen der Generation, die unser Land aufgebaut hat, die unser Land stark gemacht hat, die hart für diesen



Wohlstand, den wir jetzt haben, gearbeitet hat, und dem Umstand, dass das Parlament jetzt Geld für alles Mögliche ausgibt, sei es im Ausland oder sonst für irgendwelche Projekte. Man kann durchaus auch da eine Konfliktlinie sehen und nicht nur diejenige zwischen Jung und Alt. Mein Eindruck ist, dass wir für die ganze Welt Geld haben, aber nicht für die Generation, die wirklich viel zu dem Wohlstand beigetragen hat, den unser Land heute hat.

Natürlich soll man flexibel sein, und natürlich sind heute die Lebensläufe so verschieden, dass es flexible Möglichkeiten geben soll. Ich glaube aber nicht, dass es am Staat ist, den Menschen vorzuschreiben, wann sie in Pension gehen können, sollen oder müssen, sondern dass dies jeder Mensch für sich selber entscheiden kann. Für all diejenigen Menschen, die das nicht für sich selber entscheiden können, weil sie von der harten Arbeit kaputt sind oder sogar frühzeitig sterben könnten, braucht es eine ausreichende und gute Absicherung im Alter. Letztendlich kann nicht jeder in diesem Land Politiker sein, in diesem Land gibt es auch Leute, die körperlich hart arbeiten und einen grösseren Verschleissjob haben als denjenigen der Politiker.

Wir sind damit einverstanden, dass mehr Menschen als bisher bis zum geltenden Renteneintrittsalter arbeiten sollen. Die Frage des längeren Arbeitens ist aber letztendlich auch eine Frage der Lebensqualität. Wer nicht mehr arbeiten kann, soll auch früher in Pension gehen und von seiner Rente leben und nicht nur überleben können. Viele Menschen gehen heute früher in Rente und nehmen dafür hohe finanzielle Einbussen in Kauf, weil sie darin den einzigen Ausweg sehen aus einer Arbeitsbelastung, die sie nicht bis zum Rentenalter stemmen können und die sie wahrscheinlich auch nicht bis zum Rentenalter überleben würden.

Die Initiative der Jungfreisinnigen bietet hier keine Lösungen. Das Eintrittsalter würde einfach an das Rentenalter geknüpft werden. Man könnte aber genauso gut von einer Lebensarbeitsdauer sprechen. Das wäre für mich persönlich zwar schlecht, aber es wäre gerechter: Diejenigen, die studierten und dadurch erst später ins Arbeitsleben eintreten, die sollen dann entsprechend auch länger arbeiten als derjenige, der schon seit 16 auf dem Bau hart arbeitet.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auch auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

Farinelli Alex (RL, TI): Oggi affrontiamo una discussione che comprensibilmente e giustamente suscita delle emozioni, in quanto l'AVS per tutti costituisce un simbolo del nostro paese, un simbolo di solidarietà tra le generazioni che è stato voluto, costruito e preservato nel tempo. Tuttavia, per salvare il primo pilastro da un destino che purtroppo è tutt'altro che roseo bisogna partire dai fatti.

Perché possiamo avere tutti i desideri che vogliamo ma alla fine ci dobbiamo confrontare con la realtà: in primo luogo la realtà ci dice che dall'introduzione nel 1948 l'aspettativa di vita si è indiscutibilmente allungata molto, e anche la sua qualità. Questo è un fatto positivo ma che incide sul primo pilastro. In secondo luogo, si incomincia a lavorare sempre più tardi, perché ci si forma e si dedica più tempo a prepararsi per l'entrata nel mondo del lavoro. Ma questo vuol anche dire, che si incomincia a contribuire tardi. In terzo luogo andiamo incontro ad un'ondata di pensionamenti nei prossimi anni che andranno a caricarsi sul fondo dell'AVS minando le basi stesse della sua solidità finanziaria.

Un'assicurazione sociale può restare solida se è capace di preservare il patto sociale che ne è alla base. Per l'AVS questo è dato dalla solidarietà tra pensionati e lavoratori. Quest'ultimi oggi sono chiamati a pagare per delle rendite che vengono versate ai pensionati, sapendo che qualcuno domani farà lo stesso per loro. Dunque, il sistema si basa su un continuo passaggio di testimone nel tempo tra le generazioni.

È proprio qui il problema della situazione attuale. Per troppi anni la politica non è stata in grado di riformare l'AVS. I continui veti incrociati, il voler affossare una riforma dopo l'altra hanno fatto sì che si riuscisse sempre solo a mettere dei cerotti su questo primo pilastro, andando sempre aappare una falla per cinque o sei anni ma non riuscendo mai ad affrontare veramente il problema fino in fondo.

Gli scenari che abbiamo davanti per i prossimi trent'anni ci dicono che all'AVS mancheranno centinaia di miliardi di franchi. Centinaia di miliardi di franchi non si trovano facilmente, e non si trovano soprattutto se poi, in realtà, se ne vorrebbero spendere ancora di più. E allora la politica è chiamata a prendere delle decisioni.

In questo dibattito ho sentito più volte che "noi vogliamo" oppure che "io voglio fare qualcosa": mia nonna mi diceva che l'erba voglio non cresce nemmeno nel giardino del re – e in politica men che meno. Si possono volere tante cose ma non si può pensare che questo volere sia sufficiente per realizzare i desideri. In politica bisogna saper prendere le decisioni, ci vuole anche il coraggio di spiegare alle persone quali sono le sfide che stiamo affrontando e che non si può avere tutto, non si può avere il panino e il soldino.

Se vogliamo preservare le rendite AVS che abbiamo oggi o magari addirittura aumentarle, se vogliamo in qualche modo non dover caricare ulteriori oneri su chi lavora, che già oggi vede comunque il suo potere d'acquisto messo in discussione, bisogna essere disposti a discutere dell'età di



AB 2023 N 1088 / BO 2023 N 1088

pensionamento. Questo è il caso dell'iniziativa dei Giovani liberali-radicali. Con l'iniziativa e con l'idea di fare un controprogetto vogliono far sì che il Parlamento si assuma finalmente la sua responsabilità fino in fondo e si metta a cercare una soluzione a medio-lungo termine per preservare questo pilastro sociale che serve a cementare la solidarietà nella nostra società. Non basta continuare a annunciare di voler salvare l'AVS, bisogna farlo nei fatti, prendendo delle decisioni che possono essere anche difficili. Ma chi siede in questo Parlamento deve essere disposto a fare anche questo.

Locher Benguerel Sandra (S, GR): Eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die sozialpolitische noch die arbeitsmarktliche Situation, dies aus folgenden Gründen:

Die Renten-Initiative erkennt die Realität auf dem Arbeitsmarkt. Für Menschen über 60 Jahre, wir haben es jetzt bereits mehrfach gehört, ist es schon heute schwierig, eine Stelle zu finden. Heute ist diese Altersgruppe diejenige mit der höchsten Arbeitslosenquote. Auf dem Arbeitsmarkt sind ihre Perspektiven schlecht. Sie haben grössere Mühe, wieder eine Stelle zu finden, unabhängig vom Qualifikationsgrad oder von den Lohnvorstellungen.

In der Gastronomie, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Detailhandel hat gerade die Zahl der älteren arbeitslosen Frauen stark zugenommen, dies trotz häufiger Klagen der Arbeitgebenden über Arbeitskräftemangel. Es droht, was in anderen Ländern beobachtet werden kann: Die Erhöhung des Rentenalters wird mehr Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treiben. Dies bestätigen die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik: Die Erwerbsquote ist mit zunehmendem Alter deutlich rückläufig, vor allem bei Arbeitnehmenden, welche in physisch und psychisch belastenden Berufen arbeiten. Bei den 55- bis 64-Jährigen arbeiten noch 72 Prozent der Menschen. Dies bedeutet einen Rückgang um 14 Prozent gegenüber der Altersgruppe der 40- bis 54-Jährigen. Ein Jahr vor dem aktuell geltenden Rentenalter arbeitet nicht einmal mehr die Hälfte der Menschen. Ich frage Sie: Welchen Sinn macht es, uns ein Jahr länger arbeiten zu lassen, während heute bereits so viele Arbeitnehmende im erwerbsfähigen Alter arbeitslos sind?

Bei einem Arbeitsmarkt, der schon nicht mehr allen Personen ab 50 Jahren dieselben Chancen gibt, bedeutet eine Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine Senkung der ohnehin schon unzureichenden Renten für diejenigen, die ihr Leben lang schwere und schlecht bezahlte Arbeit geleistet haben. Ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz nach dem 60. Lebensjahr sind diese Menschen oft gezwungen, ihre Rente vorzuziehen und damit ihre Rentenerwartungen massiv zu senken.

Fakt ist: Wer es sich leisten kann, geht früher. Eine vorzeitige Pensionierung ist ein Privileg der Reichen. Dies wird noch verstärkt, und zwar durch die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Das ist weder fair noch sozial verantwortbar. Die Konsequenz ist ein Zweiklassen-Rentensystem, in dem sich Topverdienende frühpensionieren lassen können, während alle anderen länger arbeiten müssen. Faktisch führt es dazu, dass Menschen mit privilegierten Lohnverhältnissen wählen können, wann sie in Pension gehen können, und dass alle anderen eben nicht wählen können.

Es liegen bessere Lösungen auf dem Tisch. Es ist nämlich grundsätzlich viel besser, wenn wir die erste Säule, die AHV, stärken, beispielsweise mit der 13. AHV-Rente, wie das von der SP vorgeschlagen wird. Ein "Dreizehnter" verbessert die Renten aller Versicherten um 8,3 Prozent und kompensiert etwa die steigenden Mieten und Krankenkassenprämien. Die AHV hat das beste Preis-Leistungs-Verhältnis – das ist längst bekannt – und ist stark sozial verträglich.

Ich komme zum Schluss. Ich setze mich für eine solide, faire und verlässliche Altersvorsorge ein. Dieses Ziel verfehlen sowohl die Renten-Initiative als auch der Gegenvorschlag der Minderheit I. Beide Vorlagen führen zu einem massiven Leistungsabbau, verkennen die tatsächliche heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmende und führen zu grosser Unsicherheit.

Klopfenstein Broggin Delphine (G, GE): L'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)" vise à fixer l'âge de la retraite à 66 ans, pour les deux sexes, et à l'indexer ensuite sur l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse. Ce projet a pour objectif prétendu de financer l'AVS à long terme et de garantir les rentes. Dans de nombreux pays européens, il a pourtant été démontré que l'augmentation de l'âge de la retraite est économiquement contre-productive, car elle prolonge et aggrave la situation des 55 ans et plus qui ne peuvent pas rester en emploi, avec des dépenses en moins pour le régime de retraite, mais des coûts supplémentaires majeurs pour l'assurance-chômage, l'assurance-maladie et l'aide sociale.

Les travailleuses et travailleurs de plus de 55 ans sont en effet deux fois plus touchés par le chômage de longue durée. Les employeurs rechignent à les engager en raison de certains préjugés jeunistes, mais surtout



de leur salaire valorisé par rapport à leur expérience, de leur LPP plus élevée et, pour certains d'entre eux, d'un état de santé devenu incompatible avec la pénibilité de leur tâche. Dans ces cas, l'Etat et l'aide sociale doivent, évidemment, prendre le relais. En Suisse, la proportion des 56–64 ans qui recourt à l'aide sociale a augmenté de 30 pour cent entre 2010 et 2020, alors que, sur la même période, celle des 46–55 ans est restée identique. Ainsi, le privé profiterait de nos aînés autant qu'il le peut jusqu'à les repousser ensuite vers l'aide publique quand les employeurs et les employeuses les considèrent comme inutiles. C'est absolument un comble!

En suivant une logique purement comptable et utilitariste, les auteurs de cette initiative occultent totalement le facteur humain. L'injonction de travailler toujours plus longtemps s'avère non seulement nuisible, mais aussi particulièrement injuste. Les Jeunes libéraux-radicaux, par cette initiative, visent indifféremment les deux sexes, sans n'avoir de cesse, par ailleurs, de s'opposer aux initiatives pour enfin garantir aux femmes de notre pays l'égalité salariale, ainsi que la prise en compte de la maternité et du travail domestique dans le calcul de leur rente. Ils renforcent ainsi sciemment une injustice flagrante. Leur initiative continuera à appauvrir les femmes, qui se trouveront lésées pendant une période encore plus longue et de manière encore plus intense. Les femmes courent contre le vent toute leur vie, et cette proposition ajoute encore quelques années à cette course.

Les faits l'ont montré: l'augmentation de l'âge de la retraite n'est pas la panacée qui résout d'un claquement de doigts tous nos enjeux sociétaux; bien au contraire. Davantage encore, il est question ici de dignité, il est aussi question de respect, il est question de justice. Les personnes qui ont travaillé dur toute leur vie méritent de se retirer de la vie active sans craindre ni la précarité ni la pauvreté. Ces personnes-là méritent bien sûr de profiter de leur retraite et cela en toute sérénité et en toute sécurité.

Nous devons donc ici – et je vous invite à le faire – nous opposer fermement à cette initiative, non seulement pour le bien de nos seniors, mais aussi pour celui des travailleuses et des travailleurs, pour celui des femmes et, en fin de compte, de la société dans son ensemble.

Walti Beat (RL, ZH): Die Lebenserwartung der Männer in der Schweiz ist zwischen 2000 und 2019 um satte fünf Jahre gestiegen, diejenige der Frauen immerhin um drei Jahre. Gleichzeitig ist die Geburtenzahl in den letzten Jahrzehnten stark rückläufig gewesen, was sich vor allem seit den schwachen Geburtsjahrgängen ab Ende der Sechzigerjahre in einer schwierigen Demografie bemerkbar gemacht hat. Um zu sehen, dass damit in einem umlagefinanzierten Rentensystem, in dem die Aktiven für die Rentnerinnen und Rentner zahlen, ein ernsthaftes Problem entsteht, braucht es keine umfassende Forschung, das liegt auf der Hand. Das wird man schon etwa nach der Hälfte der obligatorischen Schulzeit problemlos herausfinden können.

Es ist eines der ältesten Probleme, das sich hier abzeichnet, und es ist auch eines, das von der Politik wie kaum ein anderes auf die lange Bank geschoben, um nicht zu sagen ignoriert wird. Die Demografie hat nur deshalb bisher noch

AB 2023 N 1089 / BO 2023 N 1089

nicht stärker zugeschlagen, weil die Zuwanderung die Auswirkungen, die sich aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge ergeben, etwas abgemildert hat. Die Zukunft wird aber noch ganz andere Verschiebungen bringen: Wir werden Hunderttausende von Aktiven sehen, die aus dem Erwerbsleben austreten, und viel, viel weniger Junge, die ins Erwerbsleben nachrücken. Es ist den jungen Initiantinnen und Initianten der Jungfreisinnigen deshalb hoch anzurechnen, dass sie den Mut haben, dieses schwierige Thema überhaupt anzupacken und die politische Blockade, die hier seit Jahren besteht, zu durchbrechen.

Fadenscheinig finde ich persönlich die Argumente, die von der Mehrheit hier gegen die Initiative und auch gegen den Gegenvorschlag vorgebracht werden, allen voran der Vorwurf, es werde zu stark auf das Rentenalter fokussiert. Wenn Sie die Effekte der vorgeschlagenen Rentenaltererhöhung sehen, dann merken Sie, dass diese zu einer Entlastung von etwa 2 Milliarden Franken pro Jahr führen dürften, was bei einer vermuteten Fehlfinanzierung ab etwa 2035 von über 7 Milliarden Franken ein durchaus vernünftiger und massvoller Beitrag dieser Massnahme zu einer Sanierung ist.

Es wird auch immer wieder moniert, der Arbeitsmarkt gebe das nicht her, man sehe das, die Über-55-Jährigen hätten schon heute Schwierigkeiten, einen Job zu finden, und es bestehe eine höhere Arbeitslosigkeit. Letzteres ist falsch; die Altersarbeitslosigkeit ist nicht höher. Die älteren Arbeitslosen suchen vielleicht etwas länger nach einer neuen Stelle, aber die Älteren haben keine höhere Erwerbslosenquote als die Jüngeren. Wir müssen da auch die Dynamik sehen: Wenn in einigen Jahren Zehntausende bis Hunderttausende Arbeitskräfte fehlen werden, werden sich auch die Arbeitsmarktperspektiven sämtlicher Arbeitssuchender wieder aufhellen. Wem diese Initiative zu konkret und zu unbequem ist, hat immerhin noch die Chance, einen der Minderheits-



anträge zu unterstützen, die Gegenvorschläge fordern. Wir haben die Aussagen zu den Inhalten gehört. Eine Schuldenbremse wäre auf jeden Fall eine gute Idee, weil dann mindestens zu dem Zeitpunkt, an dem sich das Problem materialisiert und auch die Linke den Kopf nicht weiter in den Sand stecken kann, Massnahmen ergriffen werden müssten. Es wäre dann zwar spät, aber nach dem Motto "Lieber spät als nie" ist das sicher die zweitbeste Lösung, die ich persönlich auf jeden Fall unterstützen kann, und mit mir unterstützt sie auch die FDP-Liberale Fraktion.

Wer auch das nicht mag, der soll doch bitte andere Vorschläge präsentieren und den Leuten ehrlich sagen, wie sie die Kassen füllen wollen: mit höheren Lohnabzügen, höheren Steuern oder vielleicht auch mit einer Leistungsentleerung über chronische Inflation infolge Schuldenwirtschaft. Das ist alles auch nichts Neues, das kann man in der Welt beobachten. Sie müssten dann einfach sagen, was Sie vorziehen – und seien Sie in dieser Frage bitte ehrlich. Ich hoffe sehr, dass es nicht so weit kommt, sondern dass wir irgendwann in der Lage sein werden, einen gangbaren Reformweg zu beschreiten und gute, ausgewogene Massnahmen mit verschiedenen Hebeln zu finden, die im Interesse des Wohlstandes auch das Altersvorsorgesystem sichern können.

Lassen wir es also nicht so weit kommen; bitte unterstützen Sie die Initiative und eventualiter auch die Gegenvorschläge respektive die Minderheitsanträge dazu.

Marra Ada (S, VD): Je n'aurai pas besoin de cinq minutes pour exprimer tout le mal que je pense de cette initiative. En effet, l'âge de la retraite ne veut rien dire en soi. Il faut effectivement le mettre en corrélation avec plusieurs éléments.

Les Jeunes libéraux-radicaux le mettent en corrélation uniquement avec l'espérance de vie. Cela n'est pas judicieux en soi, on le verra plus tard, mais même avec cette corrélation, la solution proposée est confiscatoire et totalement injuste, puisque les classes les plus défavorisées sont celles qui ont l'espérance de vie la plus basse et que, parfois, elles ne touchent pas ce qu'elles ont laborieusement versé à la caisse AVS pendant qu'elles étaient encore actives. Alors les spoliations d'assurance pour les plus riches: non merci.

Si on prend un autre terme possible de corrélation, en particulier le sexe, là aussi le compte n'y est pas: augmenter l'âge de la retraite des femmes alors que toutes les autres inégalités persistent – en matière salariale, de prévoyance professionnelle, de partage des tâches, en raison du manque de structures d'accueil, de la gratuité du travail de "care", etc. – est hors de question. Mais tous ces arguments nous les avons déjà évoqués en long et en large durant le débat sur la votation populaire relative à AVS 21. Je ne m'y attarde donc pas.

Je pense que le corollaire utile à appondre à l'âge de la retraite, c'est celui de la question du travail et de la productivité. Depuis l'entrée en vigueur de l'AVS, la productivité a évidemment explosé avec les nouveaux moyens robotiques d'abord et technologiques ensuite. Un employé du début du XXe siècle – moment de l'introduction de l'AVS – produisait évidemment moins. Un employé de la deuxième partie du XXe siècle ou du XXIe siècle produit toujours plus, mais les gains n'ont pas été redistribués proportionnellement, ni en temps de non-travail ni en rémunération. Alors où va l'argent supplémentaire de la productivité? Dans la poche des actionnaires et des patrons. Donc, je n'ai pas peur de dire que, déjà aujourd'hui, on vole de l'argent et/ou du temps aux salariés. C'est la moindre, mais vraiment la moindre des choses, qu'on n'augmente pas encore plus leur temps de travail. C'est exactement le contraire qu'il faut penser aujourd'hui, avec la semaine de quatre jours par exemple. Il ne faut certainement pas augmenter la rentabilité au profit de quelques-uns sur le dos de la majorité, notamment des femmes et des classes défavorisées, en augmentant l'âge de la retraite.

Jeunes libéraux-radicaux, vous ne faites pas honneur à vos ancêtres. Vous n'êtes plus des jeunes de quoi que ce soit, vous êtes les tyrans en herbe d'une société mercantile.

C'est pour toutes ces raisons que le Parlement doit recommander un non – les adultes du Parti libéral-radical compris – à cette initiative populaire inique et scandaleuse.

Bläsi Thomas (V, GE): L'initiative populaire vise à relever l'âge de la retraite à 66 ans pour les deux sexes et à le coupler ensuite à l'espérance de vie. La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique nous propose de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative, par 20 voix contre 4 et 1 abstention. Dans l'attente des réformes d'ampleur qui devront inévitablement être entreprises, les propositions du Conseil fédéral étant attendues pour 2026, le groupe UDC vous demandera de recommander le rejet de cette initiative populaire.

Force est de constater que la situation financière de l'AVS est mise à mal par l'inversion de la pyramide des âges. Les variables avec le plus d'impact sont les suivantes: d'une part, les nouveaux bénéficiaires de la rente AVS – chaque année 20 000 – ne sont pas compensés par des entrées dans le monde du travail et, d'autre part, il y a un allongement de l'espérance de vie, ce qui reste la bonne nouvelle du jour.



Que peut-on attendre de la mise en oeuvre de cette initiative? Les effets attendus de sa mise en oeuvre seraient significatifs. Cela ne sert à rien de le nier: la couverture attendue en 2032 passerait de 69 pour cent à 90 pour cent. Vingt pays de l'OCDE sur 34 appliquent ce principe; ils ont déjà un texte législatif le contenant dans leur propre régime de retraite et sont cités en exemple à moult reprises par les initiants.

Pourquoi faut-il alors rejeter cette initiative? Bien qu'ils soient tout à fait respectables, il n'est pas possible d'adhérer à ses principes. En effet, le choix d'une inscription dans la Constitution aboutirait à une paralysie du Conseil fédéral, alors que nous avons justement besoin d'un Conseil fédéral agile et apte à s'adapter à la conjoncture.

Sur les vingt pays de l'OCDE ayant ce type de disposition d'indexation automatique, seuls deux l'ont appliqué et suspendu par la suite, car il induisait une surévaluation de l'âge de la retraite. La situation de l'économie a au moins autant d'influence que l'âge de départ à la retraite, et l'initiative ne prévoit aucun mécanisme d'ajustement qui en tiendrait compte.

Maintenir en emploi les personnes jusqu'à 66, 67, 68 ans – on ne sait pas ... – n'améliorera pas le sort de nos plus de 55 ans, qui perdent plus facilement leur emploi et, pour beaucoup, n'en retrouvent pas, alors qu'ils pourraient

AB 2023 N 1090 / BO 2023 N 1090

justement participer à la santé de notre économie. Dans les petites et moyennes entreprises, conserver en emploi les collaborateurs proches de la retraite revient souvent à faire un choix entre économicité et devoir de loyauté envers les collaborateurs. En augmentant la durée en emploi, on augmentera également le risque de créer plus de licenciements précoces en faisant pencher la balance vers le mauvais choix, l'initiative ne tenant pas compte des autres contributions patronales de type LPP, qui sont elles aussi à leur maximum pour les collaborateurs proches de la retraite.

Que faire maintenant des professions pour lesquelles le temps moyen de maintien en emploi est statistiquement faible? Un exemple parmi d'autres: héros de notre quotidien, les ambulanciers. Leur temps d'employabilité est parmi les plus faibles, une quinzaine d'années et, pour cause, ils sont appelés à intervenir dans les pires situations, dont ils préservent la plupart d'entre nous. Tout ceci dans un contexte général de pénibilité dont ne tient pas compte l'initiative.

La temporalité de cette initiative est particulièrement mauvaise: elle arrive en effet, après que l'espoir d'une augmentation des rentes a abouti à une douche glacée pour les pensionnés après le refus d'une majoration de 7 francs; après l'annonce d'une augmentation de la retraite des femmes à 65 ans; après le constat que les rentes baissent du fait de l'augmentation des prix, des primes maladie, des loyers, l'indexation sur l'augmentation des prix ne rendant absolument pas compte de ce que devient la vie de nos concitoyens.

Des sommes astronomiques – récemment plus de 300 milliards de francs – qu'elles soient bien investies ou non, ont été consacrées au sauvetage de nos grandes banques, ce que nos concitoyens voient régulièrement passer au "19h30". Ces sommes rendent difficile l'explication du texte qui dit à nos corps professionnels qu'ils devront travailler jusqu'à 66, 67 ou 68 ans – on ne le sait toujours pas – pour épargner 4 milliards de francs par année.

Recommander le rejet de cette initiative, mais après? La santé de notre économie et l'état de notre marché du travail sont des paramètres au moins aussi importants que l'âge légal de la retraite pour assurer la santé et la pérennité du premier pilier. Il conviendrait d'intensifier la lutte contre le travail au noir, qui est largement sous-estimé et prêterait gravement les comptes de l'AVS. Augmenter le plafond fiscal pour les personnes restant en emploi après l'AVS avec la contrepartie de continuer à cotiser pour le bien commun irait également dans le bon sens. Avec une population suisse de bientôt 9 millions d'habitants, il conviendrait de miser sur nos habitants plutôt que d'aller chercher ailleurs des compétences dont nous ne manquons pas. Il conviendrait enfin de s'assurer que chacun fasse sa part, plutôt que de pénaliser nos aînés et décourager les plus travailleurs d'entre nous.

Pour le groupe UDC, l'avenir de l'AVS est une question essentielle et il convient en premier lieu de conserver la dignité de nos aînés. Elle se doit d'être traitée par le Conseil fédéral comme un dossier prioritaire et indépendamment des autres dossiers dont il a la charge. Il convient de garder en mémoire, au moment de voter, que si pour beaucoup d'entre nous l'AVS n'est que l'une des bretelles qui tiendra notre pantalon, elle restera le pantalon dans son entier pour un nombre de nos concitoyens en constante augmentation.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Die Diskussion über das Rentenalter ist nicht per se eine falsche. Wir werden sie irgendwann auf der Zeitachse führen müssen. Nur: Es gibt im Leben und auch in der Politik für alles einen Zeitpunkt. Dieser ist heute noch nicht gekommen. Warum? Wir haben soeben erst eine Reform der



AHV erfolgreich, wenn auch knapp vor dem Volk verteidigt. Wir haben dort – zumindest in unserer Partei – klar gesagt: Wir werden erst wieder beim nächsten Reformschritt, der gegen Ende der 2020er-Jahre geplant ist, über das AHV-Alter debattieren. Daran halten wir uns auch. Heute ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen.

Es gilt zuerst einmal, zu implementieren, was wir im letzten Herbst verabschiedet haben. Es gilt, bei der AHV – wir wissen, dass AHV-Reformen fragile Reformen sind – Schritt für Schritt zu machen. Den einen Schritt haben wir gemacht, aber es gilt eben, ihn jetzt noch umzusetzen. Darum stellen wir uns nicht nur gegen die Initiative, sondern auch gegen eine Rückweisung an die Kommission zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags. Das wäre im jetzigen Moment das falsche Zeichen. Zuerst muss, wie gesagt, dieser erste Schritt gemacht werden. Zudem gilt es, parallel dazu auch noch andere Ansätze zu überprüfen, wie wir die AHV zukünftig nachhaltig finanzieren können. Vielleicht braucht es eine Entkoppelung der AHV von den Bundesfinanzen. Vielleicht braucht es alternative Finanzierungsmodelle wie die Idee einer Finanzmarkttransaktionssteuer, die Beat Rieder lanciert hat. Vielleicht braucht es weitere Ideen, statt nur simpel und einfach das AHV-Alter zu erhöhen. Diesen Fragen können wir uns in den nächsten Jahren stellen, damit wir sie beantwortet haben, wenn der nächste Reformschritt kommt. Dann können wir entscheiden, ob es eine Erhöhung des Rentenalters braucht oder eben nicht.

Geben wir uns diese Zeit. Handeln wir nicht übereilt, nur weil wir es für einmal geschafft haben, ein Reförmchen bei der AHV knapp durchzubringen. Aus Sicht der Mitte sind wir für vieles offen, aber jetzt eben nicht für diese Initiative und auch nicht für einen Gegenvorschlag.

Mahaim Raphaël (G, VD): Cette initiative est d'une tristesse infinie. Si l'on pose la question à nos collègues dans la salle, si l'on se pose la question de ce que l'on veut pour la société, ce que l'on veut pour l'avenir, nous aurons toutes et tous des réponses différentes. C'est bien ainsi et c'est ainsi que fonctionne la démocratie. Certains disent qu'il faut davantage protéger la nature – ce sera le cas des Verts. Certains disent qu'il faut prendre soin des plus précaires – ce sera le cas des socialistes, par exemple. Certains disent qu'il faut se préoccuper de la prospérité économique – ce sera le cas du parti libéral-radical. D'autres disent, à l'UDC, qu'il faut se préoccuper de la Suisse et du patrimoine de notre pays. C'est bien ainsi.

Mais ici, que nous dit-on? Le lancement de cette initiative s'appuie sur l'idée qu'il faut travailler plus longtemps. On nous demande à quoi l'on rêve pour l'avenir, et la réponse est qu'il faut travailler plus longtemps. Eh bien, chères et chers collègues, Mesdames et Messieurs, cela ne peut pas être un projet de société. Cela ne peut pas être une manière de renforcer le pacte intergénérationnel, le lien social. Au contraire, cette démarche porte profondément atteinte au pacte entre les générations et au lien social.

Contrairement à certains et certaines de mes collègues qui ont déjà donné, dans le débat, des chiffres très précis, et sont revenus sur les différentes discussions en lien avec la démographie, j'aimerais simplement ici faire un constat général: les initiants font de mauvaises mathématiques parce qu'ils sont obnubilés par ce qu'on pourrait appeler l'image de la baignoire. Vous vous en souvenez peut-être: lorsque l'on fait des cours de maths, on nous apprend que si une baignoire se vide à telle vitesse, avec un robinet qui coule à telle vitesse, alors elle sera remplie ou se videra à telle ou telle vitesse. On se focalise sur deux paramètres uniquement. C'est exactement ce que nous servent, comme illustration, les tenants de cette initiative: ils font des mathématiques de baignoire qui se vide et se remplit avec uniquement deux paramètres.

Or, chères et chers collègues, je ne suis évidemment pas le premier à le dire – tous les orateurs et toutes les oratrices avant moi l'ont également fait –, il y a mille autres paramètres à prendre en compte dans ce débat. Qu'en est-il de la pénibilité? Qu'en est-il des gains de productivité? Qu'en est-il du fait que la pyramide des âges dans son entier – c'est ce que disait Pierre-Yves Maillard il y a quelques instants – s'est modifiée, et qu'une partie de la population qui, à l'époque, ne cotisait pas à l'AVS – je pense ici aux femmes, la moitié de la population –, cotise maintenant à des taux bien plus élevés? Qu'en est-il du fait que les femmes ont toujours maintenant – il s'agit des fameux chiffres dont nous avons beaucoup débattu dans le cadre de la votation de l'automne dernier – des retraites inférieures d'un tiers à celles des hommes?

On ne peut pas faire l'économie de ces paramètres. Si l'on se concentre uniquement sur la manière de vider la baignoire et la manière de la remplir, à savoir cette bien obtuse question de la démographie, alors on passe à côté de la vraie

AB 2023 N 1091 / BO 2023 N 1091

discussion qu'il faut mener, pour le lien social, pour le pacte entre générations.

Je conclus sur une dernière considération. Quand on parle de pénibilité du travail, ce n'est pas uniquement une considération abstraite: c'est tout simplement des corps de métier dont on va maintenant penser qu'ils devront prendre bien plus tard une retraite pourtant bien méritée. Les personnes actives dans le secteur de l'agriculture



seraient-elles d'accord de dire du jour au lendemain que l'âge de 65 ans ne s'appliquera plus aux prochaines générations et qu'il sera d'une, de deux ou de trois années de plus? Ce n'est franchement pas un message à donner aux jeunes agriculteurs. Est-ce, dans les secteurs de la construction, de la gastronomie ou des soins, le message que l'on veut envoyer aux jeunes générations qui, à l'aube de leur carrière professionnelle, sont pétries de doutes – et on peut les comprendre?

On sort d'une période productiviste, avec le plein-emploi jusqu'à la fin du millénaire dernier. On a depuis plusieurs années quelques doutes sur le marché et, surtout, sur l'avenir de ces catégories de la population qui se demandent à quoi bon et se disent qu'on leur laisse une planète dont l'état laisse à désirer, une concurrence effrénée à l'international, et à qui on demande de travailler nuit et jour devant leurs boîtes mail et leurs téléphones portables et, en plus, de travailler une, deux ou trois années de plus que les générations précédentes. C'est injuste et fondamentalement contraire au pacte entre les générations que nous devons renouveler et non pas détruire.

Bendahan Samuel (S, VD): Aujourd'hui, j'aimerais vous parler des salaires. Parce que la raison principale pour laquelle il faut absolument s'opposer à cette initiative, c'est que ce n'est pas seulement une initiative contre les personnes qui atteignent l'âge de la retraite, mais également contre toutes les personnes qui gagnent un salaire.

Juste une question: est-ce que vous pensez que décréter une hausse automatique de l'âge de la retraite va créer un seul emploi? Quel employeur va dire qu'avec l'augmentation de l'âge de la retraite, il va créer un emploi dont il n'a pas besoin, et va ainsi magiquement créer un nouveau poste de travail? Quelle entreprise va faire cela? Aucune. Vous augmentez l'âge de la retraite, cela ne change rien aux emplois disponibles. Il y en a toujours le même nombre. Alors quelle est la conséquence? Eh bien c'est assez simple. Vous prenez des tranches d'âge supplémentaires de personnes qui, à la base, auraient droit à une retraite, et vous les mettez sur le marché du travail. Mais comme il n'y a pas d'emploi en plus, ces personnes, ou ceux qui auraient dû les remplacer, se retrouvent directement au chômage.

Alors que veulent les initiants en fait? Eh bien une chose assez simple: ils veulent augmenter le nombre de personnes au chômage ou à l'aide sociale et en recherche d'emploi. Et quelle est la conséquence quand il y a de plus en plus de personnes qui recherchent un emploi et de moins en moins de travail disponible? C'est la baisse des salaires, voilà la conséquence de ce problème. Et ça, aujourd'hui, en pleine crise du pouvoir d'achat, c'est absolument intolérable.

Alors non, il n'existe aucune raison légitime d'augmenter l'âge de la retraite lorsqu'il existe en même temps des personnes qui ont besoin de travailler. Non, il n'existe aucune raison légitime d'augmenter l'âge de la retraite alors que les entreprises n'engagent pas des personnes qui ont plus de 55 ans.

Vous allez juste prolonger encore davantage le temps durant lequel les gens sont dans la précarité, sans créer de travail, sans créer de valeur. Alors, évidemment, on peut trouver des solutions pour essayer de régler les problèmes que peut, des fois, avoir une assurance sociale, mais, une chose est certaine: augmenter le nombre de gens dans la précarité et baisser les salaires ne fera que faire baisser les cotisations et, encore, fera empirer la situation. Il n'y a qu'une chose à faire: dire non, pas seulement pour protéger les gens qui, lorsqu'ils arrivent à 50, 55, 60 ans, ont de plus en plus de difficultés à conserver leur emploi ou à simplement en trouver un, mais aussi pour protéger toutes les personnes qui seront en recherche d'emploi et qui veulent avoir un revenu décent, alors que, aujourd'hui, cela devient de plus en plus difficile et que l'on refuse d'indexer les rentes et les revenus. C'est une question de protection du pouvoir d'achat et de garantie que la population ait le droit d'avoir un travail alors même que les technologies poussent à augmenter la productivité et qu'elles diminuent encore davantage le besoin de travail – non, je n'ai pas écrit cette intervention avec Chat GPT.

Evidemment, l'arrivée des nouvelles intelligences artificielles renforcera encore la productivité du travail. C'est ridicule d'avoir des gens de plus en plus productifs, qui peuvent faire de plus en plus de choses en moins de temps et, de leur dire: "vous devrez travailler encore plus longtemps." La réalité est qu'ils ne travailleront pas plus longtemps, mais qu'ils seront plus longtemps au chômage ou à l'aide sociale. C'est le contraire de ce que l'on veut.

Refusons d'augmenter la précarité, protégeons les salaires de notre pays et recommandons donc le rejet de cette initiative.

Fischer Roland (GL, LU): "It's complicated": Das wäre wohl der Beziehungsstatus, den die AHV angeben würde, wenn sie ein Facebook-Profil hätte. Denn die Beziehung zwischen der AHV, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, dem Parlament und dem Bundesrat ist wirklich sehr unübersichtlich. Erst im September hat das Volk an der Urne einer AHV-Reform zugestimmt. Dennoch befindet sich aktuell die Volksinitiative für



eine 13. AHV-Rente auf dem Weg zur Abstimmung, und wir beraten heute eine weitere Initiative, die Renten-Initiative.

Im Grundsatz sind sich die Mehrheiten von Volk, Parlament und Bundesrat wohl einig: Unser Dreisäulensystem funktioniert mehr oder weniger gut und soll bestehen bleiben. Unsere Lebenserwartung steigt aber, und deshalb muss mittelfristig die Finanzierung der ersten Säule reformiert werden. Tun wir nichts, wird die abnehmende Zahl an Beitragszahlenden die Renten der steigenden Zahl an Pensionierten irgendwann nicht mehr schultern können, ohne dass deren AHV-Renten sinken. Mit dem heutigen AHV-Mechanismus sinken die AHV-Renten bereits im Verhältnis zu den zuvor erzielten Einkommen.

Die Optionen, um das Problem zu lösen, sind zwar vielfältig, aber keine der Möglichkeiten ist besonders populär – erst recht nicht in einem Wahljahr. Die Renten-Initiative will den Hebel an der Ausgabenseite ansetzen. Das Renteneintrittsalter soll an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Je älter wir werden, desto länger sollen wir arbeiten. So weit, so einleuchtend – für diesen Ansatz habe ich durchaus Sympathie. Dieses Vorgehen ist auch in anderen europäischen Staaten verbreitet. Zum Beispiel wurde in Deutschland schon vor längerer Zeit das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben. Finnland hat das Rentenalter flexibilisiert und Anreize dafür geschaffen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt zu halten. In Schweden können Rentenkürzungen vorgenommen werden, je nach wirtschaftlicher oder demografischer Entwicklung.

Und doch entspricht ein höheres Renteneintrittsalter heute nicht der gesellschaftlichen Realität hier bei uns in der Schweiz. Die Statistik zeigt nämlich: Wer es sich leisten kann, geht heute früher und nicht später in Pension. Auch befindet sich die Erhöhung des Rentenalters für Frauen gerade erst in der Umsetzung. Hier direkt nochmals eine Erhöhung des Rentenalters nachzuschieben, wäre weder fair, noch hätte es an der Urne eine Chance.

Die Initiative deshalb einfach abzulehnen, abzuwarten und Tee zu trinken, so wie es der Bundesrat und die Mehrheit Ihrer Kommission vorschlagen, ist aber sicher auch nicht der richtige Weg. Die Minderheit Mettler spricht sich deshalb dafür aus, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlages auszuarbeiten. Der Gegenvorschlag soll eine Schuldenbremse für die AHV einführen. Das ist sinnvoll, weil damit Rentenkürzungen oder ein Anstieg des Rentenalters auf Vorrat entfallen.

Wie sich die Demografie, die Wirtschaft, die Einwanderung und die gesellschaftlichen Bedürfnisse in Zukunft genau entwickeln werden, ist schwer vorherzusagen. Solange die AHV-Finanzierung stabil ist und die Demografie

AB 2023 N 1092 / BO 2023 N 1092

beispielsweise durch Einwanderung oder Wirtschaftswachstum ausgeglichen wird, besteht kein sofortiger Handlungsbedarf. Die Schuldenbremse käme nur dann zum Zuge, wenn die Prognosen für die AHV so schlecht ausfielen, dass ihre Finanzierung tatsächlich nicht mehr gesichert wäre. Mit der Schuldenbremse würde auch der Bundesrat in die Verantwortung genommen. Im beschriebenen Fall müsste er auf der Basis von Einnahmen- und Ausgabenschätzungen der AHV konkrete Vorschläge zur Sicherstellung der Finanzierung machen – eben bedarfsgerecht und nicht auf Vorrat.

Um es auf den Punkt zu bringen: Das Anliegen der Initiative ist grundsätzlich berechtigt. Für die AHV brauchen wir aber eine Lösung, die unsere gesellschaftliche Realität abbildet. Der Antrag der Minderheit Mettler weist genau in diese Richtung.

Bitte stimmen Sie dem Antrag auf Rückweisung an die Kommission zu.

Suter Gabriela (S, AG): Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist noch nicht einmal in Kraft, die Wut vieler Frauen noch nicht verraucht, und schon liegt die Forderung nach einer erneuten Rentenaltererhöhung vor. Aus Sicht des Initiativkomitees ist das wohl einfach "bad timing". Aus Sicht der Bevölkerung ist das in höchstem Masse unsensibel, und es ist auch politisch unklug. Ich rufe in Erinnerung, dass die Reform AHV 21 äusserst knapp angenommen wurde. Zwei Drittel der Frauen lehnten die Reform ab. Es ist nicht opportun, nun bereits eine weitere Rentenaltererhöhung zu fordern. Jetzt müssen zuerst die Versprechungen eingelöst werden, Frauen und Teilzeitarbeitende in der beruflichen Vorsorge besserzustellen.

Die Forderung der Renten-Initiative klingt simpel: In einem ersten Schritt soll das Rentenalter auf 66 Jahre angehoben werden, danach soll das Rentenalter automatisch an die Lebenserwartung der 65-Jährigen angepasst werden. Steigt die Lebenserwartung, soll gleichzeitig automatisch das Rentenalter steigen.

Was einfach klingt, ist in der Praxis aber ziemlich kompliziert. Denn die Lebenserwartung ist in der Schweiz unterschiedlich hoch. Wir haben es gehört: Sie unterscheidet sich ganz föderalistisch von Kanton zu Kanton, von Geschlecht zu Geschlecht, und vor allem hängt sie stark davon ab, welchen Beruf man ausübt und



welchen sozialen Hintergrund man hat. Es ist erwiesen: Je höher das Einkommen ist, desto höher ist in der Regel auch die Lebenserwartung. Wer viel verdient und eine gute Ausbildung hat, lebt statistisch gesehen länger. Ja, ein ETH-Professor lebt durchschnittlich drei Jahre länger als ein Gartenbauer. Dieser Fakt hätte bei einer Umsetzung der Renten-Initiative unmittelbar Konsequenzen. Für den Gartenbauer mit einer tieferen Lebenserwartung würde es bedeuten, dass ihm prozentual ein grösserer Teil seiner Rentenjahre, vor allem ein grösserer Teil seiner gesunden Rentenjahre gestrichen wird als dem Professor.

Zudem: Wer es sich leisten kann, geht sowieso heute schon früher in Rente. Auch das wird in diesem Fall der Professor sein. Das ist eine ungerechte Bevorzugung. Die Umsetzung der Renten-Initiative würde eine Erhöhung des Rentenalters für diejenigen bedeuten, die sich eine Frühpensionierung eben nicht leisten können, und das ist unfair.

Es ist auch so, dass ältere Arbeitnehmende heute trotz Fachkräftemangel nach wie vor schwerer einen Job finden und dass es in diesem Alterssegment viele ausgesteuerte Personen gibt. Dieses Problem würde sich verschärfen.

Die Lebenserwartung der 65-Jährigen in der Schweiz ist im Übrigen nicht stabil, sondern sie schwankt von Jahr zu Jahr. Wenn die Forderungen der Initiative umgesetzt würden, würde das in der Konsequenz bedeuten, dass auch das Renteneintrittsalter von Jahr zu Jahr schwanken würde. Das würde zu einer absolut absurden Situation führen: Kommt es in einem Winter zu einer Grippewelle, die die Lebenserwartung der 65-Jährigen senkt, würde in der Folge das Rentenalter nach unten angepasst. Glück hätte man also, wenn man zu einem Zeitpunkt pensioniert würde, zu dem gehäuft Menschen im Pensionsalter sterben, eben etwa während einer Grippewelle oder sogar während einer Pandemie. Ich frage Sie: Ist das gerecht? Nein. Das grenzt doch eigentlich an Willkür. Einen solchen Mechanismus kann man der Bevölkerung doch nicht schmackhaft machen und in der Bundesverfassung verankern.

Ich komme zum Schluss. Die Renten-Initiative will, dass alle Arbeitnehmenden später in Rente gehen. Sie will einen unsozialen und willkürlichen Mechanismus für das Rentenalter etablieren. Auf Menschen mit einem tieferen Bildungsgrad, auf Menschen, die in ihrem Berufsleben körperlich stark belastet waren, wirkt sich diese Erhöhung viel stärker aus, weil sie eben eine tiefere Lebenserwartung haben. Die jährliche Festlegung des Rentenalters ist willkürlich und unfair, und sie würde von der Bevölkerung nicht verstanden.

Ich bitte Sie deshalb, den Empfehlungen von Bundesrat und Kommission zu folgen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auch keinen direkten oder indirekten Gegenvorschlag anzustreben.

de Courten Thomas (V, BL): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzter Herr Bundespräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe vornehmlich jüngere Gäste auf der Tribüne: "Renten sichern für alle", das war das Wahlversprechen, auch der SVP, für diese Legislatur. Wir sind damit eigentlich auf gutem Kurs. Das Parlament hat in dieser Legislatur wichtige Pflöcke in der Altersvorsorge eingeschlagen, und es ist bisher auch vor dem Volk damit durchgekommen. Ausschlaggebend dafür war ein schrittweises Vorgehen, denn der Bundesrat ist mit seinen Gesamtpaketen jeweils gescheitert. Aber auch eine klare bürgerliche Zusammenarbeit war dafür nötig. Die STAF-Vorlage ist durchgekommen und konnte 2020 in Kraft treten. Die AHV 21 ist gelungen: Nach Jahren des Stillstands gab es endlich wieder eine Reform der ersten Säule – nicht die definitive Lösung für alle Zeiten, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die laufenden Einnahmen werden die jährlichen Ausgaben aber bereits 2029 wieder nicht decken können. Das sogenannte Umlageergebnis wird schon bald wieder negativ sein.

Die geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Unsicherheiten und die Volatilität der Finanzmärkte helfen auch nicht wirklich. Der Ausgleichsfonds musste schon 2022 wieder eine negative Nettorendite ausweisen. Die dunklen Wolken am Anlagehorizont werden sich nicht so schnell verziehen, sodass der dritte Beitragszahler, also die Anlagerenditen, auch für die langfristige Finanzierung der AHV kein Heilsbringer sein wird.

Die Verwaltung hat uns in der Kommissionsarbeit klar aufgezeigt, was der AHV blüht: Bei einer Ablehnung der Initiative liegt das projizierte jährliche Umlagedefizit im Jahr 2032 bei rund 3 Milliarden Franken und wächst bis 2050 auf rund 10 Milliarden an. Bei einer Annahme der Initiative liegt das projizierte jährliche Umlagedefizit im Jahr 2032 bei rund 1 Milliarde Franken und wächst bis 2050 je nach Szenario auf rund 3 bis 7 Milliarden Franken an.

Die AHV 21 und die STAF bringen somit nur eine kurze Verschnaufpause. Schon diese weckt bereits wieder neue Gelüste nach zusätzlichen Ausgaben. Hängig ist die abwegige SP-Initiative, welche eine 13. AHV-Rente verlangt – ein Albtraum, denn bis heute liegt von dieser politischen Seite keine strukturelle Lösung des Demografieproblems der AHV auf dem Tisch.

Die Renten-Initiative geht das Finanzierungsproblem nun richtigerweise strukturell an. Sie will dafür eine Koppelung des Rentenalters an die Entwicklung der Lebenserwartung einführen. Es ist ein berechtigtes Anliegen,



eigentlich logisch und unbestritten. Nur kommt die Initiative nun ausgerechnet in einem Wahljahr, und man muss kein Prophet sein, um eine Ablehnung im Parlament und mutmasslich auch von Volk und Ständen vorzusagen. Die Renten-Initiative kann aber trotzdem von Nutzen für die strukturelle Stabilisierung der AHV sein, indem sie als Anstoss genommen wird, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Leider lehnten das die SGK-S mit einer knappen Mehrheit – der Entscheid fiel mit 7 zu 5 Stimmen –, aber auch die SGK-N mit 15 zu 9 Stimmen ab. Dennoch muss der Weg frei sein für eine offene und konstruktive Diskussion. Wir müssen auf das Tempo drücken, denn die AHV muss angesichts der Finanzperspektiven und im Interesse der Rentenbezüge zügig reformiert

AB 2023 N 1093 / BO 2023 N 1093

werden. Statt einer Vogel-Strauss-Politik gilt es, Verantwortung zu übernehmen. Die Zeit ist jetzt reif für einen indirekten Gegenvorschlag. Sich zu gedulden, bis der Bundesrat Ende 2026 einen Vorschlag unterbreitet, ist keine vorausschauende, ehrliche oder konsequente Politik.

Die Lösungswege sind gegeben. Man kann entweder einnahmenseitig sanieren, mit höheren Lohnabzügen oder Steuermitteln, oder man kann ausgabenseitig sanieren, mit neuen Lösungen für einen späteren Rentenbezug, weil ein Rentenabbau oder ein Stopp von Rentenerhöhungen auszuschliessen sind. Noch effektiver wäre es, man kombiniert ausgewogen beide Handlungsstränge miteinander.

Das Parlament kann bereits jetzt das Heft in die Hand nehmen, die gesetzgeberischen Arbeiten in die Wege leiten und der Verwaltung die entsprechenden Aufträge erteilen. Das Sozialwerk AHV ist zu wichtig, als dass der Gesetzgeber jetzt seine Hände in den Schooss legen und zuwarten kann, bis der Bundesrat 2026 mit seinen Reformvorschlägen aufwarten wird, die dann wieder im parlamentarischen Pingpong zerfleddert werden. Es mag immer mehr oder weniger plausible Gründe geben, um gerade jetzt, in einem Wahljahr, ein politisch heisses Eisen nicht anzufassen. Nur sollte, wer Wähler gewinnen will, gerade jetzt Kante zeigen und Verantwortung übernehmen.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): L'initiative débattue aujourd'hui demande de relever l'âge de la retraite à 66 ans pour les hommes et les femmes et, par la suite, de lier la fixation de l'âge de la retraite à l'espérance de vie moyenne de la population résidant en Suisse.

Cette initiative est un projet rétrograde à plus d'un titre. Elle a pour objectif de faire travailler un an de plus les hommes et les femmes. L'argument que les socialistes ont opposé au projet AVS 21 à ce sujet vaut aussi pour cette initiative. Il est indéfendable de vouloir repousser l'âge de la retraite des femmes, alors que tant d'inégalités subsistent encore, à commencer par les inégalités salariales qui tendent à se creuser. Il en va de même pour la prévoyance professionnelle.

Pour les hommes, il est également injuste de vouloir augmenter l'âge légal de la retraite sans tenir compte de la pénibilité des emplois. Il est établi qu'un homme de 30 ans avec un niveau de formation se limitant à la scolarité obligatoire a une espérance de vie de quatre ans moins élevée qu'un homme du même âge au bénéfice d'une formation tertiaire.

Prévoir d'augmenter progressivement l'âge de la retraite à 66, puis 67 et enfin 69 ans en 2070 est une ineptie. Les initiants prétendent qu'avec ce mécanisme, on pourrait passer 20 pour cent de sa vie à la retraite. C'est une évaluation très hasardeuse. On ne sait pas très bien sur quoi ils se fondent pour prétendre cela.

Cette réforme se fera sur le dos des travailleurs et des travailleuses qui ont trimé toute leur vie avec des salaires ne leur donnant même pas droit à une rente complète. Est-ce cela le cadeau que l'on veut laisser aux générations futures? Ce sera plutôt un cadeau à la frange de la population la plus nantie. De plus, c'est ignorer délibérément que dans de nombreux secteurs, les travailleurs seniors sont licenciés soit parce qu'ils coûtent trop cher soit parce qu'on les estime moins productifs.

La stratégie consistant à crier au loup au sujet de la prétendue mauvaise santé de l'AVS va toujours dans le même sens, à savoir pénaliser les plus faibles sans essayer de corriger les inégalités. L'AVS a résisté à l'augmentation du nombre de retraités et de retraitées et à l'allongement de la durée de vie. Ce phénomène s'explique par l'augmentation de la productivité qui a permis une augmentation des salaires et donc des cotisations. S'il est vrai qu'il faut renforcer l'AVS pour absorber les personnes de la génération du baby-boom, il s'agit d'une période qui s'étendra sur environ quinze ans, après laquelle la situation se stabilisera. Rappelons que le taux de cotisations salariales n'a été relevé que récemment, avec le projet RFFA. Il est passé de 8,4 à 8,7 pour cent. Il s'agit d'une bonne mesure qui met aussi à contribution les employeurs et qui est plus équitable, puisqu'elle touche peu les petits salaires, mais beaucoup plus les gros salaires.

Une augmentation de ce taux est un bien meilleur moyen de remplir la caisse de l'AVS que de repousser l'âge de la retraite.



Nombre de personnes qui se retrouvent dans une situation précaire au moment de la retraite doivent avoir recours aux prestations complémentaires. Il s'agit d'environ 340 000 personnes dans notre pays, alors même que la Constitution prévoit que toute personne qui prend sa retraite doit pouvoir maintenir son niveau de vie antérieur de manière appropriée. De plus, ces prestations sont plus ou moins généreuses selon les cantons, et elles constituent un report de charges sur ces derniers.

Si, au XXI^e siècle, la seule perspective qu'on donne aux nouvelles générations, c'est de travailler plus sans égard à la qualité de vie, c'est faire vraiment preuve de bien peu d'imagination, et malheureusement cela vient des Jeunes libéraux-radicaux.

L'AVS est une institution majeure de notre système qui repose sur la solidarité, mais au lieu de renforcer cette assurance sociale en la finançant de manière sociale, la droite libérale propose des solutions boiteuses et injustes.

Il faut aussi rappeler que le projet AVS 21 a certes passé, mais à une faible majorité: il est donc peu probable qu'un nouveau projet encore plus antisocial cette fois ait des chances devant le peuple.

Je vous recommande donc de rejeter cette initiative et de rejeter tout contre-projet.

Cottier Damien (RL, NE): J'aimerais remercier les Jeunes libéraux-radicaux qui mettent aujourd'hui le Conseil national devant sa responsabilité: veut-il ou ne veut-il pas assurer le financement durable de notre AVS, son financement équitable et la solidarité entre les générations? Ce sont les questions auxquelles nous devons répondre aujourd'hui.

Premièrement, le Conseil national peut poser aujourd'hui les jalons d'une prévoyance vieillesse durablement financée. La durabilité ne doit pas être un vain mot, et elle ne doit pas être cantonnée à la politique environnementale. Dans le domaine social aussi, nous devons assurer que les systèmes soient viables, donc finançables durablement. Et nous devons regarder les faits, en l'occurrence les chiffres. Or ceux-ci sont clairs: l'AVS, l'assurance sociale la plus importante de notre pays, dépense près de 130 millions par jour. Ces dépenses vont croître du fait du double vieillissement de la population: d'une part, et c'est heureux, les gens vivent plus longtemps et, d'autre part, c'est moins heureux, l'âge moyen de la population augmente avec la baisse de la natalité après la génération du baby-boom.

Un million de personnes sont sur le point de partir à la retraite ces prochaines années. Il y aura donc des augmentations du côté des dépenses. De plus, nous aurons des défis du côté des recettes, car de moins en moins d'actifs financeront de plus en plus de retraités. En 1948, au moment de la création de l'AVS, un rentier était financé par 6,5 actifs. Nous sommes à 3,3 actifs pour un rentier aujourd'hui, et le rapport sera probablement à 2,2 pour un rentier en 2050! C'est le Conseil fédéral qui cite ces chiffres dans son message.

Si nous n'agissons pas rapidement, malgré le financement additionnel voté dans le cadre de la RFFA et qui donne les bons chiffres que certains ont évoqués, mais qui ont été corrigés récemment et qui ne sont – on le sait – pas durables, malgré ce financement additionnel et malgré les décisions prises dans le cadre de la réforme AVS 21, l'AVS accumulera très prochainement des dettes qui pourront dépasser les 15 milliards de francs en 2045 déjà!

Deuxièmement, la mise en oeuvre de l'initiative permettrait un financement durable, mais aussi équitable de notre AVS. Pourquoi équitable? Parce que chacun doit contribuer, dans notre société, à répondre à ce défi démographique. Or, si l'on se contente d'attendre, ou de plancher sur de futures augmentations de recettes, par exemple via les impôts, ce sera seulement une partie de la population qui contribuera à l'effort de rééquilibrage. En travaillant sur l'âge de la retraite, on répartit l'effort sur l'ensemble de la société, ce qui présente un double avantage: d'abord, la rente est payée plus tard et l'on a donc une

AB 2023 N 1094 / BO 2023 N 1094

réduction du côté des dépenses, et ensuite, la durée de cotisation est allongée et l'on a donc une augmentation du côté des recettes.

Par ailleurs, cette méthode tient logiquement compte de l'allongement de la durée de vie: à la naissance de l'AVS, l'espérance de vie était de 65,1 ans pour les hommes, et elle est aujourd'hui de 81 ans. Pour les femmes, ces chiffres sont respectivement de 69 ans en 1948 et de 85 ans aujourd'hui.

Si nous vivons plus longtemps – et plus longtemps en bonne santé, heureusement – il est aussi raisonnable, face à tel un défi structurel de financement, d'adapter le moment du départ à la retraite. C'est d'ailleurs ce que font de nombreux autres pays européens qui sont confrontés exactement au même défi.

Troisièmement, cette solution est équitable à l'égard de toutes les générations. En raison du système de répartition, ce sont les actifs d'aujourd'hui qui financent les rentes d'aujourd'hui. Et ce seront les jeunes d'aujourd'hui qui dans quelques années financeront nos rentes. Or si le système est déséquilibré, l'AVS se financera sur le



dos de la jeunesse en creusant une dette qu'ils et elles devront payer demain par des cotisations, des impôts accrus ou des prestations réduites. Cela serait tout simplement injuste, et nierait l'équité entre les générations. Nous vous recommandons, pour toutes ces raisons, de soutenir cette initiative sur les rentes, parce qu'elle assure un financement durable de notre AVS, un financement équitable de notre AVS, et un traitement juste des différentes générations. Il faut dire oui.

Pointet François (GL, VD): Nous nous devons d'assurer la pérennité de l'AVS. Je pense qu'ici tout le monde a cet objectif, mais l'espérance de vie n'est pas le seul facteur. La démographie est évidemment un facteur contraignant, mais nous pouvons agir sur le financement, assurer une économie profitable et aussi, peut-être, agir sur l'âge du départ à la retraite.

Il est nécessaire d'agir; peu de monde s'y oppose. Mais, concernant les raisons, la temporalité et les mesures, les divergences sont fortes et destructrices. Il suffit pourtant de se pencher sur les faits et les prévisions pour élaborer des solutions. Nous devons avoir le courage d'agir et de proposer des solutions sur des bases solides et vérifiables.

Que disent ces faits? Le financement de l'AVS n'est pas garanti durant les décennies où les baby-boomers partent à la retraite. Le système de répartition n'est pas suffisant, vu que le nombre d'actifs baisse, le financement par les impôts fédéraux a ses limites et une augmentation de la TVA serait compliquée en cette période socialement délicate. Mais la bonne nouvelle est que dès que les baby-boomers ne seront plus concernés, la pression sur le financement de l'AVS se relâchera. La nécessité d'agir est donc temporaire et nous devons proposer des mesures coordonnées et efficaces.

Pour revenir sur le thème de l'âge de départ à la retraite, qui nous occupe particulièrement, il faut bien dire que l'efficacité du relèvement de l'âge de la retraite de référence sur les perspectives financières de l'AVS n'est pas significative, car déjà 40 pour cent des personnes qui ont les moyens de prendre leur retraite avant l'âge officiel le font. Actuellement, une mesure qui augmenterait l'âge de la retraite de référence sans différenciation pour les 40 pour cent de préretraités ne serait pas efficace. Evidemment, nous pourrions faire preuve de sympathie en modulant l'âge de départ officiel sur l'espérance de vie, comme le proposent les auteurs de l'initiative. Même si c'est un outil envisageable, fabriquer un automatisme comme celui qui est proposé ne résoudrait pas les problèmes de manière subtile et réfléchie.

La nécessité d'agir est démontrée et, bien que sympathique, comme je viens de le dire, la proposition contenue dans l'initiative n'est pas efficace. C'est pour cela que la mise en place d'un système de frein à l'endettement de l'AVS est proposée. C'est un mécanisme que nous connaissons bien et qui a fait ses preuves. Un tel système permettrait de redonner la main au gouvernement et au Parlement, tout en l'obligeant à agir si la nécessité est démontrée.

Je vous invite donc à recommander le rejet de l'initiative populaire et à tout faire pour qu'un contre-projet, direct ou indirect, soit proposé avec un système de frein à l'endettement.

Atici Mustafa (S, BS): Die Geschichte ist altbekannt: Aufgrund der demografischen Entwicklung sei die AHV in Schieflage geraten und stehe kurz vor dem finanziellen Kollaps. Es brauche daher eine Lösung, und diese finden die Initiantinnen in der Erhöhung des Rentenalters. Das ist kalter Kaffee, was die Jungfreisinnigen uns hier servieren. Ich möchte es gerne wiederholen: Das Problem ist weder die AHV noch die gestiegene Lebenserwartung, es sind vielmehr die zu tiefen Renten. Dieses Problem wird nicht durch eine Erhöhung und Anpassung des Rentenalters an die allgemeine Lebenserwartung gelöst – was, nebenbei gesagt, auch nicht dafür sorgen wird, dass die Geburtenrate steigen und damit das demografische Problem gelöst wird.

Die Lösung sind stattdessen gerechte, anständige und existenzsichernde Renten als Anerkennung für die erbrachte Leistung. Zur Lösung zählen zudem höhere Löhne für Frauen, die bessere Ausnutzung des Beschäftigungspotenzials im Arbeitsmarkt und nicht zuletzt eine Kampagne für und nicht gegen die AHV. Denn wer lediglich das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnerinnen im Blick hat, verkürzt die Bedeutung der AHV auf das Verhältnis von Jung und Alt, von Bezahlenden und Bezüglern. Bei der Altersvorsorge geht es jedoch nicht allein um die Solidarität zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen. Eine solidarische und gerechte Altersvorsorge berücksichtigt auch das Verhältnis von Reich und Arm, achtet auf die Lebenssituation von Menschen mit niedrigen Einkommen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen und sorgt für eine ausreichende, existenzsichernde Rente, insbesondere für armutsgefährdete Menschen. Hier gilt es anzusetzen und das Solidaritätsprinzip der AHV zu stützen, es sollen nicht Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Eine solidarische Altersvorsorge berücksichtigt zudem die unterschiedlichen Belastungen und Lebenserwartungen der Arbeitnehmenden. Auch darauf nimmt die Renten-Initiative keine Rücksicht. Dass die Lebenserwartung in der Schweiz generell gestiegen ist, stimmt. Es ist aber auch so, dass sich die Lebenserwartung



stark unterscheidet, je nach Einkommen, Bildungsstand und Berufsrisiko. Die Initiative ignoriert solche Unterschiede und zielt an den Lebensrealitäten vieler Arbeitnehmenden vorbei, wenn sie das Rentenalter pauschal an die durchschnittliche Lebenserwartung koppeln will. Menschen, die aufgrund ihres tieferen Bildungsgrads eine geringere Lebenserwartung haben, wird damit ein bedeutender Teil ihrer Rente gestrichen. Die Renten-Initiative verstärkt somit die bereits heute bestehenden sozialen Ungleichheiten und forciert eine Umverteilung von unten nach oben. Das widerspricht dem Solidaritätsgedanken der Altersvorsorge. Daher bitte ich Sie um die Ablehnung dieser Initiative.

Meier Andreas (M-E, AG): Männer leben heute im Durchschnitt acht, Frauen neun Jahre länger als noch bei der Einführung der AHV. Hoffen wir, dass wir möglichst alle gesund, fit und glücklich ein hohes Alter erreichen. Das Glück des Einzelnen wird mit zunehmender Lebenserwartung zur Herausforderung für die Bewältigung des Demografieproblems. Spätestens 2031 wird das Betriebsergebnis der AHV negativ ausfallen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre, wie es gemäss der Initiative im Jahr 2033 erreicht sein soll, entlastet die Kasse und dürfte für Bund, Kantone und Gemeinden höhere Steuereinnahmen generieren.

Die Renten-Initiative verlangt, dass das Rentenalter mit einem Faktor 0,8 an die steigende Lebenserwartung angepasst wird. Mit der Differenz – also mit Faktor 0,2 – soll die Rentenzeit dennoch kontinuierlich leicht anwachsen. Das Alterskapital würde länger geäufnet, die Bezugsdauer verkürzt und der Fachkräftemangel verringert – alles positive Punkte für unsere Volkswirtschaft. Wir wären mit diesem Mechanismus nicht alleine. Es gibt bereits eine Reihe von Ländern, die solche Verfahren eingeführt haben.

Ich werde die Renten-Initiative trotzdem ablehnen und empfehle Ihnen, dem Bundesrat zu folgen. Überlassen wir

AB 2023 N 1095 / BO 2023 N 1095

die Rentenanpassung der Versicherungsmathematik, geben wir die Führung aus der Hand. Eine faktorielle Herangehensweise löst das Problem der Demografie nicht. Der Anstieg der Lebenserwartung ist eine Vermutung, die Leistungsfähigkeit von Menschen bei Eintritt in die Rente ist individuell. Die Überalterung unserer Gesellschaft ist Realität, wird aber mit der Renten-Initiative nicht verändert. Heute sind Krankheiten, die noch vor wenigen Jahren unheilbar waren, nicht mehr lebensgefährlich. Viele Menschen dürfen heute leben, bis die biologischen Limiten erreicht werden; sie sterben nicht mehr zu früh.

Das Problem der Demografie ist also die Summe der Menschen im hohen Alter und hat nichts zu tun mit der Leistungsfähigkeit der Menschen bei Eintritt in das Pensionsalter. Es gibt Anlass zur Annahme, dass sich die Lebenserwartung nicht im gleichen Masse weiter erhöht. Dafür gehen aber die geburtenstarken Jahrgänge bald in Pension. Es ist also kein Faktorenrechnen gefragt, sondern eine Lösung für diese schiere Menge in den nächsten Jahren. Eine Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die soziopolitische Situation noch die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Der Bundesrat setzt folgerichtig auf die laufenden Reformen der Altersvorsorge, um das Leistungsniveau der AHV und der obligatorischen beruflichen Vorsorge zu halten.

Erfahrungen im eigenen Arbeitsumfeld zeigen mir, dass das Rentenalter 65 für viele Männer und Frauen in körperlich anstrengenden Tätigkeiten eine Grenze der Leistungskraft markiert. Betrieb und Mitarbeitende sind glücklich, wenn die Mitarbeitenden gesund in die Rente übertreten dürfen. Die demografische Herausforderung der AHV kann also nicht durch eine Erhöhung des Rentenalters gelöst werden; es braucht andere Massnahmen. Ein Automatismus, wie ihn diese Initiative fordert, ist mit dem politischen System der Schweiz nicht vereinbar. Eine Verankerung des Rentenalters gehört nicht in die Bundesverfassung.

Das Parlament hat bereits eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV gefordert. Diese wird so etwas wie ein Gegenvorschlag. Sie muss bis 2026 vorliegen. Der Bundesrat hat versprochen, die Frage einer generellen Erhöhung des Rentenalters über 65 Jahre hinaus zu klären, in der ersten Säule wie in der beruflichen Vorsorge. Warten wir diese Vorschläge ab. Das Ansinnen der Initiative ist verständlich, aber sie überfordert die politische Lage und sie löst das Problem der Demografie nicht.

de la Reussille Denis (G, NE): Pour débattre de l'initiative faussement intitulée "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne", il est à mes yeux indispensable de rappeler certaines réalités, certaines conditions sociales de notre pays.

Premièrement, le peuple suisse, il y a certes longtemps, a décidé que les rentes AVS devaient garantir le minimum vital et a inscrit cette exigence dans la Constitution. Aujourd'hui, cette décision n'est toujours pas mise en oeuvre. Elle n'est tout simplement pas appliquée. Au contraire, la rente AVS moyenne atteint à peine 1800 francs actuellement, soit 21 pour cent du salaire moyen. Dans les années 2010, ce taux était de plus de 26 pour cent. Il faudrait donc de toute urgence augmenter les rentes AVS et non les diminuer, comme c'est le



cas actuellement.

Et pourtant, Mesdames et Messieurs, notre Parlement ne trouve rien de mieux à faire que de décider de nouvelles détériorations, la non-indexation complète des rentes voulue par la droite de notre Parlement étant le dernier exemple en date, et l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes étant un autre exemple de la détérioration générale des droits des rentiers AVS.

En résumé, les prestations de l'AVS ne suivent pas le coût de la vie et les rentes LPP du second pilier sont en chute libre. En conséquence, de très nombreux retraités n'ont tout simplement plus assez d'argent pour vivre dignement, après une vie de labeur et en ayant travaillé durant toute leur vie, et ceci dans l'un des pays les plus riches du monde.

Deuxièmement, il faut rappeler quelques éléments qui démontrent que la situation financière de l'AVS est saine, contrairement aux allégations et mensonges, notamment du comité d'initiative. Selon les chiffres de l'OFAS, l'AVS a clos l'exercice 2022 sur un résultat de répartition positif de 1,6 milliard de francs, avec précisément 49,4 milliards de francs de recettes et 47,8 milliards de dépenses.

Par ailleurs, fin 2022, la fortune de l'AVS se montait à 47 milliards de francs, ce qui correspond aux dépenses d'une année complète de rentes.

Ces quelques réalités montrent à quel point les initiants travestissent la vérité et poursuivent un but politique, néolibéral, en affaiblissant encore un peu plus le premier pilier, élément social essentiel pour la population de notre pays.

Par ailleurs, je me permets de rappeler cette réalité, sauf erreur pas encore évoquée au cours de nos débats d'aujourd'hui: pour 2023, la rente minimale est de 1225 francs par mois. Je répète: 1225 francs par mois, une honte pour notre pays. La volonté des initiants de retarder encore le droit à la retraite s'inscrit dès lors dans une volonté de démantèlement social. Les initiants souhaitent modifier les articles 112 et 197 de la Constitution en introduisant, notamment, une automaticité du droit à la retraite, en liant l'âge de départ à l'espérance de vie moyenne de la population résidant en Suisse. Cette modification de la Constitution serait une attaque sans commune mesure contre notre système démocratique, puisque notre population ne pourrait tout simplement plus se prononcer sur les futures augmentations de l'âge légal de départ en retraite.

Une conclusion s'impose: cette initiative est rétrograde, antisociale et doit être rejetée avec conviction. Sa place est dans les oubliettes de l'histoire.

Notre pays a le devoir de traiter correctement ses habitants, ses retraités, que cela soit par le montant des rentes ou par l'âge légal de départ à la retraite. Non, c'est la seule réponse possible à cette initiative, dangereuse pour la stabilité et le contrat social du pays et qui n'a – je peux me permettre de le dire – qu'un seul mérite, c'est qu'elle démontre le fossé qui se creuse entre riches et pauvres de notre société.

Herzog Verena (V, TG): Wir wissen es: Die AHV basiert in erster Linie auf der Solidarität zwischen den Generationen. Wir sprechen von einem Generationenvertrag. Die laufenden Renten werden durch die sogenannte aktive Bevölkerung finanziert, dies im Vertrauen darauf, dass spätere Generationen das Gleiche tun und das Werk weiterführen werden. Doch dieser Generationenvertrag wird seit Längerem arg strapaziert. Wir leben länger und beziehen länger AHV. Im Gegensatz dazu geht der Anteil der Erwerbstätigen kontinuierlich zurück. Als 1948 die ersten Renten ausbezahlt wurden, betrug die über das Rentenalter 65 hinausgehende Lebenserwartung 12,4 Jahre für Männer und 14 Jahre für Frauen. Inzwischen ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern und Frauen dank dem medizinischen Fortschritt und einer gesünderen Lebensweise erheblich gestiegen. Heute kommen Männer während fast 20 Jahren und Frauen während bald 23 Jahren in den Genuss der ordentlichen AHV-Rente, und es ist von einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung auszugehen. Die Forderungen der Initiative der Jungfreisinnigen sind insofern absolut berechtigt: Das Rentenalter für beide Geschlechter soll auf 66 gesetzt und anschliessend an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

Die Generation, die die AHV einführen konnte, hatte den Konsens gefunden. Eine Mehrheit der Bevölkerung sagte damals Ja. Nun sind wir gefordert, dieses solidarische Werk so anzupassen, dass auch kommende Generationen noch davon profitieren. Kommen wir vom Egotrip herunter, und stellen wir realistische Anforderungen an die AHV. Kommen wir zurück auf den Sinn und Zweck, den die AHV erfüllen sollte. Dann sollten wir wenigstens bereit sein, einen Teil des Versäumten nachzuholen, d. h., das AHV-Alter auf 66 Jahre festzulegen und es an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Das ist nicht mehr als vernünftig, realistisch und ganz im Sinne der Erfinder. Alles andere bedeutet, auf Kosten der anderen, der Jungen, spezifisch der nächsten Generation, zu leben.

Als langjährige Politikerin, die sich auch bereits für die Altersvorsorge 2020 und die AHV 21 eingesetzt hat, weiss ich, wie wichtig es ist, eine ausgeglichene Vorlage präsentieren

**AB 2023 N 1096 / BO 2023 N 1096**

zu können und auch strategische Überlegungen zu machen. Denn die AHV 2020 wurde vom Volk abgelehnt. Die AHV 21 wurde nur haarscharf angenommen. Bald kommt die BVG-Vorlage zur Abstimmung, die wir auf keinen Fall gefährden dürfen. Zudem muss der Bundesrat bis zum 31. Dezember 2026 eine nächste Vorlage für die Stabilisierung der Renten zwischen 2030 und 2040 präsentieren.

Die grossen Herausforderungen jedoch nur wie eine heisse Kartoffel vor sich herzuschieben und den nächsten Politikern zu überlassen, ist nicht meine Art. Gefragt sind von uns konkrete Lösungen. Deshalb unterstütze ich den direkten Gegenentwurf zur Renten-Initiative, der ein langfristiges Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben bei der AHV anstrebt. Ist das Gleichgewicht gefährdet, muss der Bundesrat Massnahmen zuhanden des Parlamentes verabschieden. Im Gegensatz zur Renten-Initiative fokussiert der direkte Gegenentwurf nicht nur auf das Referenzalter, sondern berücksichtigt die grundsätzliche finanzielle Situation der AHV, und das ist entscheidend für die Sicherung des Generationenvertrags.

Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und stimmen Sie ebenfalls dem direkten Gegenentwurf zu. Es bedarf dringend einer Reform.

Studer Lilian (M-E, AG): "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge" – im Grundsatz ist dies unser aller Wunsch, und niemand ist dagegen. Im Gegenteil, die EVP und ich sind dankbar, dass im letzten Herbst die beiden AHV-Vorlagen vom Volk bestätigt wurden. Wir erinnern uns aber:

1. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) wurde nur knapp angenommen. Nun bereits wieder mit einer weiteren Erhöhung des Rentenalters zu kommen, wäre schlicht ein Affront. Schon letzten Herbst prophezeiten die Gegner, dass dies der Steilpass für eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 sei. Somit würden wir ihnen nur recht geben. Wenn wir dies tun, fehlt uns als politische Institution und als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes definitiv jegliches Feingefühl.

2. In der Vorlage zur Reform AHV 21 wurde das Rentenalter zugunsten eines Referenzalters aufgehoben. Das war wichtig und richtig, da wir damit den Renteneintritt geöffnet und flexibel gemacht haben. Damit müssen wir nun erst einmal Erfahrungen sammeln. Trotzdem ist es ein wichtiger Punkt in der AHV 21. Die Arbeitnehmenden haben so die Chance, ihre AHV-Renten aufzubessern; es ist aber auch für die Wirtschaft, die unter Fachkräftemangel leidet, eine Chance.

3. Das Parlament hat dem Bundesrat bereits den Auftrag erteilt, bis Ende Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Auf dem heute geltenden Gesetz können wir uns nicht lange ausruhen – doch alles eben zu seiner Zeit. Die Lösung, die der Bundesrat uns 2026 vorlegt, muss aus Sicht der EVP sowohl sozial gerecht ausgestaltet sein als auch die Situation am Arbeitsmarkt einbeziehen. Beides berücksichtigt der vorliegende Initiativtext nicht.

Aus den genannten Gründen unterstützt die EVP weder die Initiative noch den Rückweisungsantrag an die Kommission zur Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags. Auch der direkte Gegenvorschlag ist aus der Sicht der EVP nicht der richtige Weg, um dies jetzt schon so zu definieren: Er fordert faktisch eine automatische Erhöhung des Referenzalters, gekoppelt an die finanziellen Perspektiven der AHV. Auch wenn andere Länder einen solchen Automatismus eingeführt haben, halten wir eine solche mögliche Variante aus den schon genannten Gründen für zu früh.

Noch einmal: Wir haben mit der AHV 21 einen guten Kompromiss erreicht. Nun braucht es eine Verschnaufpause, bevor wir eine neue AHV-Reform im Rat diskutieren und beschliessen. Die vorliegende Forderung hätte aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Form vor dem Volk keine Chance. Vergessen wir nicht: In den 25 Jahren vor der AHV 21 im letzten Jahr ist keine Vorlage beim Volk durchgekommen. Es braucht eine weitere Reform, und sie wird kommen, und ohne Erhöhung wird es wahrscheinlich nicht gehen – aber eben nicht zu diesem Zeitpunkt. Lassen wir nun die aktuell vom Volk angenommene AHV-Reform zuerst einmal in Kraft treten und den Bundesrat seine Arbeit erledigen, um dann eine gute und durchdachte Lösung zu finden. Zum Schluss möchte ich noch Folgendes anmerken: Mit grosser Sorge schauen wir auf den möglichen Zeitpunkt einer Abstimmung zu dieser Initiative. Möglich ist, dass die Abstimmung zur Renten-Initiative mit jener zur BVG-Revision zusammenfällt. Dies wäre unseres Erachtens gefährlich und würde unsere Arbeit im Zusammenhang mit der Berufsvorsorge torpedieren. Deshalb legen wir es den Initianten nahe, einen Rückzug ihrer Initiative in Betracht zu ziehen. Dies tun wir insbesondere auch, weil der Bundesrat bereits einen Auftrag zur Erarbeitung einer weiteren Reform gefasst hat und uns in drei Jahren zudem konkrete Ergebnisse aus der Analyse der jetzigen Reform vorliegen. Darauf können wir die zukünftige AHV seriös aufbauen.

Wie gesagt: Wir, ich und die EVP, lehnen zum jetzigen Zeitpunkt sowohl die Initiative als auch allfällige Gegenentwürfe ab und bitten Sie, dasselbe zu tun.



Hurni Baptiste (S, NE): Faire passer l'âge de la retraite à 66 ans, puis le faire coller à l'espérance de vie et le faire évoluer en fonction de celle-ci: voilà, en une phrase, l'abominable idée des Jeunes libéraux-radicaux pour nos retraites. Sans surprise, nous nous y opposons, aussi bien sur la forme que concernant la temporalité, la philosophie qui y sous-tend, et évidemment sur le fond.

D'abord, cette initiative arrive moins d'un an après l'augmentation de l'âge de départ à la retraite des femmes à 65 ans, acceptée du bout des lèvres par 50,5 pour cent de la population en septembre dernier, avec un Röstigraben digne des scrutins les plus clivants que ce pays ait connus. Venir maintenant avec cette thématique, c'est la preuve d'une absence totale de sensibilité politique pour cette minorité importante qui refusait déjà le passage de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans. Ajoutez à cela la réforme scélérate que notre Parlement a acceptée sur la LPP, pour laquelle un référendum a heureusement abouti: on ne comprend vraiment pas le sens de cette proposition.

Mais au-delà de la regrettable temporalité de cette initiative, ce qui est vraiment dérangeant dans cette proposition, c'est qu'elle ancrerait définitivement dans la loi l'idée aberrante qu'au fond, l'AVS n'est là que pour faire le joint entre la fin de la vie active et la mort, comme s'il était interdit d'imaginer que la retraite, c'est aussi et enfin avoir du temps pour autre chose que le travail, et que l'on ne devrait pas, dans ce pays si riche, uniquement vivre pour travailler.

Pire que cela, ce texte n'aborde absolument pas le fait que l'espérance de vie qui s'allonge est surtout le fait de ceux qui gagnent le plus, et qui justement prennent une retraite anticipée car ils en ont les moyens.

En bref, ce texte entend faire subir à celles et ceux dont le travail est déjà le plus pénible, à celles et ceux qui ont l'espérance de vie la plus courte, à celles et ceux qui gagnent le moins, le fait que les autres, les plus nantis qui ne prendront jamais leur retraite à 66 ou 67 ans, mais bien avant parce qu'ils en ont les moyens, augmentent ainsi les statistiques d'espérance de vie. C'est faire supporter l'effort complet aux ouvriers, aux personnes exerçant des professions manuelles, ou encore aux paysans et c'est révoltant.

Parmi les autres manquements de ce texte, on soulignera le fait que ce sont déjà les travailleuses et les travailleurs les plus âgés qui ont le plus de peine à retrouver du travail. A quoi cela sert-il de retarder l'âge de la retraite si de toute façon les plus âgés ne trouvent pas de travail? Cela ne fera que réduire encore leur rente. Alors oui, actuellement, avec la pénurie de main-d'œuvre, ce problème est moins aigu, mais il l'est néanmoins toujours, et on ne sait pas si la situation actuelle perdurera à jamais.

Enfin et pour terminer, cette initiative revient à graver dans le marbre le financement actuel de l'AVS et à considérer que la seule et unique variable d'ajustement est l'âge de la retraite. Mais comment peut-on avoir une telle vision de la société? Comment faire fi du fait que ne connaître que cinq ans avant l'âge auquel on quittera la vie professionnelle empêche de se projeter, d'imaginer d'autres projets, et crée au passage une usine à gaz terrible pour la LPP?

AB 2023 N 1097 / BO 2023 N 1097

La Suisse est un peuple de bonnes travailleuses et de bons travailleurs. On s'en réjouit et on peut en être fier. Mais ce n'est que justice que de dire que nous avons aussi le droit d'atteindre la retraite dans un bon état de santé, et que cette période n'est pas l'antichambre du décès. Cela devrait être le début d'une vie après le travail, plus libre, et qui permet à toutes et à tous d'en profiter un peu avant que le corps ne nous le permette plus.

Je vous remercie de recommander le rejet de ce texte, ou de n'importe quel contre-projet qui ferait fi de ces principes, avec la plus grande fermeté.

Markwalder Christa (RL, BE): Die Frage der Finanzierung der Altersvorsorge beschäftigt mich, seit ich mich politisch engagiere – logisch, dass ich deshalb auch dem Initiativkomitee der Renten-Initiative beigetreten bin und für dieses wichtige und richtige Anliegen mit viel Motivation Unterschriften gesammelt habe.

Die Renten-Initiative hat zum Ziel, die Finanzierung der AHV auch für die künftigen Generationen zu sichern, ohne dass laufend neue Steuern erhoben werden müssen oder die Lohnnebenkosten erhöht werden. Sie stärkt die Generationengerechtigkeit und wird damit dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht. Die demografische Entwicklung, namentlich die laufende Pensionierung der Babyboomer und die nachfolgenden geburten-schwächeren Jahrgänge, öffnet eine milliarden schwere Finanzierungslücke in der AHV. Die AHV ist zweifelsfrei das wichtigste Sozialwerk in der Schweiz. Das Umlageverfahren führt zu grossen Umverteilungseffekten; so erhalten 92 Prozent der Menschen mehr Rente, als sie selber einbezahlt haben. Mit anderen Worten: 8 Prozent der Gutverdienenden finanzieren die Renten der 92 Prozent, die wenig verdienen. Pro Jahr werden so 22 Milliarden Franken umverteilt.

Ein höheres Rentenalter, wie es die Initiative schrittweise bis 66 Jahre vorsieht, führt nicht zu Rentenkürzun-



gen, wie verschiedentlich fälschlicherweise behauptet wird. Vielmehr haben wir heute durch die stetig steigende Lebenserwartung laufende Rentenerhöhungen. Dies muss einfach einmal gesagt sein. Die Initiative sieht nach der schrittweisen Erhöhung des Regelrentenalters auf 66 Jahre für Frauen und Männer anschliessend eine Kopplung an die Lebenserwartung vor. Dass diese immer nur steigen wird, ist nicht sicher, d. h., bei sinkender Lebenserwartung würde das Rentenalter auch wieder gesenkt. Ziel ist es, dass durchschnittlich 20 Prozent der Lebenszeit im Rentenalter verbracht werden können. Deshalb steigt das Rentenalter auch nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern um den Faktor 0,8.

Verschiedene europäische Länder kennen höhere Rentenalter als die Schweiz, und ausgerechnet bei uns mit einer der höchsten Lebenserwartungen weltweit liegt das Rentenalter seit seiner Einführung 1948 bei 65 Jahren. Richtig, für die Frauen wurde es zeitweise auf 62 Jahre gesenkt, und zwar mit einer damals sehr paternalistischen Argumentation, und dann wieder schrittweise angehoben. Die AHV-21-Reform hat in diesem Bereich für die Gleichstellung beim Rentenalter und zu einer gewissen Entlastung der AHV-Finzen geführt. Aber es ist klar, dass dies nur eine kurzfristige Verschnaufpause ist, denn bereits ab 2030, also in sieben Jahren, wird die AHV wieder Defizite schreiben. Deshalb ist es an uns, heute die Weichen richtig zu stellen und Verantwortung für die Finanzierung des wichtigsten Sozialwerks zu übernehmen.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative sowie die Minderheiten mit Ideen für Gegenvorschläge zu unterstützen. Eigentlich ist die Initiative bereits ein Kompromiss: Sie fordert lediglich eine Erhöhung des Referenzrentenalters auf 66 Jahre und nicht auf 67 Jahre, wie dies andere europäische Länder vorsehen. Lebenserwartung und Rentenalter steigen denn auch nicht parallel, sondern nur um den Faktor 0,8. Die Initiative ist also gut durchdacht und elementar für die Generationengerechtigkeit.

Ich bitte Sie deshalb, die Renten-Initiative zu unterstützen.

Pult Jon (S, GR): (*discuorra vallader*) Dus trais plets en rumantsch: Questa iniziativa populara dals Gjuvens liberals è profundamain nungista. Ella è nungista, perquai ch'ella na parta betg da la realitad sin il martgà da la lavur ed en nossa economia reala. Oz savain nus tuts che var 70 pertschient da las personas che lavuran en in sector privilegià, per exempel las personas che lavuran per las bancas u per las assicuranzas ubain las personas che lavuran per il maun public, quai vul dir per il stadi, van en pensiun anticipadamain. La consequenza d'ina iniziativa che vul simplamain augmentar la vegliadetgna da pensiun generalmain per in onn, fiss che las personas che lavuran en ils mastergns pli dirs, che nettegian nossas abitaziuns e noss biros, che fan funcziunar nossas infrastructuras, che lavuran en il sector da la construcziun, da las interpresas da construcziun – questas personas perdessan facticamain in onn da lur vita, nua ch'ellas na ston betg lavurar, nua ch'ellas pon er giudair la libertad. E da quest punct da vista èsi propi definitivamain fauss, sch'ins pensa che nus vivain en ina societad, en ina economia, nua ch'i dat in svilup ferm, nua ch'i dat er in grond progress, nua che nus avain accumulà e creà uschè blera ritgezza sco anc mai en l'istorgia da noss pajais – diminuir en quest mument las pussaivladads, las libertads socialas da la populaziun che lavura diramain, che ha er in'aspectativa da vita pli bassa ch'ils privilegiads fiss profundamain fauss, e perquai è questa iniziativa faussa. La vegliadetgna da pensiun sto esser ina dumonda politica, sto esser ina dumonda che la democrazia decida per tuttas e per tuts e gist er spezialmain per ils lavurants che fan las lavurs pli diras e perquai èsi fauss d'augmentar ussa per in onn la vegliadetgna da pensiun. Igl è anc pli fauss da crear in automatissem che prenda davent la cumpetenzza da decider cura che la populaziun va en pensiun dal process democratic e che creescha ina tecnocrazia en in champ, nua ch'igl è uschè impurtant che la populaziun po er avair in pled en chapitel. Perquai, charas collegas e chars collegas, er sche Vus na chapis betg il rumantsch, As dumond jau da dir "na" a questa iniziativa.

Weichelt Manuela (G, ZG): Die Autoren dieser verantwortungslosen Initiative werben mit dem Slogan "weniger Staat, mehr Freiheit". Ich reibe mir immer wieder die Augen. Wo waren die Autoren dieses Slogans, als es um die erste Bankenkrise ging? Wo sind diese Autoren in der zweiten, aktuellen Bankenkrise? Die gleiche Gruppe schreit nach der Rettung der Banken und des Finanzplatzes Schweiz durch Mutter Staat, verlangt unverschämt weiterhin Boni und noch vieles mehr. Wo ist da mehr Freiheit und weniger Staat? Wer steht hinter dieser verantwortungslosen Initiative? Wer sind die Köpfe der Jungfreisinnigen Schweiz?

1. Es sind alles Männer. Gehen Sie auf die Website: Im Vorstand der Jungfreisinnigen sind alles Männer. Die letzte AHV-Revision wurde auf dem Buckel der Frauen ausgetragen. Ist das Zufall, wenn man bedenkt, dass in diesem Vorstand alles Männer sind?

2. Ein grosser Teil durfte auf Kosten des Staates, das heisst auf Kosten der Steuerzahlenden, an Schweizer Universitäten studieren.

3. Ein grosser Teil musste noch nie selber vollumfänglich für das eigene Leben aufkommen.



Nun gut, auch diese Vorstandsmitglieder sind lernfähig und werden vermutlich im Verlauf ihres Lebens mit Menschen in Kontakt kommen, die spätestens seit dem Alter von 18 Jahren selbst für ihr Leben aufkommen mussten.

Liebe Jungfreisinnige, wir sind auch auf Menschen angewiesen, die wertvolle Arbeit mit ihren Händen machen, sei dies Reinigungspersonal im Spital, auf der Strasse, hier im Bundeshaus; sei dies Personal, das unseren Abfall entsorgt; sei dies Personal, das Gestelle auffüllt und uns an den Kassen bedient; sei dies Personal, das im Winter und Sommer auf den Knien arbeitet, zum Beispiel Grabungstechniker. Diese Personen sind häufig lange vor ihrem 65. Altersjahr körperlich kaputt. Was für ein Affront, diesen Menschen ins Gesicht zu sagen, dass es kein Problem ist, länger zu arbeiten, und dass sie eine finanzielle Verantwortung zu tragen hätten! Genau diese Leute tragen ihre finanzielle Verantwortung seit ihrem 16. oder 18. Altersjahr. Es sind Menschen, die seit ihrem 16. oder 18. Altersjahr arbeiten und nie einen Lohn wie die meisten Autoren dieser Initiative erhalten werden. Viele der Autoren dürfen sich glücklich schätzen, auf Kosten der

AB 2023 N 1098 / BO 2023 N 1098

Verkäuferin, auf Kosten des Grabungstechnikers studiert zu haben. Die meisten Autoren der Initiative werden nie so viele Jahre arbeiten und nie so viele Jahre Steuern zahlen wie die Personen, die eine Lehre gemacht haben und bis zur Pensionierung zum Teil unter miserabelsten Arbeitsbedingungen gearbeitet haben.

Dass dieser Punkt bei den Jungfreisinnigen noch nicht auf dem Radar ist, kann ich zu einem Teil sogar verstehen. Nicht verstehen kann ich es aber, wenn hier im Rat Personen mit Lebenserfahrung diese verantwortungslose Initiative unterstützen.

Faktisch kommt die verantwortungslose Initiative der Jungfreisinnigen einer Rentenkürzung gleich. Die Grünen setzen sich für solidarisch und nachhaltig finanzierte Renten und gegen die Altersarmut ein. Die Grünen unterstützen diese verantwortungslose Initiative nicht.

Dandrès Christian (S, GE): Cette initiative a été rédigée et déposée en parallèle des contre-réformes AVS 21 et LPP 21 et elle peut être comprise comme une boussole politique pour la majorité parlementaire. M. le rapporteur Roduit l'a dit tout à l'heure, il n'y a pas de divergence de fond autour de ce texte, mais uniquement un timing qui a été jugé malheureux, trop proche de la votation sur AVS 21. Donc, avec cet initiative on recule pour mieux sauter avec AVS 26 – ce sera sans doute son titre – afin de ne pas trop fâcher la population.

Sur le fond, l'initiative reprend les outils classiques du néolibéralisme – on l'a connu avec "Personalstopp". On fixe une fois pour toutes la clé de répartition que les employeurs tolèrent pour financer les retraites. La barque sociale serait pleine.

Contrairement au verbiage des initiants, qui ont évoqué pêle-mêle des aspects de solidarité intergénérationnelle et de dépolitisation du débat, cette initiative est ultrapolitique, parce qu'elle vise trois choses. Tout d'abord, faire payer plus longtemps la majorité des salariés pour des rentes plus courtes. Ensuite, mettre les salariés au travail le plus longtemps possible et ainsi faire pression sur les autres actifs, ce qui est particulièrement intéressant pour les employeurs en cette période de pénurie de main-d'oeuvre. Et enfin – c'est toujours le même cheval de bataille –, réduire le caractère redistributif de l'AVS.

Le but plus général, c'est de réduire l'effet redistributif de l'AVS par un mécanisme qui consiste à ce que la durée d'indemnisation des salariés des classes populaires soit réduite de facto, puisque l'espérance de vie moyenne qui serait prise en considération est plus longue que l'espérance de vie réelle des classes populaires. On les discrimine un peu plus encore, en ne tenant pas compte des autres aspects que sont, notamment, les conditions de travail des secteurs qui regroupent aujourd'hui des centaines de milliers de personnes, à commencer par l'épuisement des salariés qui, la soixantaine passée, ont de la peine à pouvoir faire face aux exigences de leurs employeurs.

Parce qu'on travaille énormément en Suisse. Le SECO a fait une étude sur les conditions de travail en 2015 et relevé que plus de 10 pour cent des salariés travaillaient de manière régulière au-delà de 50 heures par semaine, et que 40 pour cent des salariés accomplissaient des journées de plus de 10 heures.

On touche à des personnes qui ont des métiers durs, ce sont les personnes du secteur primaire, qui travaillent le plus, avec presque 45 heures en moyenne par semaine. Ces personnes, à l'âge de 66 ans, ont donc assez donné, elles peuvent aspirer à une retraite bien méritée.

L'initiative ne tient pas non plus compte du fait que les conditions de travail vont en se dégradant et qu'elles l'ont été fortement ces dernières années. Les risques psychosociaux ont explosé, alors que les risques physiques n'ont pas diminué. La médecine du travail est un parent pauvre dans notre pays. La souffrance au travail est un mal qui se répand du fait de l'intensification du travail et du stress. De nouvelles contraintes managériales existent depuis quelques années; elles rendent le travail et les rapports de travail tout à fait instables, puisqu'il



faut en permanence faire preuve de ses compétences, qui peuvent rapidement être présentées comme étant obsolètes et sont sans cesse remises en cause. Un management de la peur frappe certains secteurs: peur de perdre son travail, peur de ne pas arriver à atteindre les objectifs qui ont été fixés par l'employeur. Il résulte de tout cela une forte usure professionnelle.

L'intensification et la flexibilisation ont également augmenté et, chaque fois qu'il y a eu une crise, les organisations patronales ont essayé d'en tirer prétexte. Cela a été cas avec le franc fort, maintenant avec la reprise post-COVID-19; l'Union patronale veut mettre au travail toute la population en tapant sur les personnes qui travaillent à temps partiel de manière volontaire et qui le font précisément parce qu'elles ont beaucoup de difficultés à pouvoir concilier vie professionnelle et vie familiale, ou même beaucoup de difficultés à faire face à la charge de travail très importante. Les conséquences qui sont relevées par la statistique: entre 2021 et 2022, le nombre d'heures d'absence par emploi est passé de 53 à 64 heures, ce qui est énorme.

Les auteurs de l'initiative font également fi des difficultés des salariés à arriver en emploi à l'âge de la retraite. Un chômeur sur deux au-delà de 55 ans est un chômeur de longue durée. Demander à ces personnes d'attendre 66 ans, voire plus, pour toucher l'AVS, c'est, en réalité, leur demander de supporter des années de précarité supplémentaire et l'humiliation du chômage et, parfois même, de l'assistance publique, après une vie consacrée au travail.

J'ai parlé de discrimination, parce que nous ne sommes pas tous logés à la même enseigne. Celles et ceux qui ont les moyens n'attendent pas l'âge de la retraite pour arrêter de travailler. Il s'agit précisément de celles et ceux qui ont la plus longue espérance de vie et surtout la plus longue espérance de vie en bonne santé. C'est donc une double peine pour les salariés des classes populaires qui sont contraints de travailler plus longtemps, qui meurent plus jeunes et qui ont des problèmes de santé avant les salariés touchant des hauts revenus. C'est la raison pour laquelle cette initiative doit absolument être rejetée, il faut lui préférer – on aura l'occasion d'en débattre publiquement en 2024 – la treizième rente proposée par les syndicats.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Zuerst möchte ich wirklich meinem Dank an die Jungfreisinnigen Schweiz Ausdruck geben, die eine so komplexe Initiative formuliert haben, die wirklich Hand und Fuss hat und die Probleme der Finanzierung der AHV langfristig lösen kann.

Wir haben es gehört: Es werden immer weniger Arbeitstätige, die die Rentnerinnen und Rentner finanzieren müssen. Daran kommen wir einfach nicht vorbei. Liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem von der links-grünen Seite, Sie haben keine Lösung für die sichere Finanzierung der AHV skizziert. Wir werden bis 2050 rund 100 Milliarden Franken Schulden in der AHV haben. Wir müssen handeln. Es ist nicht die Frage, ob wir handeln müssen – wir müssen handeln.

Die Renten-Initiative nimmt niemandem etwas weg. Es wurde behauptet, es gebe Rentenkürzungen. Lesen Sie den Text! Es geht nicht um Rentenkürzungen, sondern es geht darum, dass man schrittweise das Rentenalter analog zur Lebenserwartung erhöhen kann, und das in kleineren Dosen; ich komme später darauf zurück. Es wird ein Anreiz gesetzt, im Alter länger zu arbeiten. Hier hilft uns der Arbeitsmarkt der nächsten zehn Jahre. Wenn rund eine Million Menschen der Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und nur etwa 600 000 bis 700 000 nachfolgen, haben wir ein grosses Defizit – das ist die Situation.

Genau zu diesem Zeitpunkt kommt die Renten-Initiative, die der einheimischen Bevölkerung sagt, dass man in kleinen Schritten länger arbeiten sollte. Das ist übrigens auch ein Argument für die SVP. Wenn wir als Schweizerinnen und Schweizer etwas länger arbeiten, dann dämpft das die Zuwanderung. Letztes Jahr war ein Migrationssaldo von etwa 80 000 Personen zu verzeichnen. Angesichts dieser Zahlen ist es definitiv ein Beitrag zu weniger Zuwanderung, wenn wir selber länger arbeiten. Es ist auch so – und das wurde vielfach eben nicht richtig gesagt –, dass es individuelle Lösungen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen und grünen Fraktionen. Es gibt individuelle

AB 2023 N 1099 / BO 2023 N 1099

Lösungen, z. B. den flexiblen Altersrücktritt im Bau. Das ist eine paritätisch finanzierte Angelegenheit, bei welcher Leute auf dem Bau heute bereits mit 60 in Pension gehen können. Zu diesem Modell stehen wir.

Ebenfalls gelten nach wie vor sozialpartnerschaftliche Lösungen. Der Landesmantelvertrag und der GAV sind unterschriebene Verträge. Zudem gilt das Arbeitsgesetz. Es ist nicht so, dass man mit einer Rentenvorlage wie dieser einfach alles aushebeln könnte, das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. Wir haben x verschiedene Gefässe und Möglichkeiten, um individuell und pro Branche zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer agieren zu können. Das ist kein Problem dieser Initiative.

Die Initiative löst das Problem wie folgt: Sie sieht das gleiche Rentenalter für Mann und Frau vor – dies wurde auch von der Bevölkerung so beschlossen –, nämlich 65 Jahre. Hier würden wir schrittweise auf 66 Jahre



erhöhen und das Rentenalter dann an die Lebenserwartung knüpfen, und das ist der entscheidende Punkt. Wenn wir diesen Automatismus einführen, dann werden wir im Parlament nicht mehr die grossen Schlachten um die Finanzierung führen müssen. Die Dosen sind wirklich vertretbar, man diskutiert über zwei Monate Arbeit länger oder weniger lange pro Jahr. Die Lebenserwartung wird dann nicht eins zu eins ans Referenzalter geknüpft, sondern es wird mit dem Faktor 0,8 gerechnet. Das sind die Fakten, die auf dem Tisch liegen. Als Resultat hätten wir eine inhärent solid finanzierte AHV-Rente.

Dann möchte ich auch an die Solidarität mit der jüngeren Generation appellieren. Sie tun immer so, als würde man irgendjemandem etwas wegnehmen, was mit dieser Initiative ja nicht der Fall ist. Haben Sie sich schon gefragt, was junge Menschen heute tun müssen? Sie müssen sich heute die Frage stellen, ob sie überhaupt noch eine erste Säule haben werden. Das ist die Thematik, die ich höre: Werden wir als junge Personen, die heute vielleicht 20 Jahre alt oder jünger sind, überhaupt noch eine Rente haben? Diese Frage beantworten Sie nie. Das ist auch eine Frage der Solidarität, es gibt eben auch eine Solidarität zwischen den Generationen, und diese möchte ich hier hochhalten. Deshalb ist es wichtig, dieser Initiative einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Minderheitsanträge liegen auf dem Tisch.

Was ich aber, ehrlich gesagt, von der links-grünen Seite in dieser Debatte gehört habe, und diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, ist: Sie wollen einfach nichts tun. Ich kann es nur so zusammenfassen: Sie tun nichts, aber dies mit sehr, sehr grossem Eifer. Das ist sehr schade.

Ich bitte Sie um ein deutliches Ja zu dieser Initiative.

Wettstein Felix (G, SO): Sollen ledige Frauen länger arbeiten als verheiratete Frauen? Sollen, umgekehrt, verheiratete Männer länger arbeiten als ledige Männer? Ich gehe in meinem Beitrag auf die Idee ein, dass man das Rentenalter periodisch an die Lebenserwartung anpassen solle, und möchte darlegen, warum ich das keine gute Idee finde.

Wir haben in der Schweiz eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit. Das ist ja eine erfreuliche Feststellung, vor allem dann, wenn man sieht, dass die gesunden Jahre, jene ohne Leiden und Behandlungsbedarf, noch stärker steigen als die Anzahl Lebensjahre insgesamt. Der Anstieg verläuft zwar etwas flacher als auch schon, aber allen Unkenrufen zum Trotz, allen Klagen über ungesunden Lebenswandel zum Trotz, steigt die Lebenserwartung sowohl für Frauen als auch für Männer. Im ersten Corona-Jahr gab es zwar einen Gegen-trend, der Männer stärker als Frauen traf, doch inzwischen haben wir den vorherigen Trend wieder erreicht. Die Zahl jener Menschen, die älter als 65 oder 66 Jahre alt sind, ist also im Steigen begriffen. Gleichzeitig sind die Jahrgänge jener, die neu ins Erwerbsleben eintreten, kleiner.

An dieser Stelle passiert vielen ein Denkfehler, und mein Vorredner war gerade wieder ein Beispiel dafür. Sie nehmen die Gesamtzahl der heute 20- bis 65-Jährigen und dividieren diese Zahl durch jene der Über-65-Jährigen. Aus diesem Quotienten schliessen sie, dass die AHV in ein Defizit rutschen würde. Warum ist das ein Denkfehler? Weil für die Finanzierung der AHV nicht die Anzahl der 20- bis 65-Jährigen entscheidend ist, sondern die Lohnsumme aller Werk-tätigen, und diese Lohnsumme steigt. Sie ist in der Vergangenheit meistens stärker gestiegen als die Zunahme der Menschen im Pensionsalter. Das wird auch künftig so sein.

Wir haben unter den erwerbsfähigen Menschen einen Grad an Erwerbsbeteiligung wie kaum ein anderes Land der Welt. Über das Gesamte hinweg haben wir zudem gute Löhne. Beides wird noch zunehmen. Unter den Erwerbstätigen mit geringen Pensum, mehrheitlich sind es Frauen, wollen die meisten ihr Pensum ausbauen oder früher wieder in den Beruf einsteigen, wenn sie vorübergehend nicht drin waren. Das Lohnniveau wird weiter steigen, weil gut bezahlte Jobs anteilmässig zunehmen. Das tun sie nicht zuletzt, weil auch die durchschnittliche Kaufkraft der Menschen im Alter weiter zunimmt. Darum ist die Panikmache, lieber Herr Kollege Wasserfallen, wonach die AHV bald nicht mehr finanzierbar sei, wonach heute 20-Jährige vielleicht gar keine erste Säule mehr hätten, einfach unberechtigt. Hier ist Aufklärung gefragt – und da können Sie sich beteiligen. Wenn man das Referenzalter für den Beginn des vollen AHV-Anspruchs an die Lebenserwartung koppeln will, auch mit einem Faktor 0,8, kommt eine zusätzliche Klippe hinzu. Scheren wir alle Leute über einen Kamm? Frauen werden bekanntlich im Durchschnitt rund vier Jahre älter als Männer. Soll also ihr Rentenanspruch vier Jahre später beginnen? Noch grösser ist der Unterschied der Lebenserwartung nach Bildungsabschluss: Menschen mit geringerer Schulbildung haben rund sechs Jahre weniger lang zu leben als Menschen mit Hochschulabschluss. Sollen sie also früher in Rente gehen dürfen, wenn ihre statistische Lebenserwartung sowieso tief ist, und sollen Gutgebildete entsprechend länger arbeiten? Damit würden wir die sozialen Unterschiede im Alter noch mehr erhöhen. Oder machen wir einen Unterschied nach Zivilstand? Ledige Frauen haben eine höhere Lebenserwartung als verheiratete Frauen, und bei den Männern ist es genau umgekehrt. Wollen wir das berücksichtigen, wenn wir das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln? Es liessen sich weitere Beispiele finden, warum diese Kopplung einfach keine gute Idee ist und zudem von falschen Überlegungen zur



Entwicklung der Einnahmen der AHV ausgeht.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und die Gegenvorschläge abzulehnen.

Amoos Emmanuel (S, VS): Nous discutons aujourd'hui de l'initiative "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne", dite initiative sur les rentes, lancée par les Jeunes libéraux-radicaux. Ce texte prévoit de fixer, par palier, l'âge de la retraite à 66 ans pour les femmes et les hommes et de l'indexer ensuite sur l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse. Sur la base des prévisions démographiques de la Confédération, la retraite à 67 ans arriverait déjà en 2043, celle à 68 ans en 2056 et celle à 69 ans en 2070, et ainsi de suite ... Pour les Jeunes libéraux-radicaux qui semblent se projeter, en grande partie, dans une vie professionnelle d'avocat, c'est peut-être cohérent de pouvoir travailler jusqu'à 70 ans, mais pour la plupart des gens qui exercent un travail physique et pénible, cela n'a tout simplement aucun sens, je dirais même que c'est aberrant. C'est vrai, on vit en moyenne de plus en plus vieux, mais la question pertinente qui devrait être posée est: quelles catégories de la population vivent le plus longtemps et en bonne santé?

Des chercheuses et chercheurs de l'Université de Genève ont démontré que si l'espérance de vie des Suissesses et des Suisses augmente, vieillir en bonne santé n'est pas donné à tout le monde, c'est un privilège. En effet, selon le niveau de formation, les inégalités se creusent fortement. Par exemple, l'écart d'années de vie en bonne santé entre les hommes qui ont simplement suivi une formation obligatoire et ceux qui ont suivi une formation tertiaire est de près de neuf ans! Neuf ans de différence d'années de vie en bonne santé, c'est colossal.

Et si on parle uniquement de l'espérance de vie, elle n'est de loin pas non plus la même pour tout le monde et dépend très clairement également du statut social et économique et donc du métier exercé. Les "cols blancs" ont une espérance de vie nettement plus longue que les personnes qui doivent accomplir un travail dur et physique. Une étude a montré par

AB 2023 N 1100 / BO 2023 N 1100

exemple qu'un menuisier a une espérance de vie de près de trois ans inférieure à celle d'un professeur.

On comprend ainsi très rapidement les limites de cette initiative. Car elle accentuerait encore et toujours plus, année après année, les inégalités liées à des espérances de vie bien différentes selon les métiers pratiqués. La réalité, c'est qu'aujourd'hui, ce sont les gens qui ont les revenus les plus importants qui partent à la retraite le plus tôt en prenant des retraites anticipées, qui vivent le plus longtemps et qui profitent donc le plus de la retraite.

C'est ça l'injustice. Et c'est sur ce point qu'il faut travailler en priorité.

Nos collègues du groupe PLR ont fait un plaidoyer en faveur de la solidarité intergénérationnelle. Les Jeunes libéraux-radicaux auraient, semble-t-il, peur de ne pas toucher leur retraite le moment venu. Déjà au lancement de l'AVS, il y a septante-cinq ans, on pouvait entendre ce genre de commentaires. Et savez-vous ce qui s'est passé depuis? Eh bien, toutes les retraitées et tous les retraités ont bien évidemment touché leur rente jusqu'à aujourd'hui et la toucheront encore à l'avenir.

Les Jeunes libéraux-radicaux annonçaient encore que nous allions laisser aux jeunes une gigantesque montagne de dettes. Je ne peux ici qu'inviter les Jeunes libéraux-radicaux à consulter l'état de fortune actuel du fonds AVS. Selon les perspectives financières de l'AVS présentées par l'Office fédéral des assurances sociales, le fonds AVS passera d'un montant de 46 milliards de francs en 2020 à près de 66 milliards en 2030, niveau historique, le plus haut jamais enregistré; une augmentation de 20 milliards en dix ans. Une fortune de 60 milliards de francs, ce n'est pas vraiment ce qu'on peut appeler une gigantesque montagne de dettes.

Ce qui compte, chers collègues du groupe PLR, ce n'est pas le nombre d'actifs face aux nombres de rentiers, ce qui compte, c'est la masse salariale qui finance les rentes. Vous connaissez peut-être la définition d'un actif: c'est une personne qui a la capacité de travail, ce n'est pas quelqu'un qui travaille. Ainsi, M. Maillard l'a très bien expliqué: les femmes qui, à l'époque, travaillaient, mais sans toucher de salaire, ne finançaient pas les rentes, alors qu'aujourd'hui elles les financent également.

Et s'il fallait, à l'avenir, trouver des moyens supplémentaires pour financer l'AVS, je demande à ce Parlement de faire enfin preuve d'un minimum de créativité plutôt que d'utiliser systématiquement la variable de l'âge du départ à la retraite. Il suffirait, par exemple, d'exiger l'égalité salariale entre femmes et hommes. A taux d'activité égal, qualification égale, charge de travail égale, les femmes gagnent toujours 10 pour cent de moins que les hommes. Il suffirait de biffer cette inégalité pour apporter, chaque année, 800 millions de francs dans les caisses de l'AVS.

Mais financer l'AVS par des mesures d'égalité ne semble pas intéresser le groupe PLR. Il suffirait, par exemple, en plus d'une faible augmentation des cotisations salariales, de mettre en place une taxe sur les transactions



financières, telle que proposée par notre collègue conseiller aux Etats du groupe du Centre, Beat Rieder. Avec cela, nous garantirions non seulement le financement de l'AVS, mais pourrions également renforcer l'AVS avec une treizième rente.

L'AVS est la pièce maîtresse du système de sécurité sociale en Suisse. C'est bien l'AVS qu'il faut renforcer et surtout pas les inégalités comme le propose le texte que nous abordons aujourd'hui.

Je vous invite à recommander le rejet de l'initiative et tous les contre-projets proposés.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Cette initiative vise donc à ce que l'âge de la retraite soit fixé à 66 ans pour les femmes et les hommes, et à ce qu'il soit ensuite indexé sur l'espérance de vie. Le premier but de ce texte visait à supprimer l'inégalité de traitement entre les sexes dénoncée par les initiants. Cette soi-disant inégalité a été dans l'intervalle malheureusement réglée l'année passée, malgré les efforts de celles et ceux qui considéraient que, sans égalité véritable des salaires, cette réforme était profondément injuste.

Par ailleurs, par la même occasion, on nous avait vendu la réforme de stabilisation de l'AVS – AVS 21 – comme une solution susceptible de stabiliser les comptes de l'AVS pour plusieurs années, au moins pour la prochaine décennie. Chevauchement des calendriers oblige, la présente initiative tombe aujourd'hui fort mal: ses auteurs, en proposant tout simplement de durcir le système, en retardant d'une année et plus éventuellement par la suite, l'âge d'accès à la rente en remettent une couche supplémentaire. Et cela pour protéger le premier pilier, nous dit-on, vu l'évolution démographique annoncée et l'augmentation attendue de l'espérance de vie. Mais en fait, j'estime que cette démarche vise en premier lieu à tout faire pour ne pas mettre plus de moyens financiers à la disposition de ce premier pilier. Les initiants préfèrent la méthode simpliste de la baisse des prestations en reculant l'âge d'accès à la rente, plutôt que de trouver des solutions socialement acceptables au financement futur de l'AVS.

L'AVS est une magnifique conquête sociale, et le socle même de notre Etat social. A l'origine, son but constitutionnel était de permettre à chacune et à chacun, la retraite venue, de vivre décemment avec cette rente. Mais aujourd'hui, on en est loin. En l'absence d'autres compléments de revenu ou sans l'aide des prestations complémentaires, les personnes disposant de la rente AVS comme unique revenu resteraient loin du compte. Et aujourd'hui, les revendications du monde du travail portent en premier lieu sur une juste revalorisation des rentes, et même sur l'introduction d'une treizième rente AVS. En fait, je pense que les milieux de droite n'apprécient pas l'AVS: ils font tout pour limiter au maximum son importance. Ce printemps, le Parlement, dans sa majorité, a même réussi à refuser une pleine et entière adaptation des rentes au renchérissement, soit quelques francs par assuré et par mois, alors que dans le même temps, on ouvrait, sans sourciller, les cordons de la bourse fédérale pour venir à la hâte au secours du système bancaire, afin d'éviter une débâcle au Credit Suisse.

La droite n'est pas fan de l'AVS parce que cette dernière représente un formidable outil de redistribution des richesses. Chaque franc gagné dans ce pays est taxé, et les hauts revenus cotisent donc beaucoup plus que les plus humbles, et en fin de compte les prestations offertes sont plafonnées.

On cite souvent le cas d'un ancien patron de l'un de nos fleurons de l'industrie chimique bâloise, un homme qui gagnait un salaire de quelque 20 millions de francs par année. Il devait donc s'acquitter d'un million de francs de cotisation AVS, mais ne pouvait espérer au mieux, la retraite venue, toucher que la rente entière maximale de l'AVS.

Grâce à ce système, plus de 90 pour cent des cotisants sont gagnants: ils cotisent au total moins que ce qu'ils vont finalement toucher, et les quelques pour cent des salaires les plus hauts renflouent la caisse pour permettre d'augmenter les prestations offertes aux personnes touchant les plus bas revenus. Un système social parfait, juste et équitable.

Alors pour moi aujourd'hui il ne doit pas être question de durcir encore plus le système. Les revenus du travail ont fortement progressé au fil des années; il faut réfléchir au moyen de renforcer encore le financement de ce premier pilier. Aucune proposition en la matière ne doit être considérée comme taboue, d'autant plus que, dans le même temps, la droite s'acharne à vouloir réduire les prestations du deuxième pilier.

Aujourd'hui, l'avenir de notre Etat social, bien malmené par les velléités de la droite, est menacé, et le peuple suisse aura à faire, le dimanche 3 mars 2024, des choix cruciaux en la matière. Ce dimanche sera celui de tous les espoirs. En effet, ce jour-là nous voterons simultanément sur le référendum relatif à la réforme de la prévoyance professionnelle, LPP 21, sur l'initiative populaire pour une treizième rente AVS et sur l'initiative populaire "Maximum 10 pour cent du revenu pour les primes d'assurance-maladie". Comme par hasard, on semble avoir éloigné autant que possible ces différents votes populaires des échéances fédérales d'octobre prochain.

Dans l'attente de ces combats, je vous enjoins aujourd'hui, chers collègues, à déjà recommander le rejet de



cette

AB 2023 N 1101 / BO 2023 N 1101

initiative qui vient au mauvais moment et en plus avec un mauvais contenu.

Schilliger Peter (RL, LU): Die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)" fordert das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung, um die AHV langfristig zu finanzieren und die Renten zu sichern.

Die Partei der Jungfreisinnigen hat sich der langfristigen Rentenplanung angenommen und will der drohenden grossen Verschuldung der AHV und dem Mangel an Arbeitskräften mit ihrer Initiative entgegenwirken – vorab herzlichen Dank für den Einsatz und die langfristige Sichtweise an die jungen Kämpfer. Aus meiner Bewertung sind die Forderungen der Initiative richtig, haben sich doch die Lebenserwartung und der gesundheitliche Zustand der Mittsechziger in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert, ja verbessert.

Dass sich für diese Initiative im Parlament keine Mehrheit finden wird, war absehbar. Dass sich jedoch in der Kommission keine Mehrheit für die beiden Anträge für einen direkten Gegenentwurf bzw. einen indirekten Gegenvorschlag finden liess, enttäuscht mich.

Zwei Themenbereiche will ich aus meiner Sicht ansprechen:

1. Mehrfach wurde deklariert, dass die Altersarbeitslosigkeit gross sei, dass Arbeitnehmer in einem gewissen Alter kaum mehr eine Stelle finden. Dies kann ich nicht bestätigen, auch die aktuellen Statistiken bestätigen diese Darstellung nicht. Ganz im Gegenteil, wir sind auf den lang andauernden Arbeitseinsatz der erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen.

Als Unternehmer und damit als Arbeitgeber kann ich bestätigen, dass ein grosser Teil meiner 65-jährigen Mitarbeitenden sehr gerne für eine gewisse Dauer weiterarbeitet, dies aus verschiedenen Gründen. Meist gehören die Freude und die Lust am Job und das jahrzehntelange soziale Netzwerk dazu. Dass damit die Rente mit einem Zusatzeinkommen ergänzt wird, ist eine positive Nebenerscheinung. Ich kann auch bestätigen, dass wir öfters Fachleute in einem Alter von über 60 Jahren einstellen. Einen Altersausschluss kennen wir nicht.

2. Die Minderheit Mettler verlangt die Rückweisung an die Kommission, verbunden mit dem Auftrag, eine Lösung mit einer Schuldenbremse für die AHV zu finden. Dies ist nebst einer Zustimmung zur Initiative die zweitbeste Variante.

Als Finanzpolitiker weise ich mit Blick auf die Mehrjahresplanung einmal mehr darauf hin, dass unser Bundesbudget stark unter Druck ist. Vor allem der grosse Anstieg der stark gebundenen Ausgaben ist dabei ein wesentlicher Teil der Problemstellung. Jeder Rentenfranken wird zu 20 Prozent direkt über die Bundeskasse finanziert. Verändern wir nichts, steigen dadurch die Bundesaussgaben schon bald um über 300 Millionen Franken pro Jahr. Wie wollen wir diese Zusatzbelastung künftig tragen? Wollen wir die Sicherheitsausgaben kürzen, die Bildungsbeiträge reduzieren oder generell eine grosse Sparübung umsetzen?

Eine AHV-Reform ist wichtig und aus meiner Sicht zwingend. Wir müssen zwei Probleme lösen: Das eine ist die langfristige Finanzierung der Rente, und das andere ist die Sicherstellung der in unserem Land benötigten Arbeitskräfte. Oder wollen wir dieses Manko durch eine noch höhere Zuwanderung ausgleichen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite, beachten Sie bitte die hohe Handlungsnotwendigkeit und stimmen Sie mindestens der Minderheit Mettler zu.

Prezioso Batou Stefania (G, GE): La population est en colère. Elle manifeste depuis des années contre les projets de contre-réforme touchant à la retraite. Elle s'apprête à le faire à nouveau le 14 juin prochain. Pourquoi? Parce que toucher à la retraite, c'est toucher aux droits et aux conditions de vie des milieux populaires. Le oui à AVS 21 a passé avec une très restreinte et très faible majorité, il s'en est fallu d'un cheveu. Lors de cette votation, une partie significative de la population de ce pays, soit les salariés étrangers, n'a pas eu son mot à dire. Deux tiers des femmes de ce pays l'ont refusé. Aujourd'hui, la récolte de signatures contre la contre-réforme de la LPP s'est faite dans un temps record et il ne fait pas de doute que cela se répercutera dans les urnes. Oui: la population est en colère.

L'initiative dont nous discutons aujourd'hui représente un pas de plus vers une régression sociale, vers ce que l'on pourrait appeler une retraite pour les morts. Bien sûr, nous pourrions insister, comme le fait le Conseil fédéral, sur le fait que l'initiative s'appuie sur le seul critère démographique, un critère qui revient à ignorer les autres variables économiques et sociales de l'AVS – au niveau de l'emploi, de la masse salariale, du taux de cotisation, etc. – et donc à exclure des possibilités comme l'augmentation du taux de cotisation avec une répartition différente: un tiers pour les salariés et deux tiers pour les entreprises, par exemple.



Mais j'aimerais insister surtout sur la question de l'allongement de l'espérance de vie. Si l'espérance de vie augmente – et c'est tant mieux –, c'est aussi parce que l'on travaille moins. Oui, c'est aussi parce que l'on travaille moins. Ensuite, ce n'est pas à partir de 65 ans qu'il faut calculer l'espérance de vie, mais à partir de la naissance. L'espérance de vie et surtout la capacité d'arriver à l'âge de la retraite en bonne santé varient ainsi fortement selon la classe sociale à laquelle on appartient. Ainsi, la santé et une espérance de vie élevée sont favorisées par une bonne répartition du bien-être matériel, une alimentation équilibrée et saine, des conditions de travail ne présentant pas de risque pour la santé et un environnement non pollué, c'est-à-dire tout ce que la droite dans ce Parlement attaque et tente de démanteler morceau par morceau.

En Suisse, l'espérance de vie en bonne santé à la naissance est de 70 ans environ pour les hommes et pour les femmes, mais elle est de 65 à 66 ans pour toutes celles et tous ceux qui ont un niveau de formation plus bas. Les mauvaises conditions de travail ont évidemment un impact majeur sur la santé et sur la capacité de chacun d'arriver à la retraite. Lorsque l'on sait que 45 pour cent de la population active sont exposés à un cumul d'au moins trois risques physiques dans leur travail, la flexibilisation de l'âge de la retraite et la proposition des auteurs de cette initiative nous laissent un peu songeurs.

L'initiative qui nous est présentée ici vise à libérer la population du travail quand elle n'est plus apte à jouir pleinement de sa retraite. Elle vise à faire pression – cela a été dit – sur tous les salariés. Elle vise surtout les femmes, les éternelles sacrifiées des dispositions sur le travail et sur la retraite ne prenant pas en compte leurs conditions de vie et de travail, les ruptures dans leur vie professionnelle, la précarité, le travail à temps partiel, le "care", etc.

Donc, il ne fait aucun doute qu'il faut rejeter cette initiative, cette retraite pour les morts. Il s'agit de se battre pour une retraite en bonne santé, parce que la retraite, il faut la prendre quand on est vivant.

Götte Michael (V, SG): Die AHV als Konzept und Institution ist ein Ausdruck unseres Wohlstands. Dabei gilt es, die Interessen der jungen Bevölkerung als Beitragszahler wie auch späterer Bezüger zu berücksichtigen. Den aktuellen Umgang mit unserer Vorsorge kann ich so nicht verantworten.

Die Defizite im Umlageverfahren sind nicht konjunktureller Natur, sondern Abbild des demografischen Wandels. Vor mehr als sechzig Jahren finanzierten 6 Erwerbstätige eine Rentnerin oder einen Rentner, heute müssen 3,4 Erwerbstätige für eine Rentnerin oder einen Rentner aufkommen, und im Jahre 2050 sind es dann sogar nur noch deren 2. Vor sechzig Jahren lebten wir etwas mehr als 12 Jahre in Rente, heute sind es rund 22 Jahre, die Tendenz ist steigend. Man kann die Demografie und deren Implikation auf die finanzielle Situation schlichtweg nicht leugnen. Ab 2029 übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, ab 2035 wird der Ausgleichsfonds aufgebraucht sein. Die Summe der Defizite liegt mit dem geltenden Recht bis 2050 bei über 130 Milliarden Franken.

Die Renten-Initiative stellt keine ideale Lösung dar, jedoch bildet der Kern der Initiative die Realität ab. Wir müssen die strukturellen Probleme der AHV jetzt angehen. Noch haben wir keine Defizite, doch müssen wir jetzt handeln, bevor die

AB 2023 N 1102 / BO 2023 N 1102

AHV zur nächsten Credit Suisse wird. Wir schulden es unseren Nachkommen.

Ich unterstütze, wie auch viele der Vorrednerinnen und Vorredner, einen direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag und hoffe mit einer Ablehnung der aktuellen Fassung auf eine möglichst schnelle und nachhaltige Lösung.

Wyss Sarah (S, BS): Ja, unser Rentensystem muss reformiert werden, aber nicht so. Aus meiner Sicht sprechen drei Gründe ganz klar dagegen:

1. Heute lassen sich 40 Prozent der Männer und 30 Prozent der Frauen frühpensionieren. Menschen, welche es sich nicht leisten können, früher in Pension zu gehen, werden mit dieser Initiative bestraft. Die Ungerechtigkeit wird weiter zunehmen. Gutsituierte werden sich weiterhin frühpensionieren lassen können, wenn sie dies denn wollen, weil sie es eben können.

2. Die Initiative verstärkt die Ungleichheit gerade zwischen den Menschen mit tiefen Löhnen und solchen mit höheren Einkommen. Wir wissen es und haben es heute schon einige Male gehört: Je höher das Einkommen ist, desto höher ist in der Regel auch die Lebenserwartung und allgemein der Gesundheitszustand. Die Menschen mit tiefen Einkommen steigen natürlich auch früher in den Arbeitsprozess ein; sie haben also schon mehr Arbeitsjahre hinter sich. Menschen mit tieferen Einkommen werden mit dieser Initiative bestraft. Sie leben also kürzer, müssen länger arbeiten und können sich nicht frühzeitig pensionieren lassen, weil sie es sich schlicht nicht leisten können.



3. Schlussendlich ist diese Initiative nichts anderes als ein Angriff auf die AHV. Sie schwächt den wichtigen Pfeiler der Generationensolidarität und den Pfeiler der Solidarität zwischen Menschen mit höheren und Menschen mit tieferen Einkommen. Wenn eine Person aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie nach vierzig Arbeitsjahren schlicht in Pension gehen will, frühpensioniert wird, erhält sie eben weniger AHV. Schon heute ist die AHV nicht existenzsichernd, obwohl sie das gemäss Bundesverfassung eigentlich sein müsste.

Die Initiative schwächt die erste Säule, und dagegen wehre ich mich. Ich sage deshalb ganz klar Nein zu dieser Initiative und möchte auch keinen Gegenvorschlag. Vielmehr müssen wir die AHV stärken, wie wir dies beispielsweise mit der 13. AHV-Rente tun wollen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Initiative abzulehnen und ihr auch keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Weber Céline (GL, VD): Permettez-moi de revenir quelques années en arrière, jusqu'en 1948. 1948, c'est l'année où l'AVS est entrée en vigueur. En 1948, un homme de 65 ans pouvait espérer vivre encore une douzaine d'années et, en 1948, une femme de 65 ans avait encore une espérance de vie moyenne de treize ans. Septante-cinq ans plus tard, en 2023, l'âge de la retraite n'a pour ainsi dire pas changé. Je rappelle en effet qu'initialement, l'âge de la retraite des femmes était le même que celui des hommes. En revanche, l'espérance de vie a grandement augmenté en 75 ans. Nous vivons mieux et plus longtemps. En soi, c'est tout à fait une bonne nouvelle.

Parallèlement à l'augmentation de l'espérance de vie, les gens débutent aujourd'hui leur vie active globalement plus tard qu'en 1948. Ainsi, entre l'augmentation de l'âge d'entrée dans la vie active et l'augmentation de l'espérance de vie, il est facile de déduire que nous devons financer une retraite toujours plus longue, pour une vie active toujours plus courte. Nul besoin d'avoir un prix Nobel en mathématiques pour réaliser que ce modèle ne peut pas fonctionner à long terme.

L'initiative qui nous est proposée demande donc que l'âge de la retraite soit augmenté pour correspondre davantage à la réalité actuelle. A première vue, la solution peut paraître séduisante et l'initiative a effectivement le mérite de mettre le doigt sur un réel problème: l'AVS nécessite un meilleur financement. Mais simplement augmenter l'âge de la retraite ne solutionnera pas le problème.

En effet, il faut savoir qu'à l'heure actuelle de nombreux travailleurs qui peuvent se le permettre arrêtent de travailler avant l'âge de la retraite. Par choix. Alors que ceux qui n'ont pas suffisamment de moyens pour subvenir à leurs besoins continuent de travailler. Mais pas par choix, par nécessité. Ainsi, en augmentant simplement l'âge de la retraite, on assistera de facto à une solidarité accrue des plus pauvres envers les plus riches. Ce n'est pas tolérable!

Tout comme il ne serait d'ailleurs pas correct d'augmenter simplement la TVA ou les cotisations salariales, cela aurait en effet pour conséquence que les contributeurs actuels devraient payer plus cher pour compenser le manque à gagner que les contributeurs précédents n'ont pas payé. Ce n'est pas juste non plus. En clair, cela mettrait fortement à mal la solidarité entre les générations. On le voit, le problème de l'AVS ne se résout pas par une mesure simple et unique, par un coup de baguette magique.

Or, nous fêtons cette année les 75 ans de l'AVS, une assurance que nous ne voulons pas voir partir à la retraite malgré son âge. Pour cela, pour avoir une AVS solide pour aujourd'hui, pour demain, ainsi que pour les 75 prochaines années, il faut recommander le rejet de l'initiative et renvoyer le projet en commission. Laissons la commission faire son travail, comme le demande la minorité. Laissons la commission revenir avec un contre-projet efficace et efficient.

La pérennité de l'AVS passe par un modèle qui tient compte d'une réelle solidarité entre les différentes classes sociales et entre les différentes générations. Nous avons besoin d'un contre-projet qui a une réelle chance devant le peuple.

Berset Alain, président de la Confédération: J'aimerais ici, au nom du Conseil fédéral, vous inviter à rejeter l'initiative, à renoncer à tout renvoi en commission et à renoncer à l'idée d'y opposer un contre-projet.

Tout d'abord, avec la réforme AVS 21, l'âge de la retraite des femmes et des hommes sera déjà harmonisé à 65 ans dans l'AVS et dans le deuxième pilier; l'harmonisation, c'est un des points importants. La mise en oeuvre de ce texte va nous occuper jusqu'en 2028; il va y avoir également des recettes supplémentaires qui proviennent de la TVA. Il nous semble donc qu'il n'est pas nécessaire de prendre d'autres mesures, ce d'autant moins que le Parlement, qui souhaite que les choses avancent et aillent vite, a déjà passé commande, si je peux le dire ainsi, au Conseil fédéral d'une prochaine réforme en 2026. Les réformes se succèdent, ensuite le Parlement et le peuple décident.

Il nous semble que l'initiative populaire n'a de sens que là où le Conseil fédéral ou le Parlement ne mène pas de réforme. Dans le cas qui nous occupe, les travaux sont en cours. Nous sommes dans un processus continu



de réforme dans le cadre de la prévoyance vieillesse.

Ensuite, il nous semble que pour toute réforme à discuter il faut envisager plusieurs éléments: il faut un mixte d'éléments et ne pas seulement aborder la question sous l'angle de l'aspect démographique, et encore moins vouloir l'inscrire dans la Constitution – ce qui est le cas avec une initiative populaire.

Le Conseil fédéral, qui s'est penché sur la question, est également opposé à l'idée d'un contre-projet, parce que nous ne voyons pas à quoi pourrait ressembler un tel contre-projet alors que les réformes se succèdent. La réforme de l'année passée a été adoptée par une majorité du peuple et des cantons – c'est une double majorité qui était nécessaire pour la TVA; elle est maintenant en phase de mise en oeuvre, et le sera jusqu'en 2028. Une prochaine réforme est commandée pour 2026.

Il nous semble que dans ces conditions il apparaît difficile de présenter déjà un nouveau projet, et nous ne voyons pas très bien dans quel sens pourrait aller un contre-projet. J'ai bien écouté le débat aujourd'hui, celles et ceux qui souhaitent un contre-projet, mais on ne sait pas très bien pour quoi faire dans ces conditions.

Et donc, puisqu'on n'a pas vraiment d'idée de contenu, et que le Conseil fédéral propose d'y renoncer, il nous semble inadéquat de poursuivre les travaux.

J'aimerais donc vous inviter à suivre la proposition de votre commission et du Conseil fédéral.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: Au terme de ce long débat, je vous propose une brève synthèse et

AB 2023 N 1103 / BO 2023 N 1103

laisse le soin à ma collègue Barbara Gysi de vous communiquer les résultats des votes de la commission.

Premier point à retenir: l'initiative et le contre-projet vont dans la direction d'un frein à l'endettement, ce qui est une bonne chose – cela, je crois, personne ne le conteste. Deuxième point, bien plus important: la majorité de la commission demande un projet qui ne tienne pas uniquement compte du financement, mais aussi des recettes et de leur évolution dans le temps; c'est cela qui nous permettra de prendre les mesures les plus appropriées. Troisième point: de nombreuses solutions ont été esquissées dans le débat, et nous comptons sur le Conseil fédéral pour les intégrer, plus tard, dans son projet qu'il devra présenter pour 2026. Quatrième point: évitons les réactions émotionnelles et stériles; collaborons plutôt afin de construire un excellent projet qui sera présenté au bon moment, qui ne se contentera pas d'automatismes, et surtout, qui permettra un financement durable, dans une approche systémique prenant en compte les réalités et l'évolution du monde du travail, qui tiendra compte, plutôt que de l'âge de référence de la retraite, du temps effectif consacré durant toute une vie à travailler, des réalités modernes des conditions de travail, notamment à temps partiel. On a beaucoup évoqué aussi l'égalité de genre et, bien sûr, les conditions différentes aux différentes phases de la vie.

La balle est maintenant dans votre camp par rapport à l'initiative et au contre-projet. Nous comptons sur le Conseil fédéral pour aller dans le sens des vœux de notre Parlement.

Gysi Barbara (S, SG), für die Kommission: Wir haben jetzt eine breite Auslegeordnung gemacht und verschiedene Voten gehört. Sie reichen von sehr dramatisch, wonach bis in neunzehn Jahren der AHV-Fonds leer sei, bis zu doch nicht ganz so dramatisch, weil mit dem Umlagesystem auch immer wieder neue Mittel einfließen würden. Vor allem heisst es dazu – ich glaube, das ist relevant –, dass der Bundesrat bereits den Auftrag habe, bis Ende 2026 eine neue Vorlage zu unterbreiten und dort auch die Thematik der Lebenserwartung aufzunehmen und allenfalls ein System mit einer Lebensarbeitszeit oder einer Koppelung an die Lebenserwartung zu evaluieren.

Auf der einen Seite haben wir in der Kommission von der Verwaltung gehört, dass hier bereits verschiedene Überlegungen gemacht worden seien; allerdings wurde dies nicht konkretisiert, weil noch Zeit bleibt, das zu erarbeiten. Auf der anderen Seite, auch das haben die Minderheitssprecherinnen und der Minderheitssprecher ausgeführt, gab es verschiedene Vorschläge für einen direkten Gegenentwurf einerseits – diese AHV-Schuldenbremse – und einen indirekten Gegenvorschlag andererseits. Beide Projekte, das darf man auch sagen, wurden nicht wahnsinnig breit ausgeführt. Die Kommission hat insgesamt auch nur relativ kurze Zeit darüber diskutiert. Wir alle wissen, dass wir in der Gesetzgebung gewisse Sicherheiten haben und dass der Bundesrat, wenn die Ausgaben höher als die Einnahmen sind, sowieso gefordert ist.

Wie gesagt, der Bundesrat hat bereits den Auftrag vom Parlament, in Bälde eine neue Vorlage zu unterbreiten. Wir haben gehört, wir stimmen jetzt in jenem Jahr ab, in dem die AHV 75 Jahre feiert. Ich denke, auch das zeigt die Stabilität dieses Sozialwerkes.

Ich möchte noch die Abstimmungsergebnisse in der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit bekannt geben. Der Antrag der jetzigen Minderheit Mettler wurde mit 15 zu 9 Stimmen bei 1



Enthaltung abgelehnt. Der Antrag der jetzigen Minderheit II (Nantermod) zu Artikel 2, die Volksinitiative zu unterstützen, wurde mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Im Bundesbeschluss 2 wurde der Antrag der jetzigen Minderheit I (Sauter) für einen direkten Gegenvorschlag mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ich möchte Sie bitten, im Sinne der Kommissionsmehrheit zu entscheiden.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Antrag der Minderheit

(Mettler, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Matter Michel, Nantermod, Sauter, Siegenthaler, Silberschmidt)
Rückweisung der Vorlage an die Kommission
mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags auszuarbeiten. Dieser soll eine Schuldenbremse für die AHV einführen.

Proposition de la minorité

(Mettler, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Matter Michel, Nantermod, Sauter, Siegenthaler, Silberschmidt)
Renvoyer le projet à la commission
avec mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative. Celui-ci doit introduire un frein à l'endettement pour l'AVS.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Mettler ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/26932)
Für den Antrag der Minderheit ... 89 Stimmen
Dagegen ... 89 Stimmen
(1 Enthaltung)

Mit Stichentscheid des Präsidenten

wird der Antrag der Minderheit abgelehnt
Avec la voix prépondérante du président
la proposition de la minorité est rejetée

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Herr Silberschmidt wünscht das Wort.

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Ich würde gerne einen Ordnungsantrag stellen und die erste Abstimmung wiederholen lassen. Ich glaube, es waren auf beiden Seiten des Saales noch Plätze leer, die jetzt nicht mehr leer sind. Ich bitte Sie, dass wir diese knappe Abstimmung entsprechend wiederholen.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Herr Silberschmidt beantragt, die Abstimmung über den Rückweisungsantrag der Minderheit Mettler zu wiederholen. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/26898)
Für den Ordnungsantrag Silberschmidt ... 95 Stimmen
Dagegen ... 89 Stimmen
(2 Enthaltungen)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen also noch einmal über den Rückweisungsantrag der Minderheit Mettler ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/26935)
Für den Antrag der Minderheit ... 93 Stimmen
Dagegen ... 92 Stimmen
(1 Enthaltung)



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2023 • Fünfte Sitzung • 05.06.23 • 14h30 • 22.054
Conseil national • Session d'été 2023 • Cinquième séance • 05.06.23 • 14h30 • 22.054



Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Vorlage wurde damit an die Kommission zurückgewiesen.

AB 2023 N 1104 / BO 2023 N 1104

